

HLZ

Zeitschrift der **GEW/** Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung

69. Jahr Heft 9/10 Sep./Okt. 2016

Gute
Bildung
für alle

demokratisch
kompetent
streitbar



Unsere
Themen-
unsere
Projekte



Fachtagung in Frankfurt Inklusive Vielfalt: Identität und Geschlecht

27. September 2016, 9.30 bis 16.30 Uhr

Die Fachtagung „Inklusive Vielfalt“ in Frankfurt befasst sich mit dem professionellen Umgang mit Identität und Geschlecht in der Schule.

Immer noch sind lesbisch, schwul, bisexuell, trans* und inter* (LSBTI) lebende Menschen in der Schule erheblichen Diskriminierungen ausgesetzt. Aber wie reagiere ich als Mitglied der Schulleitung, als Lehrkraft oder Pädagog_in angemessen auf das Outing einer Schüler_in oder einer Lehrkraft? Muss ich eingreifen, wenn „schwul“ als Schimpfwort auf dem Schulhof benutzt wird? Wie führe ich ein Elterngespräch mit den gleichgeschlechtlichen Eltern einer Schüler_in?

Impulsvorträge zum Thema der Fachtagung halten *Dr. Ulrich Klocke* (Berlin) und *Nurten Karakas* (Hildesheim). Die Workshops greifen folgende Themen auf:

- Vielfältige geschlechtliche Orientierung im Kontext der Lehrkräfteausbildung (AG 1)
- Inklusive Vielfalt in Klasse und Unterricht (AG 2)
- SCHLAU im Unterricht: Inklusive Arbeit mit externer Unterstützung (AG 3)
- Professioneller Umgang mit LSBTI im Schulalltag (AG 4)
- Ich unterrichte kein Bio: Was geht mich die Sexualerziehung an? (AG 5)

Veranstalter sind lea bildungsgesellschaft, GEW Hessen, Lesben- und Schwulenverband und die Gleichstellungsbeauftragte der Hessischen Lehrkräfteakademie. Die Veranstaltung wird vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration gefördert.

• *Anmeldungen mit Angabe des Workshops, der Anschrift, der Mailadresse und der Bankverbindung: anmeldung@lea-bildung.de. Der Teilnahmebeitrag von 15 Euro bzw. 5 Euro für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst wird nach der Tagung eingezogen.*

Personalräteschulung für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst

Frankfurt, 22. September 2016, 9.30 bis 16 Uhr

lea, das Bildungswerk der GEW, lädt am Donnerstag, dem 22. September 2016, von 9.30 Uhr bis 16 Uhr zu einer Grundschulung für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst in Personalräten an Studieneminaren ein. Sie dient auch dem überregionalen Austausch und einer verbesserten Zusammenar-

beit. Tagungsort ist die Geschäftsstelle des Bundesverbands der GEW in Frankfurt (Reifenberger Str. 21), Referentin ist *Heike Lühmann*. Für die Übernahme der Kosten durch das Land Hessen sind ein Entschendebeschluss des Personalrats und eine Abtretungserklärung erforderlich.

• *Anmeldung: lea, Tel. 069-97129327*

Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe
- 6 Meldungen
- 35 Recht: Beamtenbesoldung
- 36 Jubilarinnen und Jubilare
- 37 Magazin und Bücher

Einzelbeiträge

- 7 Besoldungsgesetz verabschiedet
- 26 Besetzung von Leitungsstellen
- 28 Lehrerbildung: Modularisierung
- 30 Zum GEW-Beschluss „Lehrerbildung“
- 32 Landerziehungsheim Walkemühle
- 35 Lobbyismus: Der SchulBanker

Titelthema: Aus der Arbeit der GEW...

- 8 Fachgruppe Grundschule: A13 für alle!
- 9 Hanau: Aktiv gegen Überlastung
- 10 Südhessen: Aktiv in Hochschulen
- 11 Fachgruppen: z.B. Berufliche Schulen
- 12 Bezirksverbände: z.B. Frankfurt
- 14 Kreisverbände: z.B. Wetzlar
- 14 Fachgruppen: z.B. Die „Sozpäds“
- 15 Streik: DaF-Lehrkräfte in Frankfurt
- 16 Für Sie in der Landesgeschäftsstelle
- 18 GEW Nordhessen: Soziales Hilfswerk
- 23 lea-Reisen: Das GEW-Bildungswerk
- 24 Bildungstage: Kreise GG und MTK

S.19-22: lea-Fortbildungsprogramm



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (0 69) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Holger Giebel, Angela Scheffels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lühmann (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung: Harald Knöfel, Michael Heckert +

Titelthema: Harald Freiling

Illustrationen: Harald Knöfel (Titel), Thomas Plabmann (S.27), Dieter Tonn (S.29, 31), Ruth Ullenboom (S.4)

Fotos, soweit nicht angegeben:

GEW (S.2, 6-24, 37) Bernhard Trillig (S.25)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Peter Vollrath-Kühne
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172)9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Schuljahr beginnt!

Auch im neuen Schuljahr werden die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen und Bildungseinrichtungen des Landes Hessen ihr Bestes geben, um den Ansprüchen guter und moderner Pädagogik und gelingender Inklusion gerecht zu werden. Und die GEW wird nicht locker lassen, eine Verbesserung der oft desolaten Arbeitsbedingungen einzufordern!

Dass sich das Engagement für gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen lohnt und auch noch Spaß machen kann, zeigen die Beiträge aus der Arbeit der GEW Hessen in dieser HLZ. Es lohnt sich mitzumachen, für die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen genauso wie in den Kitas, Hochschulen und bei den freien Bildungsträgern.

Die Landesregierung will nach einer Erklärung von Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) Hessen „schlauer, sicherer und gerechter“ machen. Die Landesregierung wolle 100 neue Stellen für Professorinnen und Professoren und 1.100 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer schaffen und ab dem 1. Juli 2017 noch einmal 600 Stellen für die versprochene Arbeitszeitverkürzung. Außerdem solle es 6 Millionen Euro mehr für den Ausbau von Ganztagschulen geben. Das ist auch ein Erfolg des Drucks der GEW und ihrer engen Kooperation mit dem Landeselternbeirat und der Landesschülervertretung. Die Beamtinnen und Beamten haben diese Investitionen in Bildung mitfinanziert, weil ihnen seit Anfang 2015 eine Anpassung der Besoldung an das Tarifergebnis vorenthalten worden ist. Wir werden notfalls bis zu den Landtagswahlen den Druck für einen fairen Umgang mit den Beamtinnen und Beamten aufrecht erhalten.

Die Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Hochschule sind die idealen Orte, um die Grundlagen für ein inklusives Miteinander, ein selbstbestimmtes, emanzipiertes Leben, gesellschaftliche Partizipation und Chancengleichheit zu schaffen. Es ist die Aufgabe der Landesregierung, die räumlichen, sächlichen und personellen Rahmenbedingungen für ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot zu schaffen. Bildungseinrichtungen sind Orte, um Demokratie zu lernen und zu praktizieren. Demokratische Bildungseinrichtungen setzen auf Kooperation und Mitbestimmung. Bildung ist ein Menschenrecht und nicht mit wirtschaftlichen Kennziffern zu messen. In der Auseinandersetzung um das neue Schul-

gesetz wird es darum gehen müssen, der Entdemokratisierung entgegenzuwirken.

Hierfür brauchen wir an jeder Stelle Kolleginnen und Kollegen, die sich einmischen, nachfragen und diskutieren und nicht alles hinnehmen, was die Kultusbürokratie vom Kultusministerium bis hin zur Schulleitung als „alternativlos“ darstellt. Die GEW bietet allen Kolleginnen und Kollegen eine Plattform, um zu diskutieren, über den richtigen Weg zu streiten und gemeinsam zu handeln. So ist es uns im letzten Schuljahr gelungen, die Kürzungen in der gymnasialen Oberstufe zu stoppen und die Disziplinarverfahren gegen Lehrerinnen und Lehrer, die am 16. Juni 2015 gestreikt haben, zu Fall zu bringen.

Aber auch im neuen Schuljahr gibt es viel zu tun. Die Kürzungen im Bereich der Einführungsphase an den Oberstufen, in den Intensivklassen und den Grundschulen müssen zurückgenommen werden. Die Forderung nach einer Reduzierung der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer und der vollständigen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung lassen wir uns von wohlfeilen Versprechungen und einem inakzeptablen „Entgegenkommen“ der Landesregierung nicht abkaufen (HLZ S. 7). Und auch das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte wird uns nicht von den Gerichten geschenkt werden.

Erich Kästner hat gesagt: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Der Mann hat recht. Wir können in der täglichen Arbeit den aufrechten Gang praktizieren, wir können in Konferenzen und auf Personalversammlungen den Mund aufmachen und wir können in Resolutionen und auf der Straße unsere gemeinsamen Forderungen artikulieren.

Die GEW Hessen, deren alltägliche Arbeit in dieser HLZ exemplarisch präsentiert wird, lädt alle Kolleginnen und Kollegen ein, dabei mitzumachen.

Maika Wiedwald



Maika Wiedwald
Stellvertretende
Vorsitzende
der GEW Hessen

Einhorn, Zauberstab und Lillifée

Seit es immer weniger Kinder gibt, werden Einschulungsfeiern immer pompöser. Am zweiten Sonnabend nach den großen Ferien ist die Straße vor der Grundschule mit Autos verstopft, die kreuz und quer parken, möglichst vor den Einfahrten der unschuldigen Anwohner. Die kennen in der Regel aus leidvoller Erfahrung diesen alljährlichen Termin und haben ihre Großeinkäufe schon vorher erledigt. Für den Transport der Schulanfänger sind Geländelimosinen (Sport Utility Vehicles) sehr beliebt. In einer Großstadt müssen ja häufig Wüsten und Savannen durchquert werden. Aus den SUVs steigen kleine Mädchen mit aufwändigen Zopffrisuren und rosa Designerkleidchen, einige umzingelt von polierten Glatzköpfen in dunklen Anzügen. Ist das Security? Nein, hier treten offensichtlich moderne Väter, Onkel und Großväter in Erscheinung. Einer von ihnen trägt die Schultüte, weil die für ein Kind viel zu schwer ist. Dem Tross folgen ein paar jüngere Geschwister mit einer kleineren Zuckertüte. Darin sind unter anderem Inlet-Kissen. Die kann man hinterher zum Kuscheln verwenden.

Zuckertüten sind laut Wikipedia nur im deutschsprachigen Raum üblich und das erste Mal 1810 in Mitteldeutschland urkundlich erwähnt. Anscheinend war das Schulsystem in Sachsen und Thüringen schon damals so bedrückend, dass es mit Bonbons versüßt werden muss. In der DDR waren Schultüten übrigens sechseckig, in der BRD rund mit einem Normmaß von 70 Zentimetern. Für schlaffe 139 Euro kann man heute eine exklusive Motto-Zuckertüte bestellen. Mit glitzernden Stoff-Applikationen, gehäkelten Einhörnern, Eulen und Raketen. Und mit verstärkter Spitze. Emil soll doch nicht inmitten seiner Kekse und Bonbons stehen, nur weil seine Schultüte inkontinent ist. Nebenan bei Waldorfs sind Ranzen und Zuckertüten gern aus Filz, die Kleidung aus erdfarbenem Leinen. Die Schultüten glitzern nicht billig, sondern sind mit anspruchsvoll musealem Designpapier beklebt.

Omas und Opas Schultüte war früher auch selbstgebastelt. Unten rein kam manchmal Zeitungspapier, weil die ganztägige Füllung einfach zu teuer gewesen wäre. Gerüchteweise gab es auch Kinder, die nur Zeitungspapier in

ihren Tüten hatten. Die schreiben später als Erwachsene verbitterte Glossen.

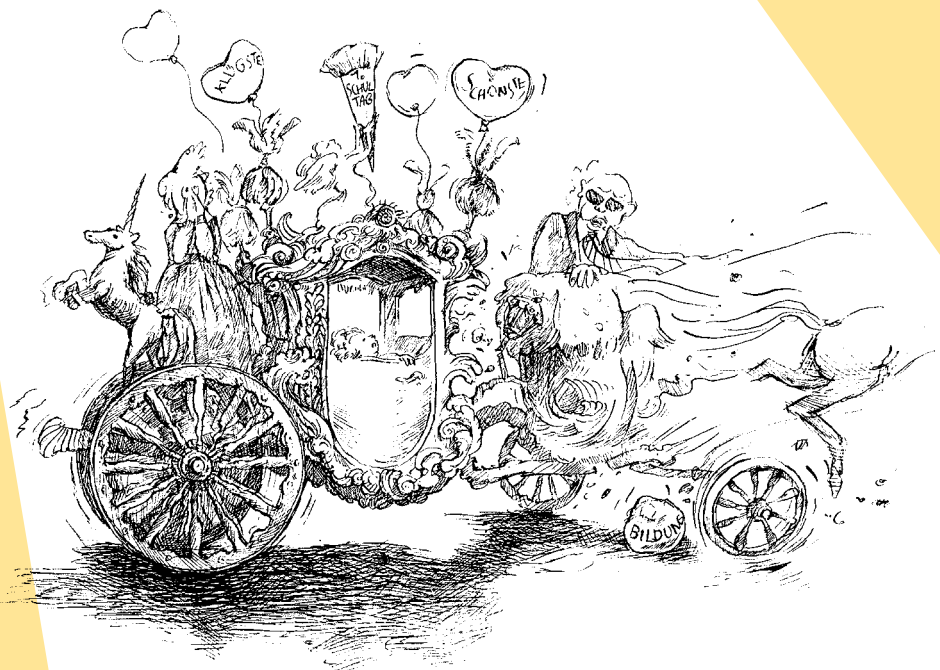
Die Sporthalle der Grundschule ist überfüllt, obwohl vorher Platzkarten verteilt wurden. Einige Großfamilien haben sich deshalb auf die Stühle gesetzt, die für die „Einschüler“ reserviert sind. Der Rest muss stehen. Aber das macht nichts. Die Eltern rennen sowieso ständig zum Filmen hin und her. Gleich drei Camcorder zielen auf Daphne und Noah, ein niedliches Zwillingpaar, das gerade offiziell begrüßt und mit quietschgelben Verkehrssicherheitsmützchen ausgestattet wird. Eine Fast-food-Kette ist der großzügige Sponsor. Auf der provisorischen Bühne singen und tanzen die Zweitklässler, stolz darauf, nicht mehr die Kleinsten zu sein. Ihre Klassenlehrerin steht auf kreatives Schreiben, und so dauert die „Vogelhochzeit“ 20 holprige Strophen länger. Ein paar kleine Kinder brechen in Tränen aus, ein paar Erwachsene telefonieren oder unterhalten sich lautstark. „Nur Lehrerinnen, wieder kein einziger Mann dabei!“, schimpft eine Mutter in ihr Smartphone.

Beim letzten Sketch wird es auf der Bühne hektisch. Miras Zauberstab fehlt. Er spielt aber die zentrale Rolle bei der Verwandlung einer Kröte in einen Schulrat. Oder war es umgekehrt? Eine errötende Kollegin bringt den Stab zurück. Sie hat ihn als Zeigestock verwendet. Wie aus den Lehrerzimmern so manches verschwindet, was nutzbringend erscheint ...

Die jungen Künstler aus der Einführungsphase stellen sich im Spalier auf, und die Erstklässler machen sich auf den Weg zum Ernst des Lebens. Ein Junge wirft sich auf den Boden, tobt und strampelt und will partout nicht mit ins Klassenzimmer. Aufgeregte Großfamilien rennen hinterher, obwohl sie eigentlich in der Sporthalle bleiben und für den Förderverein spenden sollen. Aber Daphne, Cheyenne und Finn müssen unbedingt auf ihrem neuen Platz im Klassenraum fotografiert werden. Ein letztes Mal zupfen die Muttis an ihrem Kind herum und nehmen die Spiderman-Schultüte in Verwahrung. Sie diskutieren so laut im Flur, dass drinnen die neue Lärmampel empört auf Rot umspringt: über den Sinn der dreikantigen Tricky-Dicky-Bleistifte, die sie extra anschaffen mussten, über den Quatsch, heutzutage noch Schreibschrift zu lernen, und vor allem über den kurzen Rock einer Lehrerin.

Die lieben Kleinen werden nach einer Stunde wieder in die Freiheit entlassen und draußen mit Geschenken und Küssen überhäuft. Einige kampfbereite Mütter umzingeln die junge Lehrerin und drohen gleich den ersten Hospitationsbesuch an. „Wann werden eigentlich die Gymnasialempfehlungen ausgesprochen?“, fragt eine. Die Lehrerin antwortet milde: „Nun lassen Sie uns doch erst einmal im Schulalltag ankommen!“

Gabriele Frydrych



Betr.: HLZ 6/2016 Schule leiten

Funktionsstellen auf Zeit

Die innergewerkschaftliche Kontroverse zwischen dem ehemaligen hessischen GEW-Landesvorsitzenden *Alfred Harnischfeger* und der derzeitigen stellvertretenden Landesvorsitzenden *Maike Wiedwald* könnte bald ihr fünfzigjähriges Jubiläum feiern. Ich kenne die Auseinandersetzung seit mehr als vierzig Jahren. In der Sache hat sich wenig getan, weil in der Regel je nach individueller Interessenlage argumentiert wird: ein Nullsummenspiel. Der Landesvorstand war aus ebendiesen Gründen prinzipiell nie bereit, zu entscheiden und politisch initiativ zu werden. Es gab aber eine Ausnahme. Sie wäre beinahe erfolgreich gewesen. Zum Hintergrund: Im Zuge umfassender Reformen des Referendariats und der Studienseminare veranstaltete die GEW Hessen eine Fachtagung, auf der der „Ausbilder auf Zeit“ diskutiert wurde. Die Diskussion war naturgemäß kontrovers, aber sehr sachbezogen. Es galt das Prinzip der Unterwerfung unter die Logik des besseren Arguments. Dahinter verbargen sich die Ziele, mehr Männer und Frauen in Ausbildungsfunktionen zu bringen, inhaltliche Erneuerungen dauerhaft zu verstetigen und personelle Verjüngung in den Studienseminaren rechtlich zu verankern. Eine knappe Mehrheit von 60% der Teilnehmenden votierte für den Vorschlag. Ein entsprechend ausgearbeiteter Entwurf wurde im Landesvorstand beschlossen. Kerninhalte waren

- gleiche Besoldung und gleiche Arbeitsbedingungen für die Ausbildertätigkeit in allen Lehramtsbereichen
- Zeitstellen mit einer Dauer von sechs Jahren und einmaliger Verlängerung
- eine Funktionszulage von 700 DM mit Anrechnung auf das Ruhegehalt

Das war im Herbst 1998. Aufgrund von politischen Vorgesprächen – damals regierten SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – gab es planerische Vorarbeiten im Hessischen Kultusministerium (HKM), die in eine entsprechende Verordnung münden sollten. Das HKM sah eine Rotationsdauer von fünf Jahren mit einer Verlängerung von drei Jahren vor. Die gewährte Funktionszulage, die deutlich höher war als die Zulage für einen Ausbildungsauftrag, sollte allerdings nicht ruhegehaltsfähig sein. Schließlich, und dies im Wortlaut:

„Eine Maßgabe bei der Einführung der Tätigkeit eines Ausbilders auf Zeit sollte allerdings sein, daß auch bei anderen Tätigkeiten wie z. B. der eines Schulleiters, die jetzt noch im Funktionsamt wahrgenommen werden, eine analoge Regelung gefunden wird.“

GEW, HKM, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bogen in diesem politischen Mittelstreckenlauf gemeinsam auf die Zielgerade ein, erreichten aber nicht das Ziel. Warum? 1999 gab es einen Regierungswechsel. Die neue CDU/FDP-Koalition war Hüterin eines konservativen, statischen Beamtenrechts. Fazit: Die GEW war vor bald 20 Jahren offensichtlich weiter als heute. Für die Wahl auf Zeit gilt folglich weiterhin die Pro-Argumentation von *Maike Wiedwald*.

Joachim Euler, Frankfurt

Betr.: HLZ 7-8/2016 Lehrerbildung in Hessen

Konsequenter für Inklusion!

Mit Interesse habe ich die letzte Ausgabe der HLZ gelesen. Auch ich denke, dass zur Änderung der Schullandschaft die Bildungsgänge für angehende Lehrerinnen und Lehrer eine maßgebliche Rolle spielen. Das spiegelt sich auch in dem Artikel „Die Chancen nutzen“ von *Franziska Conrad* wider, die vorschlägt, die Zahl der Studiengänge auf vier zu reduzieren: Grundschule, Sekundarstufe, Förderschule und Berufsbildende Schulen.

Einverstanden bin ich, dass alle Studiengänge eine gleich lange Studienzzeit erhalten sowie mit einer einheitlichen Eingangsstufe von A13 besodet werden sollen. Die Vielseitigkeit des Berufs muss in allen Schulformen zum Tragen kommen.

Was aber die Haltung der GEW zur Novellierung des Hessischen Schulgesetzes angeht, sollte die GEW aber auch für die Abschaffung der Förderschulen eintreten. Die Forderung nach Abschaffung der Förderschulen als Konsequenz aus inklusiv arbeitenden Schulen ist sicher heikel angesichts der gegenwärtigen, alles andere als zufriedenstellenden Situation an allen Schulen in Sachen Inklusion. Warum also nicht beim Lehrerbildungsgesetz gerade in dieser Hinsicht einen Anfang machen?

Statt dessen wird hier ohne Kommentar der Studiengang Förderschule beibehalten. Er bereitet auf die Schulform vor, die faktisch als viertes Glied neben dem dreigliedrigen Schulsystem seit Jahrzehnten besteht.

Im nachfolgenden Artikel „Inklusion in der Lehrerausbildung“ von *Rosemarie Heußner-Kahnt* wird meiner Ansicht nach diese Inkonsistenz besonders deutlich, denn auch dort wird nicht die Abschaffung der Beratungs- und Förderzentren (BFZ) gefordert.

Künftig werden alle Lehrerinnen und Lehrer an Regelschulen arbeiten, denn dort werden alle Kinder sein. Es soll keine Aussonderungen mehr geben, das ist die Auffassung der GEW. Studierende in der Lehrerausbildung können und werden auch zukünftig Schwerpunkte setzen, in ihrer Fachrichtung, mit Erziehungsschwerpunkten etc. Welche Qualifizierungen könnten nicht auch in einem speziellen Schwerpunkt neben anderen Schwerpunkten in einem der drei Studiengänge erworben werden?

Die Lehrerausbildung sollte der Inklusion in unseren künftigen Schulen Rechnung tragen und die GEW sollte ihre Positionen zur Novellierung eines neuen Lehrerbildungsgesetzes dementsprechend schärfen.

Christoph Ortmeier, Frankfurt

Neue GEW-Publikation:

Bildung in der Effizienzfalle?

Am 20. Juli stellte die GEW-Arbeitsgruppe gegen die Ökonomisierung der Bildung eine neue Publikation vor, in der die Referate einer Veranstaltungsreihe in Frankfurt dokumentiert werden, die im Wintersemester 2015/2016 an den „Marburger Bildungsaufwurf“ anknüpfte. Die Kritik an den Zielen der OECD richtet sich gegen die Abkehr von bisherigen Bildungszielen zu Gunsten inhaltsleerer und outputorientierter Kompetenzen. Der Mechanismus der indirekten Steuerung, der in der Wirtschaft schon seit Jahrzehnten üblich ist, werde „ganz bewusst eingesetzt, um den Abbau von echter Mitbestimmung und Solidarität zu verstärken“.

Autorinnen und Autoren der Publikation sind unter anderen *Jochen Krautz* („Kompetenzen machen unmündig“), *Matthias Buchhardt* („Liebesgrüße aus Gütersloh“), *Eva Maria Wehrheim* („Inklusion an hessischen Grundschulen“) und *Stephan Siemens* („Handlungsmöglichkeiten gegen die Ökonomisierung der Schulen“).

- Die Publikation „Die Schule ist kein Wirtschaftsbetrieb: Bildung in der Effizienzfalle?“ kann bei der GEW Hessen angefordert werden (info@gew-hessen.de).

X GEW Marburg: Befristung an Schulen

Unmittelbar vor den Sommerferien forderte eine Delegation der befristet angestellten Lehrkräfte an Marburger Schulen vor dem Staatlichen Schulamt verlässliche Berufsperspektiven und eine zeitnahe Umsetzung der Einigung zwischen Kultusministerium und GEW zur schrittweisen Reduzierung befristeter Arbeitsverträge. Danach soll der Anteil der befristeten Lehrerstellen im Schulbereich hessenweit bis zum Schuljahr 2018/2019 auf 5,4 Prozent reduziert werden. *Stella Tappert*, befristet angestellte Lehrerin an der Grundschule Großseelheim, forderte einen zeitnahen Richtungswechsel: „Befristete Arbeitsverträge belasten unsere Lebens- und Familienplanung und schaden der Qualität des Unterrichts.“

X GEW-Broschüre „Kritik an VERA 3“

Die Kritik an den verbindlichen Vergleichsarbeiten in der 3. Jahrgangsstufe (VERA 3) reißt nicht ab. Die GEW Hessen hat die kritischen Argumente und die Begründungen der Schulen, die eine Freistellung von den Tests auf der Grundlage eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz beantragt haben, in einer Broschüre zusammengestellt.

- Die Broschüre kann bei der GEW angefordert werden (info@gew-hessen.de) und steht als Download zur Verfügung (www.gew-hessen.de > Bildung > Schule > Fachgruppe Grundschule).

X Forderungen zur Novellierung des Schulgesetzes

Im Vorfeld der bevorstehenden Novellierung des Schulgesetzes meldete sich das Bündnis aus GEW, Landesschülervertretung (LSV), Landeselternbeirat (LEB), Elternbund hessen, Grundschulverband und Landesausländerbeirat zu Wort. Für das Bündnis steht die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit durch die Entkopplung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft im Vordergrund. Außerdem gehe es um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, den Ausbau echter Ganztagschulen und die Integration zugewanderter Kinder und Jugendlicher. Die konkreten Forderungen orientieren sich am „Leitbild einer demokratischen Schule, die im Innen- und im Außenverhältnis auf Kooperation setzt“.

Die gemeinsame Erklärung greift unter anderem die Forderung des LEB nach einem kostenfreien Schülerticket für den öffentlichen Personennahverkehr auf. Auch die Forderung der LSV nach einer „verbindlichen SV-Stunde pro Woche“ für jede Klasse, die eine bessere Beteiligung der Schülerinnen und Schüler sicherstellen soll, wurde in das Papier aufgenommen.

Das „zersplitterte, aussondernde und unübersichtliche Schulsystem“ soll „hin zu mehr und längerem gemeinsamen Lernen entwickelt werden“. Der bestehende Ressourcenvorbehalt, der das von der UN-Behindertenrechtskonvention verbriefte Recht auf inklusive Bildung einschränkt, müsse entfallen.

- Das Positionspapier findet man auf der Homepage der GEW: www.gew-hessen.de.

X Mitgliedsbeiträge der GEW für Beamte in Hessen

Mit dem am 14. Juli 2016 in dritter Lesung verabschiedeten Gesetz über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2016 hat der Landesgesetzgeber die Bezüge der Beamtinnen und Beamten sowie der Pensionäre und Pensionärinnen ab dem 1. Juli 2016 um 1,0 Prozent angehoben. Zudem hat der Landtag einen Mindestanhebungsbetrag für die Grundvergütung und die überleitungsrechtlichen Stufen der Überleitungstabelle von 35 Euro festgelegt (Teilzeitbeschäftigte anteilig). Dieser Mindestbetrag wirkt allerdings nur bis Stufe 3 der Besoldungsgruppe A 12. Gemäß der Beitragsordnung der GEW erhöht sich auf Grund der Besoldungserhöhung auch der Mitgliedsbeitrag für die Mitglieder entsprechend.

X Elternforum „Zuwanderung und Integration“ am 5.11.

Im Zentrum des 12. Elternforums des Landeselternbeirats am Samstag, dem 5. November 2016, in der Wöhlerschule in Frankfurt steht das Thema „Zuwanderung und Integration“ als „Herausforderungen und Chancen für hessische Schulen“. Es referieren *Frau Prof. Lale Aykün* und der Vorsitzende des Landesausländerbeirats *Enis Gülegen*.

- Infos > www.leb-hessen.de

X Frankfurt: Unterstützung für Waisenhaus in Kobanê

Die Initiative zur Begründung einer Städtepartnerschaft zwischen den Städten Frankfurt und Kobanê im mehrheitlich von Kurdinnen und Kurden bewohnten Nordsyrien sammelt Geld für ein Waisenhaus und für traumpädagogische Fort- und Weiterbildungen in Kobanê. Die Stiftung ist als gemeinnützig anerkannt (Stiftung LAGG, Ein anderes Frankfurt, Volksbank Griesheim, IBAN: DE17 501904000012225601).

Die Bildungsministerin von Kobanê und *Sinem Mohamed*, Europavertreterin der Selbstverwaltung in Rojava, informieren am 21.9.2016 um 19 Uhr in Frankfurt über die Situation in Kobanê und in der Region Rojava (Saalbau Bockenheimer, Kurfürstenplatz).

- Infos: Städtepartnerschaftsinitiative Kobanê-Frankfurt, frankfurt-kobane@gmx.de, <http://helpkobane.com/de/>



LSV: Hausaufgaben? Nein, danke!

Die Landesschülervertretung (LSV) fordert die Abschaffung von Hausaufgaben in ihrer bisherigen Form. Diese sollen durch lehrergestützte Übungsstunden sowie durch nicht bewertete freiwillige Übungsaufgaben ersetzt werden (HLZ 7-8/2016). Am 7. Juli demonstrierten 200 Schülerinnen und Schüler in Wiesbaden für die Forderung der LSV. Um die von Hausaufgaben ausgehende Belastung zu symbolisieren, zogen sie einen riesigen Stein aus Pappmaschee mit der Aufschrift „Hausaufgaben“ hinter sich her. *Maike Wiedwald*, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, wies in ihrer Ansprache die Behauptung von Kultusminister *Lorz* zurück, die Forderung nach Abschaffung der Hausaufgaben sei ein Angriff auf die pädagogische Freiheit.

Schwarz-grün beschließt Besoldungsgesetz

GEW kündigt Fortsetzung der Proteste an

Am 11. Juli, drei Tage vor der dritten und abschließenden Lesung des Gesetzentwurfs von CDU und Grünen zur Nichtanpassung der Beamtenbesoldung, unternahm die Regierungskoalition einen weiteren – untauglichen – Versuch, die massiven Proteste der Gewerkschaften gegen die Nullrunde von 2015 und das schon im Koalitionsvertrag vereinbarte langfristige Abhängen der Beamtinnen und Beamten von der allgemeinen Tarif- und Einkommensentwicklung zu unterlaufen. Der Gesetzentwurf zur Erhöhung der Beamtenbesoldung um 1,0% ab dem 1. Juli 2016 wurde durch eine „soziale Komponente“ ergänzt, wonach die Erhöhungen „mindestens 35 Euro“ betragen sollen und die Anwärtergrundbeträge um 50 Euro steigen sollen. Im Organisationsbereich der GEW liegt die Erhöhung damit lediglich in den Besoldungsgruppen bis A12 (Stufe 3) über 1,0%. Grundschullehrkräfte, die mit A12 am niedrigsten besoldete Gruppe von Lehrkräften, erhalten nach Berechnung der GEW maximal zwei bis vier Euro brutto zusätzlich im Monat. Tatsächlich versucht die Koalition damit aber nur, die Wahrscheinlichkeit zu minimieren, dass bei einer möglichen Verfassungsbeschwerde das Abstundangebot zur Grundsicherung (Sozialhilfeniveau) für die unteren Besoldungsgruppen verletzt sein könnte.

DGB-Vorsitzende *Gabriele Kailing* bezeichnete die späte Änderung des Gesetzentwurfs und die zeitgleiche Ankündigung der Reduzierung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten im Jahr 2017 von 42 auf 41 Stunden als „ersten Etappensieg“. Von einer Übertragung des Tarifergebnisses von 4,4% auf die Beamtinnen und Beamten sei das jedoch „noch weit entfernt“. Auch bei der Arbeitszeit halte der DGB an der Forderung nach einer 40-Stunden-Woche fest.

Die GEW kritisierte in der schriftlichen Stellungnahme und am 30. Juni im Rahmen der mündlichen Anhörung den Gesetzentwurf als „erneutes einseitiges Sonderopfer der Beamtinnen und Beamten zur Konsolidierung des Haushaltes“.

GEW und DGB begleiteten die mündliche Anhörung und die zweite Lesung des Gesetzentwurfs am 12. Juli mit einer Postkartenaktion (Foto) und lautstarken Protesten vor dem Landtag. *Maike Wiedwald*, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, kommentierte das Gesetz mit deutlichen Worten:

„Es geht um die Wertschätzung der täglichen Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in der Schule, die sich auch in einer angemessenen Besoldung und einer erträglichen Wochenarbeitszeit ausdrücken muss. Da sind die jetzt geplanten Erhöhungen der Besoldung und die Reduzierung der Arbeitszeit ab August 2017 viel zu wenig und viel zu spät.“

GEW-Vorsitzender *Jochen Nagel* und *Peter Zeichner* (Referat Tarif, Besoldung und Beamtenrecht) erinnerten bei der Anhörung im vollbesetzten Plenarsaal des Landtags an die Vorgabe des Hessischen Besoldungsgesetzes, wonach die Besoldung „entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (...) regelmäßig angepasst“ werden muss (§ 16 Abs. 1 HBesG). Die Berechnungen der GEW belegen dagegen, dass die Besoldung im Betrachtungszeitraum 2002 bis 2016 nach den Berechnungsformeln des Bundesverfassungsgerichte um 3,9% hinter der Tarifentwicklung in Hessen zurückbleibt. Hier von einer „marginalen Abweichung“ zu sprechen, sei „dreist“. Dabei sei die um zwei Stunden längere Wochenarbeitszeit noch gar nicht „eingepreist“.

Jochen Nagel ging aber auch ganz grundsätzlich auf die Behauptung ein, das Gesetz sei ein Gebot der „Generationengerechtigkeit“ und habe „keine unmittelbaren oder mittelbaren Auswirkungen auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern“:

„Wie kann es ‚generationengerecht‘ sein, wenn es vor allem die Berufe abwertet, in denen Menschen mit Kindern und Jugendlichen arbeiten? Und wie ist es zu bewerten, dass die Abwertung des Lehrerberufs in den Grundschulen mit der niedrigsten Besoldung fast ausschließlich Frauen trifft?“

Kritik an dem Gesetz kam nicht nur von den Oppositionsparteien SPD, FDP und LINKE, die als einzige Fraktion einen alternativen Gesetzentwurf mit einer Erhöhung der Beamtenbesoldung um 4,4% vorgelegt hatte. Auch der Deutsche Richterbund warf die Frage auf, wie die einseitige Schlechterstellung der Beamtinnen und Beamten „bei Steuermehreinnahmen von 400 Millionen Euro in 2015 und 260 Millionen Euro in 2016“ zu rechtfertigen ist. Der Verfassungsrechtler *Professor Ulrich Battis* machte deutlich, dass von einer stichhaltigen Begründung des Besoldungsgesetzes schon deshalb keine Rede sein könne, da man ausschließlich und nach Punkt und Komma der bereits Ende 2013 verfassten Koalitionsvereinbarung folge.

Der GEW-Landesvorstand wird bei seiner Klausurtagung Ende September über die langfristige Strategie im Kampf gegen das Besoldungsdiktat der Landesregierung beraten und die Erfolgsaussichten für ein rechtliches Vorgehen gegen das Besoldungsgesetz einschätzen, das am 14. Juli mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen aller Oppositionsparteien beschlossen wurde. Die Besoldungserhöhung um 1,0% erfolgt rückwirkend zum 1.7.2016.

Harald Freiling



Grundschullehrkräfte fordern A13

Seit rund 45 Jahren ist die Forderung „A13 für alle Lehrämter“ in der GEW beschlossene Sache. Dennoch hat die Fachgruppe Grundschulen Hessen das Thema immer wieder diskutiert. Was machen wir, damit endlich etwas passiert? Können wir genug Druck aufbringen, um voranzukommen?

Hessische Bezirks- und Kreisverbände beschäftigten sich mit dem Thema und formulierten auf einer Fachtagung einen Antrag mit konkreten Umsetzungsschritten. Auf einer Sitzung der Landesfachgruppe kam die Idee für einen A13-Button auf, der sicherstellte, dass unser Anliegen auf der Landesdelegiertenversammlung (LDV) im November 2014 beachtet wurde. Wir gründeten eine Arbeitsgruppe „A13 für alle“, in der Kolleginnen und Kollegen aus den Grundschulen und die Landesvorsitzenden gemeinsam Aktionen planen. Wir haben „A13 für alle“ auch in der Bundesfachgruppe Grundschulen thematisiert. Der Gewerkschaftstag 2013 forderte danach alle Landesverbände auf, tätig zu werden.

Am 13. November 2015 übergaben Grundschullehrerinnen den Frauenbeauftragten der Staatlichen Schulämter öffentlichkeitswirksam einen Brief und forderten sie auf, uns zu unterstützen. Der 13. November war der „erste Tag der unbezahlten Arbeit“: Im Vergleich mit A13 arbeiten ab diesem Tag nach A12 besoldete Grundschullehrkräfte bis zum Rest des Jahres ohne Bezahlung.

Andere Bundesländer wie Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein haben diese Idee inzwischen übernommen. Der Bundesverband der GEW gab ein Gutachten zur Situation in Hessen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen in Auftrag. Die Professorinnen *Kocher*, *Porsche* und *Wenckebach* stellten dabei eine „mittelbare Geschlechterdiskriminierung bei der Besoldung von Grundschullehrkräften“ fest (www.gew-hessen.de > Bildung > Schule > Grundschule).



Zum Weltfrauentag am 8. März 2016 veranstalteten die GEW-Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz gemeinsam einen Abend zum Thema „A13 für alle“, für 2017 ist eine Folgeveranstaltung geplant. Im Laufe des Frühjahrs sprachen Landesvorsitzende und Grundschullehrerinnen mit den bildungspolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen und machten sie dabei auch auf das Gutachten zur Geschlechterdiskriminierung aufmerksam. Im November 2016 werden wir und andere GEW-Landesverbände wieder den „ersten Tag der unbezahlten Arbeit“ zum Anlass nehmen, unsere Forderung zu bekräftigen.

Frauke Gützkow, im GEW-Hauptvorstand verantwortlich für den Bereich Frauen, entwickelte eine Kommunikationsstrategie zur „Lohngerechtigkeit - A13 für Grundschullehrkräfte“, bei der es um „Geld und Image“ geht, denn die Arbeit am „Image“ ist ein wichtiger Teil unserer Strategie.

Unsere Arbeit ist zwar nicht gleich, aber gleichwertig mit der der anderen Lehrämter. Wichtig ist, nicht nur die vielfältige Arbeitsbelastung, sondern auch das hohe Anforderungsniveau deutlich zu machen. Wir binden jeden Tag unzählige Schnürsenkel, kleben Pflaster, bearbeiten Streit, trocknen Tränen, machen permanent alle möglichen Dinge gleichzeitig, sind erheblichem Lärm ausgesetzt und müssen trotzdem auch die leisen Stimmen hören. Wir haben keine Pausen, koordinieren, konferieren, beraten weit über unsere Arbeitszeit hinaus und haben unsinnige Verwaltungsaufgaben zu bearbeiten. Wenn dann noch Konflikte hierarchischer Natur, in multiprofessionellen Teams oder mit Eltern hinzukommen, dann läuft das Fass über und wer dabei gesund bleibt, kann von Glück reden. Wir wollen niemandem leidtun, sondern deutlich machen, dass die Qualität unserer Arbeit von den derzeitigen Bedingungen außerordentlich beeinträchtigt wird.

Neben den Belastungen möchten wir das hohe Anforderungsniveau an die Profession der Grundschullehrkraft hervorheben. Sprechen wir öffentlich und offensiv von den Inhalten der Grundschularbeit: von der ganzheitlichen Förderung der kindlichen Persönlichkeit, der Individualisierung von Unterricht und der Beziehungsarbeit, die wir in der sensiblen Phase der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder leisten. Wir beobachten und dokumentieren individuelle Lernentwicklungsprozesse in heterogenen Lerngruppen, wir unterrichten nach den Grundsätzen entwicklungslogischer

Didaktik in inklusiven Settings, wir bauen multiprofessionelle Teams auf, wir arbeiten uns in sonderpädagogische Förderschwerpunkte ein, wir koordinieren und beraten uns mit unterschiedlichen Kooperationspartnern, wir entwickeln unsere Schulen und unseren Unterricht weiter, wir reflektieren neue wissenschaftliche Erkenntnisse. Dies und vieles mehr tun wir professionell und gern.

Auf dem Weg zu einer gerechten Bezahlung von Grundschullehrkräften haben wir schon viel erreicht. Die „AG A13 für alle“ bittet euch, weiterhin unsere Aktionen zu unterstützen – bis wir bekommen, was wir verdienen.

Susanne Hoeth

Landesfachgruppe Grundschule der GEW Hessen

Aktiv gegen Überlastung

Ende 2015 führte der Kreisvorstand der GEW Hanau eine Befragung der Lehrerinnen und Lehrer des Schulamtsbezirkes durch, an der sich knapp 500 Pädagoginnen und Pädagogen beteiligten. Trotz der hektischen Vorweihnachtszeit und der vielen zu beantwortenden Fragen hatten sich 43 von 57 Schulen im Altkreis Hanau an der Umfrage zur Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer beteiligt, über die die HLZ unter der Überschrift „Das Pensum ist nicht zu schaffen“ ausführlich berichtete (HLZ 4/2016, www.gew-hanau.de > Gesundheit und Arbeitsschutz).

GEW-Kreisvorsitzender *Heinz Bayer* brachte die Ergebnisse der Umfrage in der HLZ auf den Punkt:

„Im Sinne ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Bediensteten müsste die Landesregierung umgehend und umfassend eine Behebung der gravierenden Mängel in die Wege leiten, die unseren Kolleginnen und Kollegen eine Vielzahl hoher Belastungen aufbürden. Um sich als Sparobermeister zu profilieren, werden jedoch Verhältnisse in Kauf genommen, die letztlich sogar die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen aufs Spiel setzen. Das ist, im wahrsten Sinne des Wortes, unerträglich!“

Der Kreisverband Hanau befragte 500 Lehrkräfte

75 Prozent der Kolleginnen und Kollegen gaben an, dass sie abends nicht abschalten und die Schule einfach mal vergessen können. „Mein Leben besteht zu 90 Prozent aus Schule“, schreibt eine Lehrkraft in den zum Teil sehr ausführlichen verbalen Ergänzungen zum Fragebogen. Gesundheitliche Probleme wie Schlaflosigkeit, Herz-Kreislauf-erkrankungen und psychosomatische Erkrankungen sind auch in anderen Belastungsstudien zum Lehrerberuf nachgewiesen. Auch von einer Erholung am Wochenende können die meisten Kolleginnen und Kollegen nur träumen. Fast 90 Prozent der Kolleginnen und Kollegen, die die entsprechende Frage beantwortet haben, geben an, selten oder nie ein freies Wochenende zu haben.

Am 17. Mai 2016 legte der GEW-Kreisverband Hanau mit einer Kundgebung vor dem Staatlichen Schulamt am Hessen-Homburg-Platz nach. Viele Kartons wurden vor der Tür des Schulamtes aufgetürmt, die die zahlreichen Belastungsfaktoren symbolisieren und auf die nicht mehr tragbaren und gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen an den Bildungseinrichtungen des Landes hinweisen sollen.

Trotz der ausführlichen Berichterstattung in der örtlichen und überregionalen Presse hüllten sich alle verantwortlichen Stellen bisher in Schweigen. Deshalb wollten die versammelten GEW-Mitglieder die Befragungsergebnisse nun öffentlich der Amtsleiterin des Staatlichen Schulamtes, *Frau Sylvia Ruppel*, überreichen und sie bitten, die Befragungsergebnisse an das für die Arbeitsbedingungen an den Schulen zuständige Kultusministerium in Wiesbaden weiterzuleiten. Nach § 45 des Beamtenstatusgesetzes hat „der Dienstherr im Rahmen des Dienst- und Treueverhältnisses für das Wohl der Beamtinnen und Beamten“ zu sorgen. Dies könnte er nach Auffassung der GEW unter anderem durch eine Herabsetzung

der Pflichtstundenzahl und eine Verminderung der Zusatzaufgaben erreichen.

Aus terminlichen Gründen sahen sich *Frau Ruppel* und andere Vertreter des Amtes nicht in der Lage, die Befragungsergebnisse entgegenzunehmen. Tatsächlich, so vermuten die Gewerkschafter, verschließen Schulamt und Kultusministerium lieber die Augen vor der Arbeitswirklichkeit der hessischen Lehrerinnen und Lehrer, als ihrer Verpflichtung nachzukommen, für vertretbare Arbeitsbedingungen zu sorgen.

Ähnlich handeln Kultusministerium und Schulamt im Umgang mit den Überlastungsanzeigen einzelner Kolleginnen des Schulamtsbezirkes. Auch hier wird auf den Hilferuf der Lehrerinnen und Lehrer nicht geantwortet. Stattdessen werden die Schulleitungen der betreffenden Schulen durch überlange Berichtspflichten indirekt abgestraft. Diese Form des Umgangs mit den berechtigten Anliegen der Lehrerinnen und Lehrer ist in den Augen der GEW skandalös, da die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach § 16 des Arbeitsschutzgesetzes verpflichtet sind, ihren Arbeitgeber auf gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen hinzuweisen. Auch diese Ignoranz ist aus Sicht der GEW ein Zeichen der mangelnden Wertschätzung für die engagierte Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer.

Ingabritt Bossert (Foto: links) und *Christiane Östreich* vom Kreisvorstand der GEW Hanau erläuterten die Forderungen der Demonstrantinnen und Demonstranten. Begleitet wurde die Aktion vom DGB-Kreisvorsitzenden *Klaus Dietzel*, der den Kolleginnen und Kollegen Mut und Ausdauer wünschte, ihre berechtigten Interessen weiter engagiert zu verfolgen, und der die Unterstützung des DGB zusicherte.



Hochschulprojekt der GEW Südhessen

Vor dem Hintergrund der demografischen Struktur der Mitgliedschaft der GEW und der großen Herausforderung, junge Kolleginnen und Kollegen gewerkschaftlich zu aktivieren und nachhaltig einzubinden, hat der GEW-Bezirksverband Südhessen im Jahr 2014 eine halbe Projektstelle zur gewerkschaftlichen Vorfeldarbeit an den Hochschulen in Darmstadt geschaffen. Vorrangiges Ziel war es, Studierende bereits in ihrer Ausbildungsphase gewerkschaftlich anzusprechen, sie zu aktivieren und in ihrem gewerkschaftlichen Engagement zu unterstützen. Außerdem sollte die GEW an den Hochschulen sichtbarer und als verlässliche hochschulpolitische Partnerin etabliert werden. Das Projekt war auf zwei Jahre angelegt und wurde inzwischen bis Ende 2016 verlängert.

Anders als in Frankfurt oder Marburg hatte die GEW in Darmstadt große Schwierigkeiten, an den Hochschulen Fuß zu fassen. Anfang 2014 waren gerade einmal 97 Hochschulmitglieder in der GEW organisiert, davon 59 Studierende und 38 Beschäftigte – mit rückläufiger Tendenz. Studentische Hochschul- oder Betriebsgruppen gab es nicht und die Anbindung an den GEW-Landesverband war unzureichend. 2013 wurde die *Kooperationsstelle Wissenschaft & Arbeitswelt* Darmstadt geschlossen. Diese gemeinsame Einrichtung der Technischen Universität Darmstadt (TUD), der Hochschule Darmstadt, des DGB und der Einzelgewerkschaften diente seit ihrer Gründung im Jahr 2000 als Brücke zwischen Hochschulen und Gewerkschaften, zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt. Damit entfernten sich die Hochschulen in Darmstadt immer weiter aus dem gewerkschaftlichen Einflussbereich.

Wie fast alle gesellschaftlichen Bereiche sind auch die Hochschulen im Wandel. 2014/15 gab es in Hessen 238.221 Studierende, 46% mehr als 2004/05. Ansteigend ist auch die Zahl der – zumeist befristeten – Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau, während die Professuren im gleichen Zeitraum nur geringfügig erhöht wurden. Ein schlechteres Betreuungsverhältnis, eine dramatische Ausweitung der Befristung von Arbeitsverträgen, die

neoliberale Reorganisation der Hochschulen, die soziale Öffnung und die zunehmende Akade-

misierung der Berufsausbildung verändern das Studium und die Arbeit im Wissenschaftsbetrieb grundlegend und somit auch die Voraussetzungen für die gewerkschaftliche Selbstorganisation von Studierenden und Beschäftigten.

Gewerkschaftliches Engagement zu ermöglichen und zu organisieren, ist die größte Herausforderung des Projekts. Die neuen BA/MA-Studiengänge sind in ihrer Konzeption sehr zeitaufwändig und die permanente Leistungsüberprüfung lässt gewerkschaftliches Engagement kaum noch zu. Die steigenden Lebenshaltungskosten im Rhein-Main-Gebiet zwingen Studierende, ihr Studium durch ebenfalls zeitaufwändige Nebenjobs zu finanzieren. Beim Aufbau der GEW-Hochschulgruppe wurde demnach ein Großteil der kontinuierlich anfallenden Aufgaben durch die Projektstelle übernommen: Einladungen und Protokolle wurden geschrieben, Aufgaben und Termine koordiniert und Arbeitsergebnisse zusammengetragen. Bewährt hat sich ebenfalls die zeitlich begrenzte Arbeit mit einzelnen Mitgliedern der Hochschulgruppe an Projekten wie der Hilfskraftinitiative Darmstadt oder der AG Kritische Soziale Arbeit. Im Projektzeitraum ist es dank der oben genannten Unterstützungsleistungen gelungen, zeitweise bis zu acht Menschen wieder in eine GEW-Hochschulgruppe und in andere gewerkschaftliche Projekte einzubinden.

Das Hochschulprojekt hat dazu beigetragen, dass die GEW an den Hochschulen in Darmstadt stärker sichtbar wurde und der negative Trend in der Mitgliederentwicklung umgekehrt werden konnte. Bildungsangebote, Veranstaltungen und die Existenz einer aktiven GEW-Hochschulgruppe erhöhten die Präsenz in den Hochschulen. In den genannten projektbezogenen Gruppen wurde die GEW zur verlässlichen progressiven Kooperationspartnerin. Mit der Veranstaltungsreihe „Einblicke in das Berufsfeld Schule“ und einer Veranstaltung zum „Berufseinstieg in die Soziale Arbeit“ wurden Studierende im Organisationsbereich der GEW berufsfeldorientiert angesprochen. Eine Institutionalisierung solcher Veranstaltungsformate verspricht perspektivisch großes Potenzial in Hinblick auf die anschließende Ansprache im Referendariat und den weiteren Berufsverlauf.

Es gelang, die Studierendenarbeit der GEW mit der DGB-Jugend und der IG Metall zu vernetzen und die Gewerkschaften so wieder näher an die Hochschulen heranzuführen. In Kooperation mit den ASten wurden regelmäßige Veranstaltungsreihen mit arbeitsrechtlichen und berufsspezifischen Themen etabliert. Auch im Bereich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde die Sichtbarkeit der GEW mit gezielten Aktionen, Veranstaltungen und Ständen zu den Tarifverhandlungen an den Hochschulen erhöht. Erst kürzlich hat sich eine gewerkschaftlich-politische Vernetzung von Beschäftigten der Hochschule Darmstadt gegründet, die zukünftig spannende gewerkschaftliche Akzente setzen wird.

Mein Fazit: Gewerkschaftliche Selbstorganisation in der Hochschule ist kein Selbstläufer mehr. Für eine erfolgreiche, nachhaltige gewerkschaftliche (Vorfeld-)Arbeit an den Hochschulen muss die GEW ihre Bemühungen weiter ausbauen und zukünftig mehr Ressourcen bereitstellen als bisher.

Sebastian Ankenbrand

Der Autor ist Referent für Hochschule am Standort Darmstadt der GEW Südhessen (ankenbrand@gew-suedhessen.de).



Die Fachgruppe Berufsbildende Schulen

Auf der Ebene des GEW-Landesverbands werden zentrale Themen wie Besoldung, schulische und außerschulische Bildung, Lehrerbildung, Sozialpädagogik oder Hochschule in Referaten des GEW-Landesvorstands beackert, die von ehrenamtlich tätigen Kolleginnen und Kollegen geleitet werden. Außerdem gibt es auf allen Ebenen die sogenannten Fach- und Personengruppen. Hier werden die speziellen Fragen einzelner Schulformen oder von Personengruppen, zum Beispiel der Angestellten, der Frauen oder der Seniorinnen und Senioren, diskutiert und in politisches Handeln umgesetzt. Zu den besonders aktiven Fachgruppen auf Landesebene gehört die Fachgruppe Berufsbildende Schulen. HLZ-Redakteur Harald Freiling sprach mit Ralf Becker, der mit Markus Heberling und Carsten Leimbach die Fachgruppe leitet, um zu erfahren, was denn eine Landesfachgruppe macht.

Ralf Becker: Die Landesfachgruppe ist ein Diskussions- und Aktionsforum für alle GEW-Mitglieder an Berufsbildenden Schulen in Hessen. Wir befassen uns mit allen bildungspolitischen Fragen rund ums Thema Berufsbildende Schulen, bereiten Beschlüsse und Aktionen des Landesvorstands vor und beteiligen uns an der Umsetzung der Beschlüsse und der Durchführung der Aktionen. In unserer Fachgruppen arbeiten über 20 Personen aus allen Regionen Hessens und aus allen Schulformen der Berufsbildenden Schulen kontinuierlich mit. Wir treffen uns mindestens vier Mal im Jahr, davon einmal in einer zweitägigen Klausur. Wir geben den „Berufsschul-Insider“ heraus und erstellen Infos für die Vertrauensleute an den Schulen. Wir führen Gespräche mit den anderen Gewerkschaften und dem DGB, mit Parteien, mit dem Kultusministerium und auch mit Unternehmerverbänden. Wir sind im Landesausschuss für Berufsbildung vertreten und arbeiten in den Bundesfachgruppen für gewerbliche und kaufmännische Schulen mit.

HLZ: Eure Fachgruppe ist nach meiner Wahrnehmung eine der aktivsten Fachgruppen der hessischen GEW. Kannst du mal die Schwerpunkte eurer Arbeit aus dem letzten Schuljahr benennen? Neben dem Personalratswahlkampf waren folgende Themen auf der Agenda: die Festlegung der Fachklassenstandorte, Maßnahmen zur Weiterqualifizierung, die Beschulung geflüchteter Jugendlicher und junger Erwachsener, die Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf und die Forderungen der at-Fachlehrerinnen und at-Fachlehrer...

Was bedeutet diese Abkürzung?

Das sind die Fachlehrerinnen und Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer, die eine besondere Ausbildung durchlaufen.

Gibt es auch Erfolge zu vermelden, wo ihr euch mit euren Vorstellungen durchgesetzt habt, und was hat dich besonders gefreut?

Sicher gibt es nur wenige Bereiche, wo wir unsere Forderungen eins zu eins durchsetzen konnten. Ich freue mich schon, wenn es in Richtung unserer Vorstellung geht. Da kann man auch gute Kompromisse als Erfolge bezeichnen. Bei der Festlegung der Fachklassenstandorte konnten wir durchsetzen, dass diese nicht einfach von oben verordnet werden, sondern dass dies in Gremien passiert, dass die Diskussion transparent ist und die Gewerkschaften mit am Tisch sitzen. Die Ergebnisse müssen noch abgewartet werden. Und mehr als

120 Kolleginnen und Kollegen nahmen die Möglichkeit wahr, sich bei einer InteA-Fachtagung der GEW zu Fragen der Beschulung von Geflüchteten auszutauschen und fortzubilden...

Schon wieder eine Abkürzung...

InteA-Maßnahmen, das sind sozusagen die Intensivklassen der beruflichen Schulen. InteA steht dabei für „Integration und Abschluss“. Noch mal zu deiner Frage nach den Erfolgen. Zur Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf soll es einen Schulversuch geben. Bei den Rahmenbedingungen konnten wir einiges rausholen, aber ein gewerkschaftliches Konzept würde wesentlich anders aussehen. Besonders habe ich mich über den einstimmigen Beschluss des Landtags gefreut, dass für at-Fachlehrkräfte die Möglichkeit zum Aufstieg in den höheren Dienst geschaffen werden soll. Ärgerlich ist, dass das Kultusministerium wenig Interesse daran zeigt, dies gut umzusetzen. Aber wir bleiben dran.

Wie kann ich mir denn so ein Fachgruppentreffen vorstellen?

Wir treffen uns freitags um 12 Uhr und gehen die Berichte durch, danach geht's zum Mittagessen und ab 14 Uhr steigen wir in die Tagesordnung ein. Auf Grundlage von Drucksachen werden die Tagesordnungspunkte diskutiert und Beschlüsse gefasst. Bei den Klausuren nehmen wir uns immer ein gerade aktuelles Schwerpunktthema vor.

Das klingt ja alles sehr trocken. Ihr macht diese Arbeit ja alle ehrenamtlich. Gibt es eigentlich auch einen Spaßfaktor?

Der Spaßfaktor steckt im Detail. Unsere Diskussionen sind offen und flapsige und spaßige Bemerkungen sind auch mal drin. Während der Sitzung nehmen wir uns die Zeit für Pausen, in denen wir uns individuell austauschen können, auch über Dinge, die nicht auf der Tagesordnung stehen oder nichts mit der GEW zu tun haben. Die Abende bei den Fachgruppenklausuren sind legendär...

...und man sollte einfach mal dabei gewesen sein. Wer Interesse an der Arbeit hat, kann sich bei Ralf Becker melden und die nächsten Termine erfragen (r.becker.gew@gmx.de).



Viele Projekte: Mitarbeit erwünscht

Wer bei Gewerkschaften an die Auseinandersetzung der Beschäftigten mit ihrem Arbeitgeber über Bezahlung, Arbeitszeit oder Eingruppierung denkt, liegt nicht falsch. Das gilt ganz besonders während der aktuellen heftigen und nachhaltigen Auseinandersetzung mit dem Sonderweg des Landes Hessen in Bezug auf die Besoldung und die Arbeitszeit seiner Beamtinnen und Beamten. Allerdings ist das nur ein kleiner Teil dessen, was in der GEW Hessen Woche für Woche in ehrenamtlicher Mission, aber auch mit Unterstützung der Beschäftigten der GEW in der Landesgeschäftsstelle im Zimmerweg und in den Bezirksverbänden Woche für Woche getan wird. Dazu berichten wir exemplarisch aus der Arbeit des GEW-Bezirksverbands Frankfurt.

Zum Beispiel: Der Bezirksverband Frankfurt

Eine Handvoll Bezirksvorstandsmitglieder will grade in der Geschäftsstelle seine Beratung über ein schulpolitisches Thema aufnehmen, da stehen drei Kolleginnen in der Tür, die betroffen darüber berichten, dass sie von einem Rechtsanwaltsbüro eine Unterlassungserklärung und eine Rechnung über 250 Euro erhalten hätten. Der Hintergrund: Sie hatten sich öffentlich über das von einem großen Caterer gelieferte Mittagessen in Frankfurter Kitas geäußert. Diese Begegnung steht am Anfang einer stadtweiten, von der GEW unterstütz-

Die farbenfrohe Fassade der Geschäftsstelle des GEW-Bezirksverbands Frankfurt in der Bleichstraße 38 a verdanken wir der Maßschneiderinnung Rhein-Main, die im selben Haus untergebracht ist.



ten Auseinandersetzung mit einem multinationalen Caterer, der nach der Schließung der städtischen Küchenbetriebe mit zuletzt 45 Beschäftigten den Zuschlag für die Essensversorgung aller städtischen Kitas bekommen hatte und dessen Essensqualität seit Tagen in den Medien beklagt wurde.

Der Konzern verklagte auch die Frankfurter Neue Presse und den Hessischen Rundfunk, verlor aber auch diese Prozesse. 2013 konnten wir dann den erhofften Erfolg feiern, dass der Zwangsvertrag mit diesem Caterer aufgelöst wurde.

Privatisierung und Ökonomisierung

Erfahrungen im Umgang mit internationalen Konzernen und ihren Lobbystrukturen machte der Bezirksverband Frankfurt schon seit 2005, als mit dem Bildungszentrum Ostend das erste städtische PPP-Projekt (Public Private Partnership) startete, dem zwei weitere folgten. Die Fülle an Verschleierungen, Desinformationen und Lobby-Strukturen machten eine überregionale Aufklärungsarbeit unumgänglich. Über dieses Thema haben wir zuletzt in der HLZ 1-2/2016 berichtet. Inzwischen ist auch die Öffentlichkeit sensibler geworden und wir konnten die Anwendung von PPP in Frankfurt bremsen. Noch erfolgreicher waren wir 2003, als wir uns an der Vorbereitung des Bürgerbegehrens zum „Cross-Border-Leasing“ beteiligten, mit dem die gesamte U-Bahn für 99 Jahre an US-Finanzinvestoren übergeben werden sollte – und das für einmalig 100 Millionen Euro. Damals konnte noch die grüne Basis ihre Spitzenpolitiker zur Umkehr zwingen, was im Verein mit der SPD und 48.000 Unterschriften zum Erfolg führte und der Stadt Frankfurt Folgekosten in Millionenhöhe ersparte.

Diese Beispiele zeigen auf, dass das Gewerkschaftliche in hohem Grad politisch ist. Als Bezirksverband sehen wir es als unsere Aufgabe an, die generelle Kritik der GEW am Prozess der Privatisierung und Ökonomisierung in der konkreten Auseinandersetzung mit lokalen Politikern und globalen Konzernen vor Ort zu artikulieren und zu organisieren.

Bei uns gibt es keine Langeweile!

Langweilig wird es in der Gewerkschaftsarbeit nicht, denn die Bandbreite der Themen reicht von der klassischen Bildungspolitik bis zu den Arbeitsbedingungen vor Ort:

- Wir fordern echte Ganztagschulen und kritisieren Schmalspurkonzepte wie den „Pakt für den Nachmittag“.
- Wir engagieren uns für Inklusion, aber nicht im Rahmen von „Modellregionen“, die den Mangel verschleiern, und fordern die Rückkehr zu den Standards des „Gemeinsamen Unterrichts“.
- Unser dauerhaftes Engagement hat die offizielle Politik zu dem Eingeständnis gezwungen, dass es bei der Sanierung der Frankfurter Schulen nicht um Millionen, sondern um ein Milliarden-Projekt geht. Wir fordern für dessen Umsetzung ein Finanzierungskonzept, das auch die Frage der Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit nicht außen vor lässt.
- Die Kritik an einer Schulentwicklungsplanung, die nur auf Werbewirksamkeit setzte, hat schließlich mit zu erdrutschartigen Verlusten der Regierungskoalition von CDU und Grü-

nen in der Kommunalwahl 2016 geführt und der möglichen Chance für Alternativen. Dafür bietet der Bildungsausschuss des Stadtparlaments eine gute und auch von uns oft genutzte Gelegenheit, weil bei diesen monatlichen Sitzungen unter Anwesenheit der Presse auch die Betroffenen in der „Bürgerinnen- und Bügerrunde“ zu Wort kommen können.

Der BV Frankfurt wäre nicht, was er ist, wenn auf Bezirksvorstandssitzungen nicht auch immer wieder die EU mit ihrer (un)heimlichen Agenda und die internationale Solidarität auf der Tagesordnung stünden. Wer daraus schließt, dass hier grundsätzlich immer „politisiert“ wird, kann sich auch entspannt zurücklehnen und an einer der vielen Führungen durch Kunstausstellungen oder an lea-Fahrten nach Griechenland, Nicaragua, Südafrika oder Namibia teilnehmen.

Tatsächlich haben sich all diejenigen, die die Gewerkschaftsarbeit im Bezirksverband Frankfurt aktiv bestreiten, zusammengeschlossen, weil sie verstanden haben, dass sich alleine vielleicht eine individuelle Karriere planen lässt, aber nicht vernünftige Arbeitsbedingungen oder eine bessere Bildungspolitik. Deshalb ist einer unserer Wahlsprüche ja auch: „Wir sind die Experten!“

Die enge Zusammenarbeit von GEW und Personalräten stärkt beide. Sie sichert den Informationsfluss aus und in die Schulen, ins Staatliche Schulamt und ins Kultusministerium. Um diese Informationen zu verarbeiten, nutzen wir den Austausch in Fachgruppen, bei Treffen mit Schulen, in monatlichen Bezirksvorstandssitzungen. Auf besonderes Interesse stoßen dabei unsere Schulungen für Schulpersonalräte, die von oft über 100 Kolleginnen und Kollegen zweimal jährlich besucht werden. Das fundierte juristische Hintergrundwissen der Rechtsstellen des Landesverbands und der Bezirksverbände und der Erfahrungsschatz aus den Schulen sorgen für eine kompetente und anregende Mischung für die Auseinandersetzungen vor Ort.

Die Mitgliederzahl wächst

Auch im GEW-Betriebsverband Frankfurt organisieren sich Jahr für Jahr mehr Mitglieder. In den letzten drei Jahren stieg die Zahl der Mitglieder jährlich um mehr als vier Prozent. Damit einher geht auch eine Verjüngung der Mitgliedschaft – erfreulicherweise auch bei den aktiven Mitgliedern. Die über 4.500 Mitglieder des Betriebsverbands arbeiten in Schulen (über 3.000), Hochschulen (über 600, viele in befristeten Arbeitsverhältnissen), Kitas (fast 400), als Sozialpädagoginnen und -pädagogen (fast 300) und in der Erwachsenenbildung (über 200). Der Mitgliederzuwachs außerhalb der staatlichen Schulen stellt die GEW vor die Aufgabe, die anderen Bereiche von Bildung und Erziehung stärker in den Blick zu nehmen und die dort Beschäftigten zu unterstützen und für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen. So unterstützte der GEW-Betriebsverband am 30. Juni 2016 den befristeten Streik der freiberuflichen Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache an der Frankfurter Volkshochschule, die gegen die angekündigte unzureichende Honorarerhöhung protestierten (HLZ S.15).

Die VHS ist ein Beispiel für die zunehmende Prekarisierung im Erziehungs- und Bildungsbereich. Was die Arbeitgeberseite „größtmögliche Flexibilität“ nennt, bedeutet für die Beschäftigten, mit der Bedrohung zu leben, am Ende eines Kurses, Semesters, Projekts oder auch Schuljahres ohne Arbeitsplatz dazustehen. In der Folge schrecken viele Kolleginnen und Kollegen davor zurück, sich betriebs- und gewerk-



Streik der freiberuflichen Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache an der Frankfurter Volkshochschule

schaftspolitisch zu engagieren. So existieren mittlerweile im Bereich der sozialen Arbeit viele freie Träger ohne Tarifvertrag und ohne Personalvertretung. Hier unterstützt die GEW vor Ort die Gründung von Betriebsgruppen und Betriebsräten. Ähnliche Erfahrungen machen auch die Kolleginnen und Kollegen in der Schulsozialarbeit, der Berufsberatung oder der Ganztagsbetreuung und die dauerhaft überlasteten Kolleginnen und Kollegen in den Jugendämtern. Wir sind davon überzeugt, dass die unterschiedlichen Berufsgruppen Verbesserungen nur gemeinsam erkämpfen können.

Unsere Geschäftsstelle in der Bleichstraße

Der GEW-Betriebsverband Frankfurt und seine Vorsitzenden *Anja Golder* und *Sebastian Guttmann* werden in der Geschäftsstelle in der Bleichstraße von *Petra Becker* und *Tino Gianfrancesco* unterstützt, die auch in turbulenten Zeiten die Ruhe bewahren und für Besucherinnen und Besucher ein Lächeln parat haben. „Die Bleichstraße“ ist ein Synonym für kleine und große Treffen, für hitzige Debatten und überlegte Strategien, für überfüllte Aktionsversammlungen, für Feiern, für Streikvorbereitungen, für Pressekonferenzen und vieles mehr. Und einigen Delegierten der Landesfachgruppe Berufliche Schulen sagt man nach, dass sie eigens wegen der Nähe zu den „Zwölf Aposteln“ und dem dort gebrauten Bier in die Bleichstraße kommen (HLZ S.11).

Immer wieder werden wir gefragt, ob sich dieser Aufwand überhaupt „lohnt“. Die Antwort ist vielschichtig: Es hilft schon, sich vorzustellen, es gäbe sie nicht, die Gewerkschaft, es gäbe all das nicht, was wir oben beispielhaft beschrieben und dargestellt haben. Die Kolleginnen und Kollegen in den Bildungseinrichtungen wären als Einzelne auf sich gestellt, und jeder Arbeitgeber könnte sein Interesse an „preiswerten“, jederzeit verfügbaren Arbeitskräften zu seinen Konditionen voll ausleben. Die Erfahrung gemeinsamer solidarischer Aktionen nicht nur bei Streiks verbindet und macht uns, aber auch jede einzelne Kollegin und jeden einzelnen Kollegen stark! Und Aktionen wie das Entrollen der Transparente „Unsere Arbeit ist es wert ...“ in Frankfurter Schulen und der „Lesemarathon“ vor den Fenstern des Kultusministeriums, dem die (vorläufige) Einstellung der Disziplinierungen folgte, machen gute Laune und stärken das Selbstbewusstsein.

Herbert Storn und Anja Golder

Was macht ein GEW-Kreisverband?

Walter Schäfer, Vorsitzender des GEW-Kreisverbands Wetzlar, ist schon lange dabei, wenn „sein Kreisverband“ (KV) im Süden des Lahn-Dill-Kreises, im sogenannten Altkreis Wetzlar, arbeitet, wirkt und feiert:

... zum Beispiel der Kreisverband Wetzlar

Mit etwas mehr als 500 Mitgliedern zählen wir sicher nicht zu den „Großen“, zu den „Kleinen“ gehören wir aber auch nicht. Die Frage einer Fusion mit einem anderen KV hat sich uns bislang nicht gestellt. Wir haben einen elfköpfigen Kreisvorstand, wobei zwei Kolleginnen erst nach der letzten Vorstandswahl kooptiert wurden, die sich bei der nächsten Mitgliederversammlung zur Wahl stellen werden. Überhaupt Mitgliederversammlungen! Seit gefühlten zwanzig Jahren führen wir zum Schuljahresbeginn im Sportheim Hohensolms unsere jährliche Mitgliederversammlung (MV) durch, an der meistens um die zehn Prozent der Mitglieder teilnehmen, manchmal auch ein paar mehr. Es gibt Kaffee (natürlich aus GEW-Tassen!) und Kuchen, namhafte Referenten zu aktuellen Themen, die Ehrung der Jubilarinnen und Jubilare und Wahlen, wenn sie turnusmäßig anstehen, und zum Schluss wird der Grill angeworfen. Außerdem gibt es die Give-aways zum Mitnehmen, nützliche Dinge für den Schulalltag, alle mit dem GEW-Logo versehen.

Auf der MV im vergangenen Jahr berichtete *Dietmar Schreiber*, GEW-Mitglied und Leiter der Albert-Schweitzer-Schule in Wetzlar, von der Absicht des Kollegiums, mit Kindern aus dem Wetzlarer Flüchtlingscamp ins Takka-Tukka-Abenteuerland nach Künzell zu fahren. Eine spontane Sammlung zur Unterstützung dieses Vorhabens war die Folge, vor allem aber auch

die Initiative unserer GEW-Kollegin *Astrid Kalaitzis*, zukünftig Kinder aus dem Camp mehrmals in der Woche nachmittags in die Schule zu fahren und dort zu unterrichten. Der KV übernahm die Bustransferkosten für die Flüchtlingskinder bis zur Auflösung des Camps. Im Rahmen einer Gesamtkonferenz bedankte sich der Kreisvorstand bei den Beteiligten und überreichte jeder Lehrkraft eine Flasche Wein.

Seit *Klaus Kirdorf* als Seniorenvertreter im Vorstand arbeitet, hat sich die Betreuung der nicht mehr aktiven Mitglieder enorm verbessert und die Austrittszahlen sind zurückgegangen. Er hat seinen eigenen E-Mail-Verteiler, informiert mit seinen Senioren-Rundbriefen genau diese Zielgruppe und lädt zu Wanderungen und Fahrten ein. Schon zweimal haben wir einen ganzen Kinosaal in Wetzlar gemietet, um unseren Mitgliedern die Filme „Frau Müller muss weg!“ oder „We want sex!“ zu zeigen, in dem es um die Vorgeschichte des Equal Pay Act in Großbritannien geht. Wenn das Interesse groß genug ist, fahren wir mit interessierten Mitgliedern zur Didacta. Sporadisch laden wir die Vertrauensleute an unseren Schulen zum gemeinsamen Essen und Erfahrungsaustausch ein. Und für 2016 haben wir uns eine Fahrt zum Weihnachtsmarkt in Erfurt vorgenommen.

Darüber hinaus arbeitet die GEW Wetzlar im DGB-Kreisvorstand mit, im „Bündnis gegen Nazis“ und im Verein „Wetzlar erinnert“. Wir sind am 1. Mai in Wetzlar dabei. Wir sind keine Standesorganisation, sondern die Bildungsgewerkschaft mit gesellschaftspolitischem Anspruch! Als solche wollen wir uns immer wieder verbessern. Dabei setzen wir auf Kontinuität und den anstehenden Generationswechsel.

Walter Schäfer

Was macht eine Fachgruppe?

Die Fachgruppe Sozialpädagogische Fachkräfte im Schuldienst in Hessen besteht aus einer wechselnden aktiven Gruppe von mindestens 50 Personen, die in Förderschulen in ganz Hessen arbeiten. Daher ist es nicht immer einfach, alle zeitnah für einen regelmäßigen Austausch zu erreichen.

... zum Beispiel die „Sozpäds“ im Schuldienst

Gemeinsame Sitzungen finden mindestens dreimal im Jahr in Frankfurt, Marburg oder in Kassel statt. Diese regionalen Treffen bieten die Möglichkeit zum Austausch. Aus der großen Fachgruppe bildete sich in den vergangenen Jahren eine kleine überregionale Arbeitsgruppe, die zum Großteil aus den Vertreterinnen und Vertretern der Angestellten und der Gesamtpersonalräte besteht. Sie trifft sich in regelmäßigen Klausuren, hält regen Email-Kontakt, um Antworten auf Fragen aus den Regionen zu formulieren und um Forderungen zu diskutieren, die sie gemeinsam mit dem Referat in den Landesvorstand einbringt.

Die Fachgruppe vereint Kollegen aus verschiedenen Berufen: Erzieherinnen und Erzieher, heilpädagogische und sozi-

alpädagogische Fachkräfte, Ergo- und Physiotherapeutinnen und -therapeuten und Logopädinnen und Logopäden. Es ist manchmal schwierig, einen gemeinsamen Nenner zu finden, und trotzdem gibt es ein gemeinsames Ziel: die Arbeit in multiprofessionellen Teams mit Lehrkräften und Pflegepersonal im Unterricht mit körperlich und geistig behinderten Schülern.

Zurzeit arbeiten die meisten noch an Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung (gE) oder mit dem Förderschwerpunkt körperlich/motorische Entwicklung (k/mE). Die mit dem Kultusministerium neu verhandelte „Richtlinie für die Tätigkeit sozialpädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ ermöglicht und regelt den Einsatz der Sozpäds, wie wir uns gerne nennen, auch an allgemeinbildenden Schulen für Schülerinnen und Schüler mit den genannten Förderbedarfen.

Seit zwei Jahren können Sozpäds auch allgemeinbildenden Schulen zur „unterrichtsunterstützenden sozialpädagogischen Förderung“ (USF) eingesetzt werden. Gerade für die Umsetzung der Inklusion ist es notwendig, dass die Stellen für Sozpäds sowohl an den Regelschulen als auch in den noch verbleibenden Förderschulen erhöht werden, um die sozial-

pädagogische Kompetenz, die diese Teams bieten, adäquat für die Beschulung von Menschen mit Behinderungen jeglicher Art einsetzen zu können.

Wichtig war für uns immer, dass sich die Arbeitsbedingungen, die sich durch einen Erlass von 2006 und dessen Novellierung 2015 sehr verändert haben, nicht verschlechtern.

Unsere Forderung nach besserer Tarifierung bleibt ein aktuelles Thema, bei dem wir nicht müde werden, uns immer wieder bemerkbar zu machen. Dazu gehört auch eine angemessene Entlastung für ältere und schwerbehinderte Sozpäd.

Heide Krodel-Johne

Gleiches Honorar für gleiche Arbeit

„Ich kaufe bei Aldi oder Lidl ein – aber ich kaufe nicht den billigsten Kaffee oder die billigste Schokolade! Ich kaufe fair gehandelte Ware. Und das will ich auch – eine faire Bezahlung für Deutsch-Kursleiterinnen und -Kursleiter. Ich fordere Fair-Pay statt prekär!“

Mit diesen Worten eröffnete *Eva Schwarz-Proksch* eine Kundgebung im Hof der Volkshochschule Frankfurt. Rund 40 Kursleiterinnen und Kursleiter aus dem Bereich Deutsch als Fremdsprache (DaF) beteiligten sich Anfang Juli an der kollektiven Arbeitsniederlegung, zu der die DaF-Initiativgruppe der VHS aufgerufen hatte (HLZ 7-8/2016). Wie schon zuvor in Hannover stellten sich die Kolleginnen und Kollegen, die „Sprache als Schlüssel zur Integration“ vermitteln, zum Bild eines Schlüssels auf. Auch viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kurse zeigten sich solidarisch.

Die Empörung der Kursleiterinnen und Kursleiter entfachte sich an einem Honorarangebot der VHS-Direktorin *Truda Ann Smith*. Knapp zwei Wochen vor dem Warnstreik hatte sie eine Erhöhung der Honorare um 4,50 Euro auf 26 Euro angeboten. Für die Leiterinnen und Leiter der Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sollte es die angekündigte Erhöhung auf 35 Euro erst dann geben, wenn die Umsetzung durch das Innenministerium tatsächlich angeordnet werde. Und für die „Selbstzahlerkurse“, die weiterführenden Deutschkurse, sollte es auch dann bei 26 Euro bleiben.

Jens Weissenberg, einer der Sprecher der Initiativgruppe, hält dieses Angebot für „inakzeptabel und unzureichend“: „Die Honorarunterschiede sind ungerecht! Schließlich ist der Arbeitsaufwand in allen Deutschkursen vergleichbar.“

Die VHS müsse sich im Klaren darüber sein, dass in Zukunft keine qualifizierten Menschen bereit seien, die Leitung von schlechter honorierten „Selbstzahlerkursen“ zu übernehmen. Die größte Bildungsinstitution für Erwachsene in Frankfurt müsse sich deshalb fragen, ob sie in Zukunft nur noch Integrationskurse auf Grundstufenniveau anbieten und auf die weiterführenden Kurse der Mittelstufe, die Voraussetzung für berufliche Qualifizierung und Berufseinstieg sind, verzichten wolle. Die Sprachkurse der Mittel- und Oberstufe stellen rund ein Drittel des Kursangebotes dar. Die geringfügige Erhöhung der Honorare in diesen Kursen soll mit einer Erhöhung der Kursgebühren um 20 Euro pro Kurs verknüpft werden. Die DaF-Initiativgruppe fordert deshalb auch eine deutlich verbesserte finanzielle Förderung durch die Kommune, das Land Hessen und den Bund. Die GEW stellte beim Warnstreik nicht nur die Mikrofonanlage, sondern bot auch ihre weitere Unterstützung an.

Da bisher keine Antwort der VHS-Leitung auf die Forderungen vorliegt, berät die DaF-Initiativgruppe nun über weitere Schritte. Wie die HLZ berichtete, trafen sich im Juni

in Hannover erstmalig DaF-Lehrkräfte zu einem bundesweiten Vernetzungstreffen. Diese Proteste zeigen erste Erfolge. Am 8. Juli 2016 teilte das BMI überraschenderweise mit, die für September angekündigte Honorarerhöhung auf 35 Euro Mindestvergütung in Integrationskursen rückwirkend zum 1. Juli 2016 umzusetzen.

„Gut geschulte und motivierte Lehrkräfte in Integrationskursen leisten einen essenziellen Beitrag für eine gelingende Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer“, erklärte das Ministerium. Um die Qualität des Lehrangebotes zu erhalten, sei es wichtig, die Vergütungssituation insbesondere der Honorarlehrkräfte zu verbessern.

Für die GEW ist die Honorarerhöhung zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber 35 Euro Honorar pro Unterrichtsstunde sind nur die unterste Haltelinie. Umgerechnet entspricht diese Honorarhöhe gerade dem Mindesttarif nach dem „Tarifvertrag über den Mindestlohn in der Weiterbildung“. Die GEW fordert die Einstellung von Integrationslehrkräften auf dem Niveau der Entgeltstufe 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD). „Alternativ könnten auch Honorarverträge mit 54 Euro die Unterrichtsstunde angeboten werden“, sagte *Ansgar Klinger*, Leiter des Organisationsbereichs Weiterbildung beim GEW Bundesvorstand.

Wie der Konflikt um gleiche Honorare für alle DaF-Lehrkräfte an der VHS Frankfurt deutlich zeigt, müssen diese Verbesserungen dringend auf alle arbeitnehmerähnlichen Lehrkräfte in Deutschkursen an Volkshochschulen und bei anderen Trägern erweitert werden. Mindestens aber muss der „Tarifvertrag über den Mindestlohn in der Weiterbildung“ auf die Honorare von Kursleitenden Anwendung finden.

Karola Stötzel



Für Sie im Zimmerweg 12

Die GEW Hessen wäre ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Mitglieder nicht denkbar, aber auch nicht ohne die Unterstützung durch die Beschäftigten der Geschäftsstelle im Zimmerweg 12 in Frankfurt. Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sie bisher vielleicht vom Telefon kennen, stellen wir im Folgenden vor.



Barbara Lösel,
Mitarbeiterin der Geschäftsführung

Ob Landesvorstandssitzungen, Landesdelegiertenversammlung – ohne sie und ihre Kolleginnen im Sekretariat liefe nichts. Sie terminiert, plant und organisiert. Als Mitarbeiterin der Geschäftsführung führt sie die Korrespondenz des Geschäftsführers, plant und überwacht die Termine. Sie ist die erste Ansprechpartnerin für die Fach- und Personengruppen auf Landesebene. Aufgrund ihrer jahrzehntelangen Arbeit in der GEW Hessen ist ihr ein Aufgabengebiet zugewachsen, das schwer einzugrenzen ist. Viele Mitglieder kennen sie als Ansprechpartnerin für telefonische Anfragen, aber auch

als Organisatorin und Betreuerin von Fachtagungen vor Ort.

Ob Versenden von Einladungen und Materialien, Pflegen der Verteilerlisten oder die Anmietung von Räumen für Sitzungen und Klausurtagungen: Barbara Lösel bearbeitet alles, was für einen reibungslosen Ablauf im Haus notwendig ist.

- Kontakt: bloesel@gew-hessen.de



Roman George,
Referent für Bildungspolitik

Roman George beschäftigt sich als Referent für Bildungspolitik mit den Themen Inklusion, Lobbyismus oder Beschulung von Seiteneinsteigern. Er erarbeitet gemeinsam mit den ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen in den Referaten, Fach- und Personengruppen die Stellungnahmen der GEW zu aktuellen Gesetzentwürfen und unterstützt die Bündnisarbeit der GEW mit Eltern- und Schülervertretungen. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die Themen Bildungsgerechtigkeit und soziale Öffnung von Bildung.

- Kontakt: rgeorge@gew-hessen.de



Tobias Cepok,
Referent für Hochschule und Jugendbildung

Du arbeitest an einer Hochschule, studierst oder bist Lehrkraft im Vorbereitungsdienst? Ruf mich an oder mail mir bei Problemen im Beruf, mit befristeten Arbeitsverträgen, im Studium, bei der Promotion oder im Vorbereitungsdienst. Ich bin Dein Kollege für die direkte Aktion an Deiner Hochschule oder Schule. Ich berate Dich bei Deinem Engagement in der GEW und organisiere Veranstaltungen und Fortbildungen, die Dich, den Betrieb und die Gesellschaft bewegen.

- Kontakt: tcepok@gew-hessen.de



Die Landesrechtsstelle der GEW Hessen

Kathrin Kummer (rechts) und Annette Loycke (links) sind die Referentinnen der Landesrechtsstelle, Petra Thaler (2. von links) und Michelle Paulus (2. von rechts) die Mitarbeiterinnen im Sekretariat. Reinhard Besse ist ehrenamtlicher Leiter der Landesrechtsstelle. Uns geht es darum: Nicht nur recht haben, sondern Recht bekommen. In der Rechtsstelle finden alle Mitglieder Hilfe und Unterstützung bei rechtlichen Fragestellungen. Ob es darum geht, zu klären, ob ein Antrag in einer Konferenz kurzfristig noch eingebracht werden kann oder ob ein jahrelanger Prozess zur Arbeitszeit geführt werden muss: Die Bandbreite ist groß.

Die Rechtsstelle vertritt Mitglieder gegenüber dem Arbeitgeber oder Dienstherrn und trifft Entscheidungen über den gewerkschaftlichen Rechtsschutz. Um eine erste Information zu einem Thema zu erhalten, gibt es auch die Möglichkeit, sich im Mitgliederbereich der GEW-Homepage über die zahlreichen „Informationen aus der Landesrechtsstelle“ über ein Thema zu informieren. Außerdem berät und unterstützt die Landesrechtsstelle die haupt- und ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionäre der GEW Hessen und deren Gremien.

- Kontakt: rechtsstelle@gew-hessen.de



Poststelle und Druckerei

Thomas Illenseer (rechts), Klaus Schrohe (links) und Andreas Krahl laufen zur Hochform auf, wenn ein neuer Schulversand ansteht und über 2.000 Briefumschläge mit den aktuellen Informationen der GEW, die vorher auf den Großkopierern vervielfältigt werden, bestückt werden müssen oder eine große Fachtagung vorzubereiten ist. Bei ihnen kommen alle Briefe und Anrufe an, die dann im Haus weitergeleitet werden. Außerdem wirken sie in der Haustechnik mit, führen Reparaturarbeiten durch und verwalten das Archiv der GEW. Und wenn Sie als GEW-Mitglied Infomaterialien der GEW Hessen anfordern wollen, sind Sie hier an der richtigen Stelle.

- Kontakt: poststelle@gew-hessen.de



Die Mitgliederverwaltung

Friederike Flechsenhar, Tanja Kamp (rechts) und Annette Fahrendholz (links) sind als Mitarbeiterinnen der Mitgliederverwaltung dran an den Mitgliedern. Ob Änderungen telefonisch, per E-Mail oder per Post: Alle die Mitgliederdaten betreffenden Änderungen werden hier bearbeitet und in die EDV eingetragen. Neue Arbeitsstelle, verändertes Einkommen, Ruhestand, Elternzeit, neue Adresse, neuer Name, neue Bankverbindung, stets sollten Mitglieder Änderungen zeitnah der Mitgliederverwaltung mitteilen. Auch Neumitglieder sowie Kündigungen werden hier erfasst und bearbeitet. Änderungen kann jedes Mitglied aber auch über die Homepage des GEW-Hauptvorstandes www.gew.de bekannt geben.

Den Mitgliederbeitrag berechnen die Kolleginnen entsprechend den Vorgaben der Satzung und der GEW-Beitragsordnung. Der Rechtsschutz und die Versicherungsleistungen durch die GEW sind von der satzungsgemäßen Bezahlung des Beitrags abhängig. Dementsprechend wird sowohl bei den Anträgen auf Rechtsschutz oder Leistungen zur Berufshaftpflicht zuerst geprüft, ob der Beitrag satzungsgemäß, also entsprechend des Einkommens, bezahlt wird.

- Kontakt: mitgliederverwaltung@gew-hessen.de



Rüdiger Bröhring, Referent Tarif und Besoldung

Beim Referenten für Tarif- und Beamtenpolitik sind alle diejenigen an der richtigen Adresse, die Fragen zu tarifvertraglichen Regelungen im öffentlichen Dienst oder bei freien Trägern im Bildungsbereich haben. Typischerweise beziehen sich diese insbesondere auf Probleme der Einstufung, der Eingruppierung und der vor allem im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst zum Teil ziemlich komplizierten Überleitungen der letzten Jahre. Im Bereich des Beamtenrechts gehört unter anderem das Teilgebiet der Besoldung zum Aufgabenbereich. Auch hier geht es insbesondere um Fragen der Besoldungshöhe und die Überleitungsregelungen des neuen 2014 in Kraft getretenen Beamtenrechtes.

Tarifpolitische Aktivitäten gehören natürlich ebenso zu seinem Aufgabenbereich. Verhandlungen mit freien Trägern, die im pädagogischen Sektor tätig sind, mit Unis und dem Land Hessen sowie die Begleitung von Tarif- und Besoldungsrunden sind oftmals sehr arbeitsintensiv. Darüber hinaus gilt es, auf der fachlichen Ebene die Zusammenarbeit mit dem DGB in Hinblick auf beamtenrechtliche Fragen zu koordinieren.

- Kontakt: rbroehling@gew-hessen.de

Elke Hoeft, Referentin Grafik und Digitale Medien

Flyer, Broschüren, Plakate, Buttons, Banner und kreative Kampagnenbegleitung: Die GEW Hessen versteht sich als kommunikative Gewerkschaft, die stets aktuelles Informations- und Kampagnenmaterial zur Verfügung stellen möchte. Dafür und für die Modernisierung der Webseiten der GEW Hessen und ihrer Untergliederungen wurde vor drei Jahren die Stelle der Referentin für Grafik und Digitale Medien geschaffen. Ein Großteil der Materialien der GEW Hessen wird also im Haus gestaltet, bearbeitet und gesetzt und oft auch in der hauseigenen Druckerei gedruckt und versendet. Mit umfangreicheren Auflagen und Arbeiten werden Druckereien beauftragt.

Neben dem Printbereich bearbeitet Elke die Webseiten www.gew-hessen.de sowie www.gib-hessen.de und den Facebook-Account [@gewlandesverbandhessen](https://www.facebook.com/gewlandesverbandhessen) sowie den Youtube-Channel der GEW Hessen. Derzeit erarbeitet sie gemeinsam mit aktiven ehrenamtlichen Mitgliedern der Kreis- und Bezirksverbände weitere Webauftritte und überarbeitet vorhandene Homepages der Bezirks- und Kreisverbände.

- Kontakt: ehoeft@gew-hessen.de



Bernhard Hammerschick, Referent IT-Systeme

Ohne IT funktioniert heute keine Organisation und kein Unternehmen mehr. Um die IT-Servicequalität in der GEW-Geschäftsstelle zu verbessern, wurde die IT-Betreuung 2016 von extern auf intern umgestellt. Die neu geschaffene Referentenstelle wurde im April 2016 mit Bernhard Hammerschick besetzt. Er kümmert sich um die IT-Fragen und -Probleme der Kolleginnen und Kollegen in der Geschäftsstelle und betreut die benötigten Serversysteme wie Mailserver, Printserver, Backupserver, Fileserver oder Domain Controller. Er hält dadurch das technische Rückgrat der GEW Hessen aufrecht. Auch unterstützt und berät er die Geschäftsführung in allen Hardwarefragen für künftige Projekte und Hardwareanschaffungen. Hinzu kommen Schulungen für den Umgang mit Smartphones und Tablets für aktive Mitglieder der Kreis- und Bezirksverbände, Seniorinnen und Senioren und die Ehrenamtlichen: Für neue oder veraltete Webseiten der Kreis- und Bezirksverbände stellt er die Grundlagen auf dem Web-Server (Domain Controller) bereit und erstellt und pflegt auf Wunsch die E-Mail-Verteiler der Gliederungen.

- Kontakt: bhammerschick@gew-hessen.de



Die Landesgeschäftsstelle der GEW Hessen

- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle in Frankfurt (Zimmerweg 12) erreichen Sie telefonisch zu den Bürozeiten von Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr und von 12.45 bis 16 Uhr (am Freitag bis 14.30 Uhr). Die Zentrale erreichen Sie unter der Telefonnummer 069-971293-0 oder per Mail unter info@gew-hessen.de.
- Ihre Briefe erreichen uns per Fax (069-971293-93) oder an die GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt oder Postfach 170316, 60077 Frankfurt.
- Alle direkten Durchwahlnummern und individuellen Mailadressen finden Sie auf der Homepage der GEW: www.gew-hessen.de > Kontakte > Landesgeschäftsstelle.

Das Soziale Hilfswerk der GEW Nordhessen

Zu den bekannten Vorteilen einer GEW-Mitgliedschaft von der Berufshaftpflichtversicherung bis zum beruflichen Rechtsschutz gesellen sich für die GEW-Mitglieder im Bezirksverband Nordhessen mögliche Leistungen des Sozialen Hilfswerks. Dafür wird einmal im Jahr ein zusätzlicher Beitrag von 12 Euro abgebucht. Arbeitslose, Studierende und Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst sind von diesem Zusatzbeitrag ausgenommen.

Der Vorläufer des Sozialen Hilfswerks wurde bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründet. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg noch vor der Währungsreform und der Einführung der D-Mark wurden die „Kasse Hilfe in Not“ und die Begräbnishilfe für die Mitglieder des Deutschen Allgemeinen Lehrerverbands für den Bereich von Kurhessen und Waldeck wieder gegründet. Nach der Gründung der GEW wurden beide Hilfskassen zum Sozialen Hilfswerk zusammengefasst. War früher die Hauptaufgabe der Hilfskassen Lehrerwitwen und Lehrerwaisen in Not zu unterstützen und ihnen unbürokratische und solidarische Hilfe zukommen zu lassen, so liegt heute der Schwerpunkt auf der individuellen Unterstützung von GEW-Mitgliedern, die durch prekäre finanzielle Verhältnisse oder besondere Notlagen bedroht sind. Zunehmend wenden sich auch Seniorinnen und Senioren, die von Altersarmut bedroht oder betroffen sind, an das Soziale Hilfswerk. Seit 1946 konnten Leistungen in Höhe von rund vier Millionen Euro ausgezahlt werden. Folgende Unterstützungsleistungen sind möglich:

- Beihilfen bis zu 3.000 Euro als Hilfen in schweren Notlagen brauchen nicht zurückgezahlt werden. Vor allem Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst, arbeitslose Mitglieder und Honorarkräfte geraten schnell in Notsituationen.
- Darlehen bis zu 6.000 Euro sollten möglichst innerhalb eines Jahres zinslos zurückerstattet werden. Eine solche kurzfristige Überbrückung kann zum Beispiel bei einer Scheidung notwendig werden, bei einem beruflich bedingten Wohnungswechsel oder bei Krankheiten.

Beispiele aus der Arbeit des Sozialen Hilfswerks

- Für Mitglieder, die vor der Besoldungsanpassung vom 1.8.1969 in die GEW eingetreten sind, wird die Begräbnishilfe in Höhe von 1.000 Euro gegen Vorlage einer Sterbeurkunde an die Hinterbliebenen ausgezahlt. Mitglieder, deren Eintrittsdatum nach diesem Stichtag liegt, erhalten diese Hilfe, wenn von den Hinterbliebenen oder dem zuständigen Kreisverband formlos eine besondere soziale Notlage nachgewiesen wird, um ein würdiges Begräbnis zu ermöglichen.

Soziales Hilfswerk in der NS-Zeit

GEW-Kollege Ralf Schaper (HLZ S.32-34) stieß bei seinen Recherchen in NS-Zeitschriften wie dem „Kurhessischen Erzieher“ auf Artikel, nach denen auch der Nationalsozialistische Lehrerbund in Kurhessen ein Hilfswerk „Hilfe in Not“ betrieb. Er hält es für wünschenswert, dies einmal genauer zu untersuchen, und wünscht sich dazu eine Kooperation mit Studierenden oder Lehrkräften, die Geschichte studieren oder unterrichten.

- Kontakt: rascha@mathematik.uni-kassel.de

Hier weitere Beispiele aus der Arbeit des Hilfswerks:

- Eine Kollegin wird im Vorbereitungsdienst einer Schule im ländlichen Raum zugewiesen. In Nordhessen sind die Entfernungen zwischen Wohnort, Studienseminar und Schulen kaum mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewältigen. Das Soziale Hilfswerk unterstützt die Anschaffung eines gebrauchten Pkw mit einer Beihilfe von 3.000 Euro.
- Eine Rentnerin, die im Pflegeheim untergebracht ist, bekommt nur 80 Euro im Monat Taschengeld. Ihr gewährte das Soziale Hilfswerk eine Beihilfe in Höhe von 3.000 Euro, die im Bedarfsfalle von einer Vertrauenskollegin in kleinen Bargeldbeträgen überbracht wird.
- Nach einer Trennung vom Lebenspartner muss eine Kollegin mit zwei kleinen Kindern eine Wohnung neu und sofort einrichten. Obwohl sie nach A 13 (volle Stelle) bezahlt wird, ist sie damit finanziell überfordert. Hier hat das Soziale Hilfswerk ein Darlehen in Höhe von 6.000 Euro bewilligt.
- Eine Kollegin erkrankt an einer schweren Nervenkrankheit. Der Ehemann studiert, ihre Tochter ist sieben Jahre alt. Das kreditfinanzierte Haus wird von einem elementaren Wasserschaden betroffen. Da es keine Versicherung gab, gewährte das Soziale Hilfswerk ein Darlehen von 6.000 Euro.

Anträge für Beihilfen oder Darlehen gibt es bei den Kreisverbänden, dem Regionalverband Hochschule oder in der Bezirksgeschäftsstelle sowie auf der Homepage der GEW Nordhessen (www.gew-nordhessen.de). Vor der Bewilligung muss der Wirtschaftsausschuss des Sozialen Hilfswerks eine Stellungnahme abgeben. Er besteht aus elf Kolleginnen und Kollegen, die von der Bezirksdelegiertenversammlung für drei Jahre gewählt werden. In sehr dringenden Fällen kann der Eilausschuss eine schnelle Vorabentscheidung treffen.

Das Soziale Hilfswerk unterstützt auch die Arbeit der Sozialberatung des Bezirksverbands und beteiligt sich an der Vergütung einer Stelle einer Gewerkschaftssekretärin.

Birgit Koch und Klaus Hansmann

Birgit Koch ist Geschäftsführerin, Klaus Hansmann Vorsitzender des Sozialen Hilfswerks.





gemeinnützige
Bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

FORTBILDUNG PROGRAMMAUSZUG

September – November 2016

ARBEITSPLATZ SCHULE

B1050
„Ich gehe nicht zur Schule! – Ich will nicht!“
Schulphobie, Schulangst, Schulschwänzen
Gaby Kalb
Di, 27.09.2016, 15:00 - 18:00 Uhr, Kassel
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

E1165
Elternabend konstruktiv und effizient gestalten
Uwe Riemer-Becker
Di, 27.09.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Marburg
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

B1036
Umgang mit Widerstand von Schüler/innen, Eltern oder Kollegen/innen
Wie nutze ich Widerstand für konstruktive Lösungen?
Monika Fröhlich & Barbara Würkert
Di, 04.10.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

B1116
Moderatortraining für Lehrer/innen
Konferenzen, Teamsitzungen und Arbeitsgruppen effektiv leiten
Uwe Lennartz
Mi, 12.10.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

FREMSPRACHEN

F1127
Englisch-Unterricht in der Grundschule – gar nicht so schwer!
Rebecca Jäger
Mi, 28.09.2016, 15:00 - 17:30 Uhr, Wiesbaden
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

F1073
John Greens ‚Looking for Alaska‘ und ‚The Fault in Our Stars‘
Kompetenzorientierter Oberstufen-Literaturunterricht in der E-Phase
Jan Mandler & Nina Ohl
Do, 29.09.2016, 14:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

F1177
Umgang mit ‚Fremdsprachen-LRS‘ Englisch im Schulalltag
Tipps und Handwerkszeug für Lehrerinnen und Lehrer
Ute Noller
Do, 29.09.2016, 13:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt
Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

F1021
Deutsch als Zweitsprache (DaZ) in der Grundschule
Karin Streich & Carola Mundo
Di, 04.10.2016, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

GESELLSCHAFT, POLITIK & WIRTSCHAFT

G1119
Finanzkrise und Austeritätspolitik
Hintergründe und Folgen am Beispiel Griechenland
Prof. Dr. Dieter Eißel
Di, 04.10.2016, 14:00 - 17:00 Uhr, Gießen
Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

D1120
Die NSU-Aufklärung in Hessen: Fragen über Fragen...
Sarah Müller
Di, 04.10.2016, 19:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt
entgeltfrei

G1078
Filme in der Revolution – Revolutionäre Filme
Dr. Julian Namé
Mi, 05.10.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

D1132

Flucht und Exil in der Graphic Novel

Peter Hetzler

Mi, 05.10.2016, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

D1230

Minderjährige Flüchtlingskinder ohne Eltern – Angst und Hoffnung

Dr. Fatima El Amin

Do, 06.10.2016, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

G1197

Flucht-Migrationen – Scheitert das Grenzregime? Versagt Europa?

Bernd Kasperek

Do, 06.10.2016, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

D1057

Rassismuskritischer Stadtrundgang in Frankfurt

Zwischen Duldung, Anerkennung und Abschiebung

Aylin Kortel

Di, 11.10.2016, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

D1126

Ausstellung ‚Griechenland in der Krise‘

Workshop zur Ausstellung für Schule, Unterricht und Bildungsarbeit

Ulrike Eifler & Alexander Wagner

Do, 10.11.2016, 14:00 - 18:00 Uhr, Hanau

entgeltfrei

C1040

Digitaler Schatten – Datenspione im Alltag

Peter Hetzler

Do, 10.11.2016, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

D1121

Finanzkritischer Stadtrundgang

Eine Führung durch das Frankfurter Bankenviertel mit einführendem Vortrag

Holger Oppenhäuser

Fr, 11.11.2016, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt,

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

G1001

Wie Geld entsteht – Kurzseminar über Banken und Kredit

Eine Führung durch das Frankfurter Bankenviertel

Lucas Zeise

Di, 15.11.2016, 19:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

G1138

Solidarische Ökonomie und Transformation

Selbstverwaltete Arbeit in ‚Schülergenossenschaften‘

Prof. Dr. Clarita Müller-Plantenberg & Barbara Schweitzer

Di, 15.11.2016, 14:00 - 17:30 Uhr, Kassel

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

GESUNDHEIT & STIMME

H1163

Yoga mit Kindern

Christiana Krumpholz

Mo, 26.09.2016, 14:00 - 18:00 Uhr, Neu Isenburg

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

V1062

Nicht auf den Mund gefallen – Rhetorikseminar für Lehrer/innen

Martina Lennartz

Mi, 28.09.2016, 10:00 - 16:00 Uhr, Gießen

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

H1056

Sich den Rücken stärken im Alltag...

Kleine Rückenschule mit Tipps und Tricks für einen entspannteren Alltag

Monika Korell

Do, 06.10.2016, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

V1191

Wie bleibe ich bei Stimme?

Atem- und Stimmtraining für Sprechberufler mit individueller Beratung

Frohmut Knie

Sa, 05.11.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

KUNST & MUSIK

Q1207

Musik öffnet Türen – DaZ für Grundschüler

Andreas von Hoff

Di, 20.09.2016, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

K1125

Altes Handwerk Filzen – neue kreative Technik

Brigitte Stein

Mo, 26.09.2016, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 74 €; Mitglieder GEW Hessen 48 €

Q1033

Musikinstrumente in der Grundschule und Kita – auch für „Unmusikalische“

Spielen, begleiten, experimentieren, improvisieren

Uli Mangel & Georg Feils

Di, 27.09.2016, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 74 €; Mitglieder GEW Hessen 48 €

Q1204

Tausend tolle Töne – einfaches Spiel mit Orff-Instrumenten

Wolfgang Hering

Mi, 05.10.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

K1044

Ton formen – plastisches Gestalten

Elke Jörgeling

Do, 06.10.2016, 10:00 - 16:00 Uhr, Groß-Bieberau

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

K1024
Landart – Kreative Aktivitäten in der Natur

Brigitte Stein
Fr, 07.10.2016, 10:00 - 14:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

K1208
Lichtobjekte

Barbara Caspari
Mo, 21.11.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Offenbach
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

LERNORT KITA

L1076
Atelier-Arbeit mit Kindern unter drei Jahren

Diane Nagel
Mo, 26.09.2016, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

LERNORT SCHULE

M1172
„Rassel, schepper, klirr!“ – Hörspiele selber machen

Juliane Spatz
Do, 22.09.2016, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 74 €; Mitglieder GEW Hessen 48 €

M1166
Stopp-Strategien im Unterricht

Gelassene Präsenz statt Machtkämpfe
Uwe Riemer-Becker
Mi, 28.09.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

M1003
Diagnostikverfahren und Fördermöglichkeiten im Anfangsunterricht

Jutta Schludecker
Di, 04.10. & Di, 11.10.2016, jew. 15:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

M1051
Lernstörungen aus psychoanalytischer Sicht

Ein Versuch, die Lese-Rechtschreibschwäche anders zu verstehen
Gaby Kalb
Di, 08.11.2016, 15:00 - 18:00 Uhr, Kassel
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

LESEN, SCHREIBEN & SPRECHEN

N1171
Schriftspracherwerb im 3. und 4. Schuljahr

Inklusiv - kompetenzorientiert - eigenverantwortlich
Barbara von Ende
Mi, 21.09.2016, 9:30 - 15:30 Uhr, Marburg
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

N1137
Lesestrategien für den Deutsch-Unterricht in der Sek. I

„Lauter Denken“ als erweiterte Lesestrategie
Manfred Pöller
Di, 27.09.2016, 14:00 - 17:00 Uhr, Rüsselsheim
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

N1015
Inklusiv unterrichten

Förderung der Lese-Text-Kompetenz (Kl. 1 - 4)
Barbara von Ende
Do, 03.11.2016, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

PÄDAGOGIK

S1006
Binnendifferenzierung in den Fächern der politischen Bildung

Dr. Peter Adamski
Di, 20.09.2016, 14:00 - 17:30 Uhr, Kassel,
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

S1061
Eigenverantwortliches Arbeiten durch Methodentraining

Martina Lennartz
Mi, 21.09.2016, 10:00 - 16:00 Uhr, Gießen
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

S1123
Spielpädagogik – mehr als nur Spaß

Björn Bertz
Do, 22.09.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Wiesbaden
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

S1225
An einem Strang ziehen

Methoden zur Stärkung der Klassengemeinschaft
Jessica Stukenberg
Do, 06.10.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Gießen
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

S1122
City Bound – Erlebnispädagogik in der Stadt

Björn Bertz
Do, 06.10.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

S1226
Kooperationsspiele als Konfliktprävention

Elisabeth Mann
Di, 11.10.2016, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

S1134
Systemische Pädagogik: Ideen für die Praxis

Dr. Johannes Schwelm
Di, 11.10.2016, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

S1054
Stille und Konzentration

Entspannung und Bewegung für die ganze Klasse / Gruppe
Rüdiger Kohl
Mi, 12.10.2016, 14:00 - 18:00 Uhr, Gießen
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

S1167
Das entwicklungspädagogische Konzept (ETEP)

Zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenz bei Verhaltensauffälligkeit
Norbert Seeger
Mo, 07.11.2016, 14:00 - 17:00 Uhr, Fulda
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

S1230

Vom Umgang mit „störendem“ Verhalten bei Kindern und Schülern

Christof Lingelbach

Mi, 09.11.2016, 13:00 - 17:00 Uhr, Linsengericht

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

PERSONALRÄTE-SCHULUNGEN

T9666

Rechtsfragen für Personalräte I

Arbeitszeit, Pflichtstunden, Teilzeit und Beurlaubung

Andreas Skorka

Di, 11.10.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 110 € (Entgelt zahlt Land Hessen)

T1148

Rechtsfragen für Personalräte II

Beamtenrecht

Andreas Skorka

Mi, 16.11.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 110 € (Entgelt zahlt Land Hessen)

RECHNEN, MATHEMATIK & NATURWISSENSCHAFTEN

U1140

Inklusion und Mathematik –

Rechnen lernen in einer inklusiven 1. Klasse

Dr. Klaus Rödler

Mi, 21.09.2016, 14:00 - 18:00 Uhr, Marburg

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

R1071

Naturschutzgebiet Kühkopf-Knoblochsau als außerschulischer Lernort

Ralph Baumgärtel & Christina Mager

Do, 29.09.2016, 14:00 - 17:00 Uhr, Stockstadt

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

R1005

Abenteuer Weltraum in der Grundschule

Einstieg in die Astronomie - begreiflich und praxisnah

Christian Wolff

Di, 11.10.2016, 14:00 - 17:30 Uhr, Offenbach

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

U1047

Mathematik im Anfangsunterricht

Stephanie Jurkscheit

Di, 08.11.2016, 15:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

REISEN (mehr unter www.lea-bildung.de)

W1219

► Wandern um Prag

Jiri Franc

Sa, 15.10. - Sa, 22.10.2016

Entgelt DZ 490 €; EZ 600 €

W1017

► Cilento und der Golf von Neapel

Uraltes Kulturland zwischen Bergen und Meer

Peter Kühn & Gino Troccoli

Mo, 17.10. - Fr, 28.10.2016

Entgelt DZ (ohne Flug) 1.100 €

W1216

► Digitale Fotografie am Gardasee

Kultur und Menschen – Themenfelder für die fotografische Praxis im Kunstunterricht

Heinz Gabler

So, 23.10. - Sa, 29.10.2016

Entgelt DZ 700 €; EZ 750 €

ANMELDUNG www.lea-bildung.de

Einfach anrufen: **0 69 – 97 12 93-27**

oder faxen: **0 69 – 97 12 93-97**

Online-Buchung: www.lea-bildung.de

E-Mail: anmeldung@lea-bildung.de

Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags von 9:00 bis 16:00 besetzt.

www.lea-bildung.de

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen:

Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig.

Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

Abrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung? Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule / Ihre Bildungseinrichtung zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Ulrike Noll

Geschäftsführung: Carmen Ludwig

Gestaltung: H. Knöfel, Kaufungen | Träger&Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl.

Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie unter www.lea-bildung.de

Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2016

Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Im Internet ist das Programm bereits ab September unter www.lea-bildung.de einzusehen.



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

Mit lea auf Bildungsreisen

Neben einem umfangreichen Fortbildungsangebot geht *lea*, das Bildungswerk der GEW Hessen, auch mit Kolleginnen und Kollegen auf Reisen. Während bei einzelnen Reisen auch mal die Erholung oder gemeinsame Aktivitäten im Vordergrund stehen, liegt der Schwerpunkt der Studienreisen jedoch auf der Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen. In der aktiven und gemeinsamen Auseinandersetzung mit historischen und politischen Fragen soll ein anderer Zugang zu dem Reiseland gefunden werden. Oft sind es engagierte Kolleginnen und Kollegen der GEW, die eine Studienreise anbieten, weil sie sich sehr gut mit dem jeweiligen Reiseland auskennen und es ihnen ein Anliegen ist, ihre Kenntnisse weiterzugeben und tiefere Einblicke in die Geschichte und die aktuellen politischen Fragen zu ermöglichen. Deshalb sind Gespräche mit Gewerkschaften und Kolleginnen und Kollegen vor Ort sowie Besuche in Bildungsrichtungen ein wichtiger Bestandteil der *lea*-Bildungsreisen.

In einigen Fällen hat die gemeinsame Reise dazu geführt, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer untereinander in Kontakt blieben und sich weiter engagierten, worüber wir uns natürlich besonders freuen. So entstand aus dem Engagement der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten *lea*-Bildungsreise 2008 nach Nicaragua der Verein *Tortuga e.V.* (www.tortuga-nicaragua.org), der behinderten Kinder beim Zugang zu (vor)schulischer Bildung unterstützt. Auch in diesem Jahr führen uns im Oktober (16.10. bis 29.10.) und November (6.11. bis 19.11.) wieder zwei Bildungsreisen nach Nicaragua. Die Bürgerreise im November wird in Kooperation mit der Stadt Frankfurt durchgeführt, die in diesem Jahr das 25-jährige Bestehen ihrer Partnerschaft mit der Stadt Granada, der ältesten Kolonialstadt Lateinamerikas, feiert. In Nicaragua besuchen wir soziale Projekte zur Trinkwasserversorgung, Kooperativen für Ökokauffeeanbau und ein Frauenzentrum. Im Rahmen unserer Kontakte zur Lehrergewerkschaft besteht die Möglichkeit zur Teilnahme am Schulunterricht. Daneben führt die Reise zu Nebelwäldern, Vulkanen, dem Nicaraguasee sowie den Riesenschildkröten am Pazifik.

Eine weitere Bildungsreise führt nach Palästina und Israel (16. bis 28.10.), wobei der Schwerpunkt der Reise auf Palästina und dem Westjordanland liegt. Damit widmet sich die Reise einem sehr schwierigen Konflikt in der Region und einem kontroversen Thema. Die Bildungsreise, die 2015 zum ersten Mal stattgefunden hat und bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf ein positives Echo gestoßen ist, bietet die Möglichkeit, die Lage der Menschen im besetzten Westjordanland kennenzulernen. Dazu gehören Schulbesuche sowie Treffen mit Menschenrechts- und Frauenorganisationen. Die GEW hat sich auf dem Gewerkschaftstag 2013 mit dem Konflikt in Israel und Palästina auseinandergesetzt und verstärkte Anstrengungen für einen umfassenden Frieden zwischen Israel und Palästina gefordert, auf der Basis der Koexistenz zweier souveräner, unabhängiger und funktionsfähiger Staaten in gesicherten Grenzen. Auf dieser Grundlage arbeitet die GEW mit israelischen und palästinensischen Gewerkschaften zusammen, um den Dialog zu fördern und zu einer Vermittlung unterschiedlicher Perspektiven beizutragen. Daran wollen wir ebenfalls mit den Studienreisen an-



Der im Rahmen einer lea-Reise gegründete Verein Tortuga.e.V. unterstützt die Vorschule Coro de Angeles in Granada in Nicaragua.

knüpfen. Perspektivisch wollen wir auch eine Bildungsreise nach Israel anbieten.

Mit *Heiner Becker* geht es im Oktober nach Kreta, um vor Ort die kretische Geschichte und Gegenwart auf anregende Weise kennenzulernen. Im Programm stehen Ausgrabungsstätten, Museen sowie mythologische Stätten aus minoischer Zeit bis zur Spätantike. Dabei bleibt auch die aktuelle politische Situation unter der EU-Austeritätspolitik nie ungespart. Unsere Studienreisen nach Griechenland werden 2017 weitergeführt.

Im ersten Halbjahr 2017 sind Studienreisen nach Namibia und nach Südfrankreich geplant, die unter anderem von *Bernd Heyl* geleitet werden. Bei der Studienreise nach Namibia geht es um die Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialzeit, mit dem Schul- und Bildungssystem und mit den politischen Entwicklungen nach der Unabhängigkeit. Darüber hinaus lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch die Stille und Weite der Landschaft und eine beeindruckende Tierwelt kennen. Das Seminar in Südfrankreich mit dem Titel „Verspätete Erinnerung – verdrängte Geschichte“ findet wieder in der Bildungsstätte F.I.E.F in der Provence statt. Es beleuchtet, wie sich Deutschland und Frankreich nach 1945 der kritischen Reflexion ihrer eigenen Geschichte entzogen und die Geschichte politisch instrumentalisierten.

Wir freuen uns übrigens nicht nur über das Interesse an der Teilnahme an Bildungsreisen, sondern auch immer über Hinweise von Kolleginnen und Kollegen, die sich vorstellen könnten, eine Studienreise anzubieten. Damit wollen wir auch weiterhin sicherstellen, dass selbstorganisierte Bildungsreisen von Kolleginnen und Kollegen für Kolleginnen und Kollegen angeboten werden können.

Carmen Ludwig und Jochen Nagel

• Informationen zum *lea*-Bildungsprogramm in dieser HLZ auf den Seiten 19 bis 22 und unter www.lea-bildung.de



Positionen, Austausch, Fortbildung

Bildungstage der GEW in den Kreisen Groß-Gerau und Main-Taunus

Die GEW-Bildungstage für den Kreis Groß-Gerau und den Main-Taunus Kreis sind zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit der beiden GEW-Kreisverbände geworden. Mit ihnen greift die GEW in aktuelle bildungspolitische Debatten ein und bietet bildungsinteressierten Menschen ein Forum zum Austausch und konkrete Hilfen und Anregungen für ihre praktische Arbeit.

Seit Beginn der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts befinden sich die Bildungseinrichtungen in Deutschland in einem Spannungsfeld zwischen quantitativ und qualitativ steigenden Anforderungen an Bildungs- und Erziehungseinrichtungen einerseits und knappen Mitteln in den öffentlichen Haushalten andererseits. 1994 vertrat der damalige SPD-Kultusminister *Holzappel* erstmals offensiv die Auffassung, dass wachsende Anforderungen an Schulen und andere Bildungseinrichtungen nicht durch Neueinstellung von Personal, sondern durch „Optimierung“ der Arbeit des vorhandenen Personals erreicht werden sollten. Notwendige Veränderungen sollten vor allem die Lehrerinnen und Lehrer durch verstärktes Engagement und größere pädagogische Gestaltungsfreiheit bewirken. Diese Prämisse wurde zur Leitlinie neoliberaler Schul- und Bildungspolitik und wirkt bis heute fort.

In unterschiedlichem Maße wurden vor diesem Hintergrund die Bildungstage Veranstaltungen, bei denen sich alle am Bildungswesen beteiligten und interessierten Menschen zusammenfinden konnten. Die ersten Bildungstage standen ganz im Zeichen der Bildungsfinanzierung, ein Thema, das uns seit dieser Zeit kontinuierlich beschäftigt. In enger Zusammenarbeit mit Eltern und Schülern gründete sich der „Arbeitskreis gegen Bildungsabbau“ und am 4. Februar 1995 fand unter dem Motto „Bildung ist Zukunftsinvestition“ der erste Bildungstag für den Kreis Groß-Gerau an der Berthavon-Suttner-Schule in Mörfelden Walldorf statt. Der erste Bildungstag war ein ermutigender Anfang, der eine Wiederholung nahe legte.

Der zweite Bildungstag fand unter dem Titel „Bildungseinrichtungen im Dialog“ statt. Unter dem Eindruck der sich verschärfenden Ausbildungsplatzkrise wurde deutlich, wie wichtig es ist, dass allgemeinbildende und berufliche Schulen, Betriebe, Jugendpflege, Sozialarbeit und freie Träger miteinander ins Gespräch kommen. Die Suche nach neuen Ansätzen für die konkrete Arbeit verband sich mit der Dis-

kussion und Artikulation politischer Forderungen (Recht auf einen Ausbildungsplatz), mit dem Kennenlernen und mit der Entfaltung von Druck auf die politischen Entscheidungsgremien. Beim dritten und beim vierten Bildungstag stand die Bildungsfinanzierung erneut im Mittelpunkt. Gemeinsam mit den Bündnispartnern sollte herausgearbeitet werden, dass die öffentliche Armut das Ergebnis einer verfehlten und dringend korrekturbedürftigen Politik ist. Unter dem Titel „Reiches Land – armer Staat“ kennzeichnete *Professor Rainer Roth* von der Fachhochschule Frankfurt die Strategie, die öffentlichen Haushalte unter Spardruck zu setzen und auszutrocknen, als ein zentrales Element bei der Umverteilung des Reichtums von unten nach oben. Beim 3. Bildungstag rechnete er in seinem Beitrag „Kassensturz“ vor, dass in der Bundesrepublik genug Geld zur Bildungsfinanzierung vorhanden ist und empfahl den Beschäftigten im Bildungswesen „ein Ende der Bescheidenheit“.

Orte zum Leben und Lernen

Gewerkschaftliche Bildungspolitik, die wortstark den Mangel an personeller und sächlicher Ausstattung kritisiert, dabei aber darauf verzichtet, über die Inhalte der bildungspolitischen Debatten einerseits und konkrete Problemlösungen andererseits nachzudenken, ist auf Dauer zur Wirkungslosigkeit verdammt. Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der ersten PISA-Studie und dem bekannt schlechten Abschneiden der deutschen Schulen gewannen bildungspolitische Debatten eine verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit. Einerseits wurde „Bildung“ zum Megathema und andererseits trat immer offensiver die Tendenz hervor, Bildungsfragen vor dem Hintergrund der Globalisierung an die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu koppeln. Mit dem Motto des 4. Bildungstages „Bildungseinrichtungen – Orte zum Leben und Lernen“ bezogen wir Position gegen Ökonomisierungstendenzen und für eine ganzheitliche und an den Bedürfnissen des ganzen Menschen orientierte Bildung. Da der bildungspolitische Diskurs in Mainstream immer stärker von Ökonomisierung geprägt ist und die daraus folgende Politik in der Schul- und Bildungspolitik auch faktisch ihren Niederschlag in den Inhalten der Curricula fand und findet, geht es heute auch zunehmend darum, die Umsetzung neoliberaler Konzepte (Schule als Betrieb) in der Praxis zu kritisieren.

Bildung ist keine Ware

Der 5. Bildungstag im Februar 2000 stand unter dem Eindruck des Regierungswechsels von Rotgrün zur CDU und fragte nach „Perspektiven für Bildung in Hessen“ und beim 6. Bildungstag fragten wir: „Laptop oder Lederhose – Wie modern muss Bildung sein?“ Die Bildungspolitik der Landtagsparteien näherte sich immer mehr aneinander an. Die CDU machte mehr oder weniger ihren Frieden mit Gesamtschulen, solange die Gesamtschulbefürworter das Gymnasium unangetastet lassen, und die Grünen schwenkten schulpolitisch

16. Bildungstag der GEW-Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus

Inklusion – eine Schule für alle

Einführender Vortrag von
Prof. Dr. Dieter Katzenbach
13 Arbeitsgruppen

Samstag, 17. September 2011, 9.00 bis 16.00 Uhr
Ort: Integrierte Gesamtschule Kaltebach

18. Bildungstag der GEW-Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus

Bildung als Herausforderung

Einführender Vortrag von
Prof. Dr. Peter Euler:
Irrwege der Bildungsreform
14 Arbeitsgruppen

Samstag, 21. September 2013, 9.30 bis 16.30 Uhr
Ort: Maria-Theresia-Schule Groß-Gerau
Integrierte Gesamtschule

Schritt für Schritt auf CDU-Positionen ein. Weitgehend einig sind sie sich aber im Hinblick auf eine „Modernisierung“ des Bildungswesens, die mehr Autonomie für selbstständige Schulen fordert und auf mehr Wettbewerb zwischen Schulen zielt, damit diese auf einem Quasimarkt ihre konkurrierenden Bildungsprodukte anbieten. Wird diese Politik zu Ende gedacht und geführt, wird sie den selektiven Charakter des Bildungswesens noch verschärfen. Hochwertige „Bildungsprodukte“ werden nur noch für wenige erschwinglich sein und Bildung als Massenware wird sich auf das beschränken, was der Arbeitsmarkt braucht. Beim 7. Bildungstag fragte *Johano Strasser* deshalb, was denn „Bildung für ein gutes Leben“ ausmache, und beim 8. Bildungstag stellte *Prof. Dr. Christoph Butterwegge* den Zusammenhang zwischen aktuellen Bildungs„reformen“ und Globalisierung her. Er kritisierte den neoliberalen Wettbewerbswahn und forderte eine neue Kultur der Solidarität.

Seit dem 9. Bildungstag veranstalten die GEW Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus die Bildungstage gemeinsam im jährlichen Wechsel. Immer wieder wurden Themen um die Gestaltung von Schule, etwa der Ganztagschulen, die Frage nach längerem gemeinsamem Lernen und damit letztlich dem Weg zur inklusiven Schule gestellt. Aber auch die bereits skizzierten Fragestellungen um den konkreten Gehalt der Bildung, etwa nach dem Verhältnis von Allgemein- und politischer Bildung einerseits und



Bernhard Dorn führt in die Arbeit in der Bleisatzwerkstatt ein.

der Qualifikation für den Arbeitsmarkt andererseits, und der soziale Aspekt von Bildung, also die Frage nach mehr Chancengleichheit insbesondere auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl von Kindern, die von Armut betroffen sind, wurden von herausragenden Referentinnen und Referenten beleuchtet.

Mit dem 20. Bildungstag und der Referentin *Frau Professor Dr. Ursula Frost* setzten wir die kritische Auseinandersetzung mit der inhaltlichen Entwicklung von Schul- und Bildungspolitik fort. Ihre These ist, „dass Widerstand nicht nur eine ganz bestimmte Haltung in der Politik ist, sondern eine Grundhaltung, die auch in die Pädagogik gehört, weil sie nämlich ein Moment – und ein wesentliches Strukturmoment – der Bildung selber ist“, und sie fordert „eine Kurskorrektur von der Ökonomisierung der Bildung zu ihrer erneuten und neuen Demokratisierung“.

Lernen mit Kopf, Herz und Hand

Öffentlich bildungspolitisch Akzente setzen ist eine Seite der Bildungstage. Die andere Seite ist eine konkret praktische: Wie kann ich Legasthenie frühzeitig erkennen und gezielt helfen? Wann ist der Einsatz von Computern sinnvoll? Wie bekomme ich Ruhe in meine Klasse? Welche Ansätze der Schulsozialarbeit gibt es? Es geht also auch um ein Lernen mit Kopf, Herz und Hand, und das sind letztlich in vielen Fällen auch die Aspekte von Bildungsarbeit, die heute allzu oft vernachlässigt werden. Unsere Bildungstage sind somit – im Rahmen der bescheidenen Möglichkeiten – so etwas wie eine praktisch gewendete Kritik am aktuellen Zustand der hessischen Lehrerfortbildung. Es geht nicht um „Employability“, um einen Konkurrenzvorteil bei Bewerbungen oder darum, den eigenen Marktpreis in die Höhe zu treiben. Es geht um einen solidarischen und durchaus auch lustvollen Lernprozess, um das, was wir auch für die Schule fordern: Bildung für ein gutes Leben.

Bernd Heyl

Vorsitzender des GEW-Kreisverbands Groß-Gerau

21. Bildungstag am 12. November 2016

Der 21. Bildungstag der GEW-Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus findet am Samstag, dem 12. November, an der Konrad-Adenauer-Schule Kriftel unter dem Motto „Interkulturelle Bildung gegen Rassismus und Ausgrenzung“ statt. Referent ist *Prof. Dr. Benno Hafener*, Erziehungswissenschaftler an der Philipps-Universität Marburg.

- *Anforderung des Programms: freiling.hlz@t-online.de*
- *Anmeldungen: i-druschellang@t-online.de*

Die Bildungstage im Überblick

Jahr	Titel	Referent/in
1995	Bildung ist Zukunftsinvestition	
1996	Bildungseinrichtungen im Dialog	
1997	Reiches Land – armer Staat	Prof. Rainer Roth
1998	Bildungseinrichtungen: Orte zum Leben und Lernen?!	
1999	Perspektiven für Bildung in Hessen	Otto Herz
2001	Laptop oder Lederhose – Wie modern muss Bildung sein?	Friedhelm Hengsbach
2002	Bildungschancen: Bildung für ein gutes Leben	Johano Strasser
2003	Bildung und Globalisierung	Prof. Dr. Christoph Butterwegge
2004	Ganztagschulen – Treibhäuser der Zukunft oder Mogelpackung?	Otto Herz
2005	Bildung zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und Qualifikation für den Arbeitsmarkt	Prof. Dr. Gerd Steffens
2006	Bildung – Rohstoff oder Menschenrecht?	Prof. Dr. Oskar Negt
2007	Gemeinsam Lernen – Eine Schule für alle!	Prof. Dr. Klaus Klemm
2008	Wa(h)re Bildung	Dr. Jochen Krautz
2009	Reiches Land – arme Kinder	Dr. Wolfgang Gern
2010	Eine menschliche Schule für alle	Dr. Reinhold Miller
2011	Inklusion – eine Schule für alle	Prof. Dr. Dieter Katzenbach
2012	Wie Lernen gelingt – Fastfoodbildung bringt nichts	Dr. Fritz Reheis
2013	Bildung als Herausforderung – Irrwege der Bildungsreform	Prof. Dr. Peter Euler
2014	Sinn und Unsinn des Qualitätsmanagements	Prof. Dr. Rainer Dollase
2015	Bildung ist auch Widerstand	Prof. Ursula Frost



Eignung, Befähigung, Leistung

Kaum vorausschauende Personalplanung bei Leitungsstellen

§9 des Beamtenstatusgesetzes soll gewährleisten, dass bei der Besetzung von Leitungsstellen im öffentlichen Dienst des Landes „die Besten“ ausgewählt werden:

„Ernennungen sind nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ohne Rücksicht auf Geschlecht, Abstammung, Rasse oder ethnische Herkunft, Behinderung, Religion oder Weltanschauung, politische Anschauungen, Herkunft, Beziehungen oder sexuelle Identität vorzunehmen.“

Die rechtliche Regelung ist klar, doch auch im Hessenland werden verschiedene Methoden praktiziert, die die Besetzung unterlaufen.

Pensionierungen sind vorhersehbar

Gegenwärtig liegt dem Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) ein Konzept des Hessischen Kultusministeriums (HKM) zur Qualifizierung zukünftiger Schulleiterinnen und Schulleiter in Hessen (QSH) vor (HLZ 6/2016). Die Teilnahme an einer einjährigen berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahme und ein Eignungsfeststellungsverfahren sollen verbindliche Voraussetzung für eine Bewerbung auf die Stelle einer Schulleiterin oder eines Schulleiters werden. Ob dies geeignet ist, den Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern für Schulleitungsstellen zu beheben, muss bezweifelt werden. Keinesfalls kann eine solche verpflichtende Maßnahme eine vorausschauende Personalplanung für Positionen in Schulleitung und Bildungsverwaltung ersetzen.

Doch eine solche vorausschauende Personalplanung scheint jedenfalls nicht in genügendem Maße stattzufinden, erlebt man doch, dass Stellen mehrfach ausgeschrieben werden, weil es an Bewerberinnen und Bewerbern fehlt oder Stellen erst gar nicht ausgeschrieben werden, weil man niemanden auf weiter Flur kennt, der die Absicht hat, sich zu bewerben. Vorausschauende Personalplanung kann aber auch nicht heißen, spezielle Personen für eine Position „auszugucken“. Vielmehr gilt es, Informationen über die Möglichkeit einer Bewerbung an alle Kol-

leginnen und Kollegen weiterzugeben, für Gespräche über Bewerbungen und Qualifikationsvoraussetzungen zur Verfügung zu stehen und Fortbildungsangebote bereitzustellen. Jede zufällige und handverlesene Auswahl verletzt den Gleichheitsgrundsatz. Auch wird – gerade an Schulen – zu wenig berücksichtigt, was die Kolleginnen und Kollegen an ihren bisherigen Dienststellen geleistet haben. Wird diese Aufgabe der Gewinnung von Personal für Leitungsstellen nicht systematisch und langfristig betrieben, hilft kein noch so ausgefeiltes Assessment-Center.

Viele unbesetzte Stellen

Beispiele für nicht besetzte Stellen gibt es zuhauf, wie die HLZ zuletzt im Rahmen des Titelthemas „Schule leiten“ ausführlich berichtete (HLZ 6/2016). Stellvertretend sei auf die Situation im Bereich des Staatlichen Schulamts für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden (RTWI) verwiesen: Dort sind fünf Schulleitungen und neun stellvertretende Schulleitungen nicht besetzt. Schulleitungsaufgaben müssen kommissarisch übernommen, teilweise auf das Kollegium verteilt werden. Dabei kommt es unweigerlich zu Fehlern und Verzögerungen. Die Schulen laufen gegebenenfalls nur noch in einer Art „Notmodus“, wichtige Maßnahmen der langfristigen Schul- und Unterrichtsentwicklung müssen zurückgestellt werden.

Als zweites Beispiel sei die Taunus-schule in Bad Camberg im Landkreis Limburg-Weilburg genannt, eine große kooperative Gesamtschule. Die Schulleiterstelle ist seit einem Jahr unbesetzt, verschiedene Schulleiter helfen mit halber Stelle aus. Unbesetzt sind auch die Oberstufenleitung und die Fachbereiche II und III. Die Stellvertreterstelle wird wohl nun nach acht (!) Jahren besetzt.

All dies belastet die Kolleginnen und Kollegen der betroffenen Schulen in erheblichem Maße und beeinträchtigt letztlich auch die Unterrichtsqualität. Die Ursachen für die hohe Zahl der Vakanz sind vielfältig und müssen auf unterschiedlichen Ebenen angegangen

werden. Letztlich trägt aber das HKM die Verantwortung für die Missstände.

In den letzten Jahren mussten Schulleitungen etliche zusätzliche Aufgaben schultern, ohne entsprechende Kompensation durch Entlastungsstunden oder monetäre Vergütung. Insbesondere im Grundschulbereich wird es immer schwieriger, Bewerberinnen für Schulleitungs- und Stellvertreterstellen zu finden und manche Funktionsstelle muss fünf oder sechs Mal ausgeschrieben werden.

Entsprechende Vakanz gibt es auch an den Staatlichen Schulämtern. Das Schulamt RTWI ist seit etlichen Jahren personell massiv unterbesetzt. Die Amtsleitung ist seit 2011 nur kommissarisch besetzt, und zwei Dezernate sind vakant. Dass es unter diesen Umständen zu Verzögerungen bei Funktionsstellenbesetzungen kommt, ist unausweichlich. Unbesetzt sind derzeit die Leitungsstellen an den Studienseminaren für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen in Fritzlar, Hanau, Wetzlar, Marburg sowie am Studienseminar für Gymnasien in Heppenheim.

Fragwürdige „Vorgespräche“

Immer wieder ist auch in Hessen zu hören, dass Kolleginnen und Kollegen im Vorfeld einer Bewerbung von höherer Seite „geraten“ wird, die Bewerbung gar nicht erst einzureichen, weil jemand anderes „vorgesehen“ sei oder weil man „nicht gewünscht“ sei. Ein anderer Bewerber oder eine andere Bewerberin habe die Funktion während einer Vakanz erfolgreich ausgeübt und solle dafür aus Dankbarkeit die Stelle bekommen. Aber es gibt auch Fälle, dass eine Bewerberin oder ein Bewerber „nicht erwünscht“ ist, weil sie oder er politisch nicht genehm oder im falschen Verband ist. So wurde einer hochqualifizierten Kollegin, die sich auf die stellvertretende Leitung an einem Studienseminar bewerben wollte, abgeraten, sich zu bewerben, weil sie „nicht gewünscht“ sei. Erst als sie ihren Verzicht auf die Bewerbung erklärte, wurde die Stelle ausgeschrieben. Warum diese Kollegin „nicht erwünscht“ ist, wur-

de natürlich nicht offen kommuniziert. Honi soit qui mal y pense: Die Kollegin ist engagiertes GEW-Mitglied!

Immerhin ist der Versuch, Kolleginnen und Kollegen, die 2015 gestreikt haben, von der Beförderung auszuschließen, rechtlich gescheitert. Die Rechtswidrigkeit der beschriebenen „Vorgespräche“ oder „Verzichtsgespräche“ nachzuweisen, ist dagegen schwieriger: Sie finden in der Regel unter vier Augen statt und unterliegen keiner rechtlichen Kontrolle. Auch die zuständigen Personalräte sind außen vor. Kolleginnen und Kollegen, die trotz dieser „Gespräche unter vier Augen“ ihr Interesse und ihre Bewerbung aufrechterhalten, brauchen Qualitäten eines Michael Kohlhaas. Mit der Hypothek, „nicht gewünscht zu sein“, wird man kaum in ein Bewerbungsverfahren gehen. So wird Bestenauslese torpediert!

Fehlende Rotationsstellen

Immer häufiger werden in Anforderungsprofilen für Schulleitungsstellen auch „Erfahrungen in der Schulverwaltung“ gefordert, die in der Regel durch eine Abordnung an ein Schulamt oder ins HKM nachgewiesen werden können. Auch nach den Richtlinien der Landesregierung „zur Förderung der Rotation der Beschäftigten des höheren Dienstes in der Landesverwaltung“ (1) ist der Einsatz in einer „obersten Landesbehörde“ zur Übernahme von „höheren Führungsfunktionen“ in der Landesverwaltung nötig.

Dies gilt zum Beispiel für die Leiterinnen und Leiter von Studienseminaren für das Lehramt an Gymnasien oder Beruflichen Schulen, die als Verwaltungskräfte gelten. Für eine Bewerbung in der Schulverwaltung gilt eine Beschäftigung in Funktionsstellen der Schulen und der Schulverwaltung als Ausweis der Rotation.

Um diese Voraussetzungen zu erfüllen, sind im HKM und an den Schulämtern mehr Abordnungsstellen zu schaffen und transparent zu vergeben, da ohne die Möglichkeit der Rotation eine Bewerbung auf eine Leitungsstelle kaum möglich ist. Nur durch Schaffung von Rotationsstellen in hinreichender Anzahl können interessierte Kolleginnen und Kollegen die Voraussetzungen für eine Bewerbung erwerben. Und nur so kann ein Pool von Bewerbern entstehen, aus dem die besten in einem transparenten, von den Perso-



nalräten aufmerksam begleiteten Verfahren ausgewählt werden, wie es der Gesetzgeber vorsieht.

Das Rahmenkonzept Personalentwicklung in der Landesverwaltung vom 4. November 2015, das vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport entwickelt wurde, zeigt auf, wie es gelingen könnte, die geschilderten Probleme zu minimieren. Die „übergeordneten Ziele“ der Personalentwicklung werden wie folgt definiert (2):

„Personalentwicklung ...

- ... entwickelt Strategien zur Gewinnung von Personal.
- ... fördert Motivation, Weiterentwicklungschancen und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Beschäftigungsfähigkeit aller Beschäftigten.
- ... verbessert Arbeitseffizienz und -effektivität durch weitere Verbesserung der Qualität der Arbeitsergebnisse.
- ... fördert Internationalität und Europafähigkeit der Beschäftigten und unterstützt spezialisierte Kenntnisse als Gewinn für die Landesverwaltung.
- ... verbessert Führungsstruktur sowie die Führungs- und Kommunikationskultur.
- ... stellt ein diskriminierungsfreies und die Gleichbehandlung förderndes Umfeld her.
- ... ermöglicht eine konstruktive Beteiligung aller Beschäftigten an Veränderungsprozessen.
- ... unterstützt lebensphasenorientierte und familienfreundliche Maßnahmen.“

Rahmenkonzept und Realität

Leider sieht die Realität anders aus. Es mangelt an Strategien zur Gewinnung von Personal. Und von Diskriminierungsfreiheit, Förderung von Motivation und Gleichbehandlung kann keine Rede sein, wenn engagierten und kompetenten potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern „empfohlen“ wird, ihre Bewerbung besser sein zu lassen! Und „Arbeitseffizienz und -effektivität“ werden sicher nicht verbessert, wenn nicht besetzte Stellen von Leitungskräften anderer Schulen „mitverwaltet“ werden müssen. Personelle Unterbesetzung und die Aushebelung der Bestenauslese dürfen nicht dazu führen, dass das Bildungswesen beeinträchtigt wird, seine Aufgabe zu erledigen, nämlich das Recht auf Bildung für jede Schülerin und jeden Schüler sicherzustellen. Dazu ist es zu wichtig!

Ingolf Bergmann

Ingolf Bergmann war Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer beim Schulamt Wiesbaden.

(1) Richtlinien zur Förderung der Rotation der Beschäftigten des höheren Dienstes in der Landesverwaltung vom 13. Juni 2016: <https://innen.hessen.de> > Bürger und Staat > Personalwesen > Detailinformationen > Personalentwicklung

(2) Rahmenkonzept Personalentwicklung in der Hessischen Landesverwaltung vom 4. November 2015: Quelle wie unter (1)



Modularisierung in der Kritik

Konsequenzen für die Reform der Lehrerbildung in Hessen

Als mit der Verabschiedung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) am 29. November 2004 die Referendarbildung modularisiert wurde, herrschte an den Schulen allgemeine Verwunderung, zunächst ob der Kürzel, die dem üblichen Gebrauch widersprachen:

- DFB stand nicht mehr für den Deutschen Fußballbund, sondern für das Ausbildungsmodul „Diagnostizieren, Fördern, Beurteilen“.
- Bei MuM sollte man nicht mehr an ein Gläschen Sekt denken, sondern sich mit dem Modul „Methoden und Medien“ befassen.
- Wer EBB googelte, fand zwar den Flughafen Entebbe, nicht aber das Modul „Erziehen, Beraten, Betreuen“.
- Und die Referendarinnen und Referendare hießen nun in geschlechtsgerechter Sprache „die LiV“, was aber nicht davor schützte, dass man bei einer männlichen angehenden Lehrkraft auch häufig von „dem LiV“ sprach.

Doch die Gewöhnung an diese Kürzel war der leichteste Teil der Herausforderungen, mit denen das neue HLbG und seine Umsetzungsverordnung (UVO) die Mentorinnen, Mentoren und alle mit der Unterstützung der gestressten LiV Beschäftigten konfrontierte.

2004: Stress und Segmentierung

Viel gewöhnungsbedürftiger war, dass die LiV in der halbjährigen Einführungsphase kaum noch an der Schule war, da sie fünf Module absolvieren musste. Trotzdem sollte sie Kontakt zu Lerngruppen haben, um nach zwei bis vier Stunden Unterricht zwei oder drei bewertete Unterrichtsbesuche zu absolvieren. Waren mit vereinten Kräften pflegeleichte Lerngruppen für die Lehrprobe gefunden, ging es im Lehrerzimmer nur noch um die Frage „Was will die Fachleiterin?“ Die LiV berichtete der ratlosen Mentorin, ob die Stunde nach „EBB-Kriterien“ oder unter „MuM-Gesichtspunkten“ beurteilt würde. Da fiel auch bemühten Mentorinnen und Mentoren die Antwort schwer. Konnte man in der speziell unter Vorzeigesichtspunkten ausgewählten Lern-

gruppe überhaupt zeigen, wie man mit schwierigen Schülerinnen umging? Gab es überhaupt Klassen, die in Gegenwart von Fachleiterin, Schulleiterin und hauptamtlich unterrichtender Lehrerin ihre Erziehungsbedürftigkeit unter Beweis stellten? Musste im Unterrichtsbesuch beim Modul MuM unbedingt der Computerraum aufgesucht oder ein Gruppenpuzzle durchgeführt werden? Später kamen neue Fragen hinzu: Wie sieht eine DFB-Stunde aus? Darf das eine „normale“ Stunde im Fach sein oder müssen unbedingt Übungen zum „dialogischen Lesen“ oder „lauten Denken“ stattfinden? Wie war es möglich, in einer Stunde einen Förderprozess zu zeigen, wo man doch aus Erfahrung wusste, dass man Geduld und einen langen Atem beim Fördern brauchte?

Die Quadratur des Kreises waren die „gekoppelten Unterrichtsbesuche“, zu denen die Ausbilderinnen und Ausbilder für die Fachdidaktik und die aus den allgemeinpädagogischen Modulen gemeinsam anreisten. Die Fachdidaktikerin wollte, so die gestresste Junglehrerin, „problemorientiertes und vertiefendes Lernen“ sehen, der DFB-Ausbilderin gehe es vor allem um „die individuelle Förderung der Lesekompetenz“. Den Schülerinnen und Schülern war das gleichzeitig ziemlich egal: Ihnen brannte die nächste Klassenarbeit auf den Nägeln, sie wollten wissen, wie die Lernkontrolle ausgefallen ist, oder es interessierte sie alles mehr als die Übungen zur Leseförderung.

Mit jedem Unterrichtsbesuch stieg der Stresspegel – und dabei hatten die LiV in EBB doch gelernt, dass man unter Stress nichts lerne. Aber das galt wohl nicht für die eigene Ausbildung! Vorbereitung, schriftliche Ausarbeitung und Nachbesprechung kosteten LiV und Mentorin gut und gern mehrere Tage Arbeit und Psychoenergie. Aber damit noch nicht genug:

- Im Modul „Schule mitgestalten und entwickeln“ (SME) sollte die LiV ein Projekt durchführen, „das die ganze Schule weiterbringen soll“. Es geriet in Misskredit, weil es die LiV häufig überforderte und Vorhaben angezettelt wurden, die aus der Sicht vieler Kollegin-

nen und Kollegen schlicht nicht nötig waren.

- Schulleitung und Mentorinnen und Mentoren waren trotz aller Arbeit und Mühen an der Bewertung der LiV nicht beteiligt.
- Bestanden vor den Zeiten der modularisierten Ausbildung ein bis zwei Prozent der angehenden Lehrkräfte das zweite Staatsexamen nicht, so waren es jetzt rund zehn Prozent.

Trotz vieler Klagen zeigte sich Kultusministerin *Karin Wolff* (CDU) unerbittlich. Die modularisierte Ausbildung sei eine Folge des Bologna-Prozesses. Seltsam nur, dass die anderen Bundesländer keine Notwendigkeit sahen, die zweite Phase der Lehrerbildung zu modularisieren!

2011: Gebremste Hoffnung

Mehr Einsehen als Frau Wolff hatte dann Kultusministerin *Dorothea Henzler* (FDP), deren Gesetzentwurf zur Novellierung des HLbG am 10. Juni 2011 vom Landtag verabschiedet wurde. Dabei wurde die modularisierte Struktur für die jetzt auf 21 Monate gekürzte Ausbildung beibehalten – und damit der Nachteil ständiger Bewertung am Ende der Module. Trotzdem brachte das neue HLbG einige Verbesserungen:

- Die dreimonatige Einführungsphase bleibt unbewertet.
- Die LiV müssen nur noch acht Module absolvieren und mindestens drei nicht bewertete Ausbildungsveranstaltungen. Besonders die Tatsache, dass das arbeitsintensive Modul SME durch eine nicht bewertete Ausbildungsveranstaltung MSS („Mitgestalten der selbstständigen Schule“) ersetzt wurde, wurde als Erleichterung empfunden.
- Durch die Wiedereinführung des Schulleitertgutachtens, das zehn Prozent der Vornote ausmacht, gewann die Schule wieder Einfluss auf die Bewertung der LiV (HLbG § 42, Abs.1)
- Auch dürfen die LiV wieder wie vor 2004 eine „Person ihres Vertrauens“ benennen, „die an der Prüfung und an den Beratungen des Prüfungsausschusses mit beratender Stimme teilnimmt“ (HLbG § 44 Abs.5).

GEW: Resolutionen mit Wirkung

An diesen Verbesserungen hat die GEW großen Anteil, hat sie doch durch Resolutionen, Landesvorstandsbeschlüsse, das Engagement ihrer an Ausbildung interessierten Mitglieder sowie durch Gespräche mit den politisch Verantwortlichen auf die Verbesserung der Ausbildung und die Rückführung der monströsen Wucherungen der Modularisierung gedrängt.

Aber auch die Novellierung hatte ihre Tücken. Das Gewicht der am Examenstag erbrachten Leistungen wurde von einem Drittel auf 40 Prozent der Bewertung erhöht. Dadurch erhält der Examenstag ein unverhältnismäßig hohes Gewicht. Die GEW und der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer konnten sich mit ihrer deutlichen Kritik nicht durchsetzen. Auch wurde im Falle einer Minderleistung in einem Modul die Modulprüfung eingeführt, deren Nichtbestehen zur Entlassung aus dem Vorbereitungsdienst führt.

2016: Eine kritische Bilanz

2017 werden das HLbG und die Durchführungsverordnung (HLbGDV) novelliert. Grund genug, die modularisierte Lehrerausbildung einer kritischen Bilanz zu unterziehen:

- Die modularisierte Ausbildung erfordert einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand. An jedem Studienseminar sind pro Semester hunderte von Modulbescheinigungen zu drucken und zu verwalten. Die Arbeits- und Personalplanung beschäftigt die Seminarleitungen Monate und kostet wertvolle Zeit, die für die inhaltliche Weiterentwicklung der Ausbildung verloren ist.

- Die Ausbildung in Modulen erschwert in hohem Maße den ganzheitlichen Blick auf Unterricht. Dieser lässt sich nicht in EBB, DFB, LLG und Fachdidaktik untergliedern und bewerten. Unterrichten, Erziehen, Beraten, Diagnostizieren und Fördern bilden eine Einheit, wenn es darum geht, dass die Lernenden kognitiv angeregt und zu demokratischen und sozialen Persönlichkeiten gebildet werden. Die Methodenbrille aufzusetzen, weil man eine Note im Methodenmodul geben muss, verkennt die Funktionalität der Methode im Hinblick auf die didaktischen „Tiefenstrukturen“ (*John Hattie*) von Unterricht. Wer Binnendifferenzierung praktizieren will, muss sich



sehr gut in seinem Fach und dessen Didaktik auskennen. LiV und Mentoren werden in die Irre geführt, wenn sie versuchen, Unterricht unter den Kompetenzen eines Moduls zu planen und durchzuführen. Nicht besser wird es, wenn Unterrichtsbesuche von zwei Modulen gekoppelt werden. Da stellt sich die schwierige Frage, wie man zwei Modulzuständigen gerecht werden soll, die Unterricht unter unterschiedlichen Kompetenzen bewerten. Wenn taktische Überlegungen die inhaltlich-didaktische Reflexion dominieren, kann das der Entwicklung der Lehrerverberufung nur abträglich sein.

- Die ständige Bewertung am Ende jedes Moduls, die für die LiV mit einer Bewertung jedes Unterrichtsbesuches verbunden ist, befördert defensives, fremdbestimmtes Lernen, statt autonom die eigenen Handlungsspielräume zu erweitern (*Klausurholzkamp*). Dieselben Menschen, die an einer demokratischen Schule Jugendliche zu selbstbestimmtem, auf Autonomie zielendem Lernen und Leben erziehen sollen, erfahren sich im Referendariat als Objekte eines Bewertungs-marathons. Die Frage „Was will die Fachleiterin?“ tritt an die Stelle der Frage „Was will ich lernen und ausprobieren?“

- Die Modulstruktur ist unflexibel im Hinblick auf die Bewältigung neuer Herausforderungen an die Lehrerbildung. Die Ausbildung für die inklusive

Schule oder die Anforderungen der Einwanderungsgesellschaft dürfen nicht daran scheitern, dass die bestehenden Module „schon so voll“ sind oder man nicht weiß, „in welches Modul“ die Erprobung der multiprofessionellen Zusammenarbeit für die inklusive Schule gehört.

2017: Erneute Novellierung

Deutlich wird, dass die Modularisierung einer guten Lehrerausbildung hinderlich ist. Daher sollte die modularisierte Ausbildungsstruktur abgelöst werden durch eine Ausbildung, die aus zwei fachdidaktischen Strängen und einem allgemeinpädagogischen Strang besteht, so wie das auch in anderen Bundesländern der Fall ist. Anstelle permanenter Bewertung sollten Phasen der Prozessorientierung treten. Die LiV sollten die Möglichkeit haben, ohne Angst vor dem Misslingen Neues auszuprobieren, selbstbestimmter zu lernen und Subjekte ihres Lernprozesses zu werden, um aufgrund dieser Erfahrung Schülerinnen und Schüler zu Subjekten ihres Lernens werden zu lassen. Die Chance sollte unbedingt genutzt werden, denn „gute Lehrerinnen und Lehrer braucht das Land“.

Franziska Conrad

Franziska Conrad leitet mit Andrea Gergen und Heike Lüthmann das Referat Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand.



Chancen nutzen! Aber welche?

Der GEW-Beschluss zur Lehrerbildung (HLZ 7-8/2016)

Landesschülervertretung, Landeselternbeirat, Elternbund Hessen, Landesgruppe Hessen im Grundschulverband, Landesausländerbeirat Hessen und GEW Hessen fordern in einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 15. Juli 2016 „angesichts der anstehenden Novellierung des hessischen Schulgesetzes einen bildungspolitischen Aufbruch“. Des Weiteren wenden sie sich gegen „eine Schulstruktur, die aus dem wilhelminischen Kaiserreich stammt.“ (vgl. HLZ S.6)

Erfreulich klare Worte. Sie sollten auch im kommenden Jahr gelten, wenn das Hessische Lehrerbildungsgesetz (HLbG) novelliert wird. Der GEW-Landesvorstand machte sich rechtzeitig an die Arbeit. Das Ergebnis, ein Beschluss zur HLbG-Novelle. Wesentliches daraus wurde in der HLZ 7-8/2016 veröffentlicht. Danach ist die Diskussion um die Position der GEW „noch nicht in allen Punkten abgeschlossen“. Auch wenn man nicht erfährt, für „welche Punkte“ das gilt, ist das uneingeschränkt gut. So bleibt Zeit für Veränderungen, weil noch viele Fragen offen sind.

Soll der Beschluss zu einem bildungspolitischen Aufbruch führen, sind Vorstellungen über den Alltag hinaus, eine Vision für eine innovative Lehrkräftebildung in den nächsten Jahrzehnten zu entwickeln. Daran mangelt es jedoch.

Wohlmeinende Inhalte

Zu bedenken ist, dass die beabsichtigte HLbG-Novellierung mindestens zwei Legislaturperioden Bestand haben wird. Demzufolge wird sie bis in die 30er-Jahre dieses Jahrhunderts hineinwirken, eine Folge des rechtsstaatlichen Prinzips der Rechtskontinuität. Berechtigte Zweifel kommen auf, ob die Verantwortlichen für diesen (vorläufigen?) Beschluss so weit vorausgeschaut haben. Nur die allerwenigsten von ihnen dürften dann noch aktiv in Schule und Lehrkräftebildung tätig sein.

„Antisexistische und antirassistische Pädagogik und Demokratiepädagogik“ sollen quasi als Querschnittsthemen in das Lehramtsstudium und in die Module des Vorbereitungsdien-

tes neu integriert werden. Da Module bewertet werden, müssen folglich auch die Denkweisen und Haltungen der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) zu diesen drei Querschnittsthemen mit bewertet werden. Wie soll das geschehen? Gibt es Kriterien dafür? Erinnerung das nicht in fataler Weise an die Staatsdoktrin des staatlich verordneten Antifaschismus in der DDR? Erfahrungsgemäß werden dadurch äußere Gegenwehr und innere Ablehnung individuell erzeugt. Sind die Auszubildenden an den Universitäten und Studienseminaren überhaupt geeignet, die so zu erwartenden höchst kontroversen Diskussionen zu führen? Warum wird (nur) Artikel 3 Abs. 2 Grundgesetz eine derartige Sonderstellung beigemessen? Wie soll Demokratiepädagogik als Querschnittsaufgabe verstanden werden? Wozu dann noch explizite politische Bildung?

Fehlende Strukturdebatte

Ein neues Kerncurriculum für den Vorbereitungsdienst wird gefordert. Angesichts der Kritik an der modularisierten Ausbildung mag dies berechtigt sein. Wird dadurch aber die Ausbildung inhaltlich anders, wenn die Ausbilderinnen und Ausbilder sich nur begrenzt an Planvorgaben aus Wiesbaden halten? Hintergrund: Die Pläne für die pädagogische Ausbildung im Vorbereitungsdienst, die in den 1980er- und 1990er-Jahren galten, wurden zwar grosso modo akzeptiert. Ihre Wirksamkeit war jedoch recht begrenzt. Ähnlich ergeht es den aktuellen Modulvorgaben. „Natürlich“ wird sich oberflächlich, formal an sie gehalten. Aber auch substantiell? Der Aufwand für ein neues Kerncurriculum dürfte erheblich sein, vor allem Arbeit an den Schreibtischen. Lohnt er, wenn sich strukturell sonst nichts ändert?

Bekanntermaßen meiden die meisten Parteien gegenwärtig die Schulstrukturdebatte. Angeblich würden Strukturveränderungen wenig bewirken. Ehrlicher wäre zu sagen, man möchte die zu erwartenden Konflikte vermeiden. Nicht nur die Schulstruktur,

auch die Struktur in der zweiphasigen Ausbildung stammt aus der Zeit des wilhelminischen Kaiserreichs. Im Prinzip hat sich nichts geändert, Kritiken an der Zweiphasigkeit gehen in die Tausende. Zur Lösung muss das Zauberwort „Kooperation“ herhalten. Dabei wissen alle, die sich damit eingehend befasst haben, dass sie strukturell und dauerhaft nicht möglich ist. Studiensemester und Schul(halb)jahre sind nicht kompatibel. Arbeitsphasen für die beschworene Kooperation sind sehr begrenzt, zusätzlich reduziert aufgrund der Prüfungen. Das Referendariat wird tabuisiert, kein Gedanke für eine (modifizierte) einphasige Lehrkräftebildung verwendet. Die Chance wird nicht genutzt. Fazit: ausbildungsbezogener Strukturkonservatismus und Zementierung der Dreiphasigkeit unter Einbeziehung der Fortbildung. Ein Lichtblick ist die Ausrichtung auf Schulstufen statt Schularten in der Sekundarstufe und eine gleiche Studiendauer von zehn Semestern in allen Studiengängen. Wurde dabei auch bedacht, dass die sinnvolle Verlängerung des Studiums generell um zwei Semester und speziell um vier Semester für das Lehramt an Grundschulen die Gesamtausbildungszeit erhöht, was sich negativ auf die späteren Pensionsanrechnungen auswirkt? Ist dies den Studierenden zuzumuten, wenn nicht zugleich an anderer Stelle die Ausbildungsdauer (zum Beispiel Vorbereitungsdienst) entsprechend gekürzt wird? Die Einführung des Praxissemesters zum jetzigen Zeitpunkt wird wegen aktuell existierender organisatorischer Mängel abgelehnt. Diese sind bekannt und können behoben werden. Das spricht aber nicht gegen das Praxissemester, welches grundsätzlich nicht bestritten wird, auch nicht von den Studierenden, und in der öffentlichen Anhörung der Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen“ bestätigt wurde. Ist das der GEW etwa nicht bekannt?

Tiefes Stirnrunzeln bei den Forderungen zum Referendariat. Würden sie 1:1 umgesetzt, wäre das Ergebnis die Ausbildungs- und Prüfungsordnung (APVO) der 1990er-Jahre. Retro

pur! Die damalige APVO war zweifelsohne ein großer Erfolg der GEW. Aber ein Vierteljahrhundert später, also heute, würde sie sicherlich anders verfasst werden, dies auch im Hinblick auf die nächsten 20 Jahre. Zwei Fragen müssen daher gestellt werden. Ist der Lehrgewerkschaft eigentlich bewusst, dass in der Regel vor allem konservative Verbände und Parteien für die Rückkehr zu vormaligen Strukturen und Rechtsvorgaben sind? Ist auch bekannt, dass Änderungen ausnahmslos von allen Parteien in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit gerichtet werden? Darüber hinaus, ohne auf alle Detailforderungen einzugehen, verwundern in hohem Maße die Bewertungsvorstellungen. Der von der GEW stets kritisierte „Prüfungsmarathon“ soll in veränderter Form beibehalten werden: statt zurzeit 14 bewerteter Unterrichtsbesuche in etwa 18 Monaten, künftig neun in zwölf Monaten. Da kann ehrlicherweise nicht beraten werden. Und auch die Wiedereinführung der von der GEW „abgeschafften“ Beratungskonferenz irritiert. Acht Personen sollen dort die LiV beraten. Da kann man nur resignativ sagen: Geht's noch!

Spielt Geld keine Rolle?

Oberste Priorität der hessischen GEW-Forderungen haben unbestritten die Einkommenserhöhungen für die Lehrkräfte und die Reduzierung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden. Bekanntlich wurden die Gehälter der Tarifangestellten seit 2015 um 4,4% erhöht, die Beamtenbesoldung hingegen nur um 1%. Folglich wird diese Differenz von 3,4% nachgefordert werden. Das Finanzvolumen der zwei Forderungen liegt im mittleren zweistelligen Millionenbereich. Weitere Forderungen der verschiedenen Schularten und der Schul- und Bildungsverwaltung dürften hinzukommen.

Für die Berechnung des finanziellen Verlangens in der Aus- und Fortbildung reicht die Beherrschung der Grundrechenarten aus. Erhöhung der Studiendauer um zwei bzw. vier Semester: etwa 25 Millionen Euro, wobei ein Studienplatz mit 5.000 Euro pro Jahr gerechnet wird. Besoldung aller Lehrkräfte mit Lehramt nach A 13: Das betrifft 1.500 Personen nach A 11 und 8.700 nach A 12. Die monatliche Bruttodifferenz zu A 13 beträgt 800 Euro bei A 11 und 500 Euro bei A 12



(Stufe 4). Das Gesamtvolumen dieser Forderung: 66,6 Millionen Euro (14,4 plus 52,2). Anrechnungstunden für Mentorinnen und Mentoren (Referendariat), eine Stunde unterstellt: gut 8 Millionen Euro. Allein diese drei Forderungen summieren sich auf etwa 100 Millionen Euro. Weiteres Geld ist erforderlich für die „Mentorenbetreuung“ im Praxissemester, die Entlastung der neuen Lehrkräfte in der Berufseingangsphase, die Reduzierung der Anrechnungstunden der LiV, den dringend (!) erforderlichen Ausbau der Lehrkräftefortbildung (Fortbildungsbudgets der Schulen!). Da kommen noch einmal gut und gerne 20 Millionen Euro und mehr zusammen.

Wie diese etwa 120 Millionen Euro finanzieren? Im GEW-Beschluss keine Antwort darauf. Erneut wird die Finanzierung der Lehrkräftefortbildung nur allgemein gestreift. Die Fortbildung ist aber der wichtigste Bereich in der Lehrkräftebildung. Im Verhältnis zur Ausbildung (1. und 2. Phase) verbringen die Lehrerinnen und Lehrer die fünffache Zeit im etwa 30-jährigen Beruf. In allen Bereichen unserer Gesellschaft wird aus diesem Grunde der Fortbildung prinzipiell eine höhere Bedeutung beigemessen

als der Ausbildung, was sich auch in der Finanzierung niederschlägt. Zu welchen Berechnungen könnten diese Erkenntnisse führen und dabei das Finanzierungsgesamtvolumen für die Lehrkräftebildung erhalten? Verschiebung der Mittel von der Ausbildung in die Fortbildung und innerhalb der Ausbildung von der 2. in die 1. Phase. Zuvörderst gilt auch hier: eine Prioritätenliste erstellen, sonst werden all die Forderungen nur in einem Wunschkonzert erfüllt und damit keine einzige.

Die GEW will mit ihrem Beschluss „Chancen nutzen“. Dazu müssten weniger systemimmanente Forderungen, vielmehr wirkliche, in die Zukunft weisende Vorstellungen und Forderungen entwickelt werden. Sie fehlen ebenso wie eine umfassende Alternative, die weitestgehend widerspruchsfrei und auch finanzierbar sein sollte. Ein konzeptioneller Vorschlag mit konkreten Umsetzungsüberlegungen findet sich in der HLZ 11/2014. Vielleicht wird darauf zurückgegriffen. Was vor allem aber fehlt: Vorstellungen von Studierenden, LiV und jungen Lehrkräften. Vor allem für sie sollte das novellierte HLBG eigentlich (!) geändert werden.

Joachim Euler



Menschen, Widersprüche, Kontinuitäten

Zur Geschichte des Landerziehungsheims Walkemühle

Einen bemerkenswerten pädagogischen Reformversuch während der Weimarer Republik erprobte der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) im Landerziehungsheim Walkemühle im nordhessischen Adelshausen, einem Stadtteil von Melsungen im Schwalm-Eder-Kreis. Mitglieder dieser kleinen Partei leisteten Beachtliches im Kampf gegen Nazis, in der Emigration und später beim Aufbau der Bundesrepublik, einige auch in der GEW.

Ralf Schaper, bis 2010 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Mathematik der Universität Kassel und langjähriges Mitglied im Referat Hochschule und Forschung der GEW Hessen, hat bis 1952 seine ersten sieben Lebensjahre in der Walkemühle verbracht. Jetzt dokumentiert er wesentliche Ergebnisse seiner Recherchen auf der von ihm konzipierten Seite www.landerziehungsheim-walkemuehle.de.

Die Pädagogen *Ludwig Wunder* (1878–1949) und *Minna Specht* (1879–1961) arbeiteten zeitweilig in Haubinda an dem reformpädagogischen Landerziehungsheim von *Hermann Lietz*. In Anlehnung dazu gründete Wunder 1921 das Landerziehungsheim Walkemühle. *Minna Specht* vermittelte Kontakte zu dem Göttinger Philosophen *Leonard Nelson* (1882–1927). Die Walkemühle, genannt „die Mühle“, ist ein Gebäudekomplex an dem Bach *Pfieffe* bei Melsungen. Spenden finanzierten ab 1922 den Bau zweier großer, modern ausgestatteter Gebäude.

Bald stellte sich heraus, dass *Wunder* und *Nelson* als sehr selbstbewusste Persönlichkeiten zu einer gedeihlichen Kooperation nicht fähig waren. *Wunder* verließ im November 1924 fluchtartig die Mühle und *Specht* übernahm die Leitung des Landerziehungsheims. Es diente nun zur Schulung von Kadern in der Erwachsenen Schule bei kurzen Lehrgängen oder auch bei dreijährigen

gen Aufhaltenen. In der Kinderschule wurden grundschulpflichtige Kinder unterrichtet, deren Eltern meist ISK-Genossen waren. Nach dem Tod *Nelsons* 1927 übernahmen sein Privatsekretär *Willi Eichler* und *Minna Specht* die Führung des ISK.

Grundsätze der „Führerschaft“...

Das hierarchische Prinzip des ISK leitete sich aus der Philosophie *Nelsons* ab, wie der folgende Auszug aus der *Nelson-Gedenkschrift* von 1928 belegt: „Die heute herrschende Meinung geht dahin, daß eine Erziehung zur Verantwortung nur in einer demokratisch organisierten Gemeinschaft aufgebaut werden könnte. Und doch beruht diese Meinung auf einem Irrtum. Man verkennt dabei, daß das Verantwortungsgefühl sich da nicht entwickeln kann, wo der zu Erziehende nicht die Möglichkeit hat, zu tun, was er für richtig hält. Wie kann ich Verantwortung übernehmen für ein Geschehen, das gar nicht

von meiner Einsicht, sondern vom ‚Willen der Gemeinschaft‘ abhängt? Und man verkennt ferner, daß auch die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen, nicht genügt, wenn der zu Erziehende sich an Aufgaben begibt, denen er nicht gewachsen ist und an denen er dann meist entweder verzagt oder die ihn, falls er sie dennoch wagt, zur Verantwortungslosigkeit verführen. Wer aber soll die Aufgaben mit ihm auswählen? Wie soll er sich schulen, Verantwortung zu übernehmen? In vernünftiger Weise kann dieses schwere Amt nur in einer führerschaftlichen Organisation geübt werden, d.h. in einer Gemeinschaft, die klar erkennen läßt, wer die Verantwortung trägt, welche Anforderungen das Amt seinem Verwalter auferlegt und wie Erfolge und Mißerfolge verwertet werden. Darum ist die Walkemühle nicht demokratisch, sondern auf dem Grundsatz der Führerschaft aufgebaut. Sie ist so zugleich der Prüfstein für die Möglichkeit einer vernünftigen Führerschaft überhaupt.“

Nazizeit und Emigration führten bei Mitgliedern des ISK zu der für sie bitteren Erkenntnis, dass dieses Führerprinzip ein Irrtum war.

In dem Aufsatz „Über das Landerziehungsheim Walkemühle“ formulierte *Nelson* 1926 den später am häufigsten zitierten Satz über die Walkemühle: „Wenn ich (...) von der pädagogischen Eigenart dieser Schule (...) etwas sagen soll, so kann es daher nur das sein: In dieser Schule braucht man nicht zu lügen.“

...oder „unbeschränkte Freiheit“?

Während in der Erwachsenen Schule strengste Regeln bis hin zu Kontaktverboten galten, die bei Übertretungen sogar zum Ausschluss aus dem ISK führten, so wurden den Kindern ungewöhnliche Freiheiten gewährt. *Nelson* wollte durch größte Zurückhaltung der Lehrer die Entfaltung der Kräfte der Kinder fördern und ihr Vertrauen in sich selber stärken. Man versuchte, mit

Das Foto entstand um 1925 und zeigt hinten das „Akademiegebäude“ und in der Mitte das „Lehrgebäude“. Der Fachwerksbau ist die alte Mühle. (Foto: privat)



einem Minimum an Regeln auszukommen und möglichst mit solchen, für die man Verständnis bei den Kindern fand. Zum Teil gaben sich die Kinder selber ihre „Gesetze“. Bewohner der Walkemühle beschrieben diese Atmosphäre 1960 in ihren Erinnerungen:

„Gelegentlich wurde der Zustand ‚unbeschränkter Freiheit‘ verkündet. (...) Kam der Vorschlag von den Erwachsenen, die erproben wollten, wie weit das Gemeinschaftsleben ohne Regeln und Gesetze funktionieren, oder kam er von den Kindern, die sich einmal von allen Beschränkungen frei wissen wollten? Zunächst begann ein Toben, bei dem mancher Schaden angerichtet wurde, auch von Kindern, die durchaus mit dem Wert von Sachen vertraut waren. Mehr oder weniger ruhig verfolgten die Erwachsenen den Lauf der Dinge. Aufstehen? Sich waschen? Betten machen? Schuhe putzen? Rechtzeitig zu den Mahlzeiten gehen? Bei deren Zubereitung gar helfen? – Wozu? Wir haben Freiheit! Türen schlagen, Kissenschlachten, Matratzenspringen, alle möglichen Streiche, tagelang lesen oder sonstigen Liebhabereien frönen. (...) Aber dann begann das Pendel zurückzuschwingen. Der eine fühlte sich in seiner freien Betätigung gestört durch die freie Betätigung des anderen. Und schließlich wurde es auch langweilig. Man vermied den Unterricht und den Umgang mit den Erwachsenen. Denn diese hielten sich zurück, um das Experiment nicht zu stören – soweit sie nicht aus Sorge um die kleineren Kinder dann und wann einen Blick in das Freiheitsparadies warfen. So kam das eine oder andere der Kinder mit dem Vorschlag, man wolle doch über gewisse Regeln sprechen.“

1932 wurde die Erwachsenenenschule geschlossen, um in Berlin die Tageszeitung „Der Funke“ herauszugeben. Der „Dringende Appell“ vom Juni 1932 forderte ein Zusammengehen von SPD und KPD für die Reichstagswahl im Juli an. Der Appell war unter anderen von Käthe Kollwitz, Kurt Hiller, Erich Kästner, Heinrich Mann, Ernst Toller, Arnold Zweig, Albert Einstein und Emil Gumbel unterzeichnet.

Besetzung durch die Nazis

Am 14. März 1933 besetzten Polizei und SA die Walkemühle. Im Handbuch des Kreises Melsungen von 1934 wird sie als „kommunistische Brutstätte“ bezeichnet:

„Nach der Durchsuchung blieb die Walkemühle besetzt. Sie dient jetzt [d.h. 1934; RS] der NSDAP als politische Führerschule. (...) Die zahlreichen Räume boten in den ersten Wochen nach der nationalen



Das Foto der „Mühlkinder“, deren Eltern von den Nazis ermordet oder verfolgt wurden, wurde von der Mutter unseres HLZ-Autors im Frühjahr 1946 gemacht. (Foto: privat)

Erhebung auch Unterkunftsmöglichkeit für politische Schutzhäftlinge, die zu ihrer eigenen Sicherheit gegen die Volkswut hier in Haft genommen wurden.“

Die 22 Kinder der Kinderschule wurden umgehend zu ihren Eltern zurückgebracht. Zehn von ihnen nahm Minna Specht im Herbst 1933 im dänischen Exil in ihre Obhut. Dieser „sozialistische Schulversuch“, so der Untertitel des Buches „Erziehung zum Selbstvertrauen“, bestand bis 1938.

Während des Krieges wurden in der Walkemühle „Wehrtüchtigungskurse“ der HJ durchgeführt. Als Anfang April 1945 amerikanische Armeeverbände auf die Walkemühle vorrückten, setzten ihre „Verteidiger“ das Mühlengebäude und das Lehrgebäude in Brand.

Wiederaufbau ab 1945

Ehemalige ISK-Genossen begannen ab Juni 1945 mit dem Wiederaufbau. Ende 1945 löste sich der ISK auf; viele Mitglieder traten der SPD bei. Von Herbst 1945 bis Frühjahr 1947 wurden in der Mühle unter Beteiligung des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks Kinder betreut, deren Eltern von Nazis ermordet oder verfolgt worden waren. Der häufige Wechsel der oft traumatisierten Kinder bereitete den Schweizer Kindergärtnerinnen große psychische Probleme.

Ab Mai 1947 benutzte die Jugendorganisation der SPD „Die Falken“ die Mühle als Schulungsstätte. Während der Berliner Blockade wurden Kinder zur Erholung „eingeflogen“. Die Verfassung der Kinderrepublik Klein-Berlin in

der Mühle enthält neben den üblichen Formulierungen das Recht aller Kinder „auf Essen, Schlafen und Freizeit“.

1950 wird das Landerziehungsheim geschlossen.

Die Bewohner der Walkemühle

- **Minna Specht** (1879–1961) „ging“ mit zehn Kindern 1933 ins dänische Exil. Politische Vorahnung veranlasste sie, 1938 die Schule nach England zu verlegen. Warum sie 1945 nicht zurück in die Mühle kam, sondern bis 1951 die Odenwaldschule wieder aufbaute, ist für mich bisher nicht nachvollziehbar. Specht war u.a. Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission.

- **Grete Henry-Hermann** (1901–1984) war die einzige Doktorandin von *Emmy Nöther* und dann Nelsons Privatassistentin. Nach der Besetzung durch die Nazis blieb sie noch bis zum 20.4.1933 in der Mühle, um zu retten, was zu retten war. Nach ihrer Rückkehr aus der Emigration nach Dänemark und England war sie in Bremen Professorin und Leiterin der Pädagogischen Hauptstelle der GEW. Sie veröffentlichte beachtliche Aufsätze zu erkenntnistheoretischen Fragen der Quantenmechanik.

- Wie **Grete Henry-Hermann** war auch **Gustav Heckmann** (1898–1996) Lehrer in der dänischen Exilschule. Nach der Emigration war er Pädagogikprofessor in Hannover und entwickelte die von Nelson geförderte Methode des Sokratischen Gesprächs weiter.

- Bei dem ISK-Mitglied **Heinrich Dücker** (1896–1986) werden einige un-



Das Foto vom Juli 1945 zeigt die von den Nazis vor dem Einmarsch der Amerikaner zerstörten Gebäude. (Foto: privat)

ser älteren Kolleginnen und Kollegen in Marburg Psychologie studiert haben. Während der Nazizeit mehrfach inhaftiert forschte er zeitweilig über Pervitin, das dann bei deutschen Soldaten den Spitznamen Panzerschokolade bekam und heute als Crystal Meth illegal ist.

- **Heinz-Joachim Heydorn** (1916–1974) kennen viele GEW-Mitglieder vom Studium in Frankfurt. Er war zwar kein ISK-Mitglied, doch ist er als Herausgeber der Studienausgabe der Ausgewählten Schriften Leonard Nelsons zu nennen (HLZ 6/2016).

- **Erna Blencke** (1896–1991) wurde 1933 aus dem Schuldienst in Hannover entlassen und baute einen Brothandel auf, um so getarnt Kontakt zu den ISK-Genossen halten zu können. 1938 floh sie in die Schweiz und kam 1951 aus den USA zurück. Sie wurde Leiterin der Heimvolkshochschule Springe und war später in Frankfurt am Main in der Erwachsenenbildung tätig.

- **Nora Platiel** (1896–1979) war 1925 in der Mühle. Bis zu ihrer Emigration im Frühjahr 1933 war sie als Rechtsanwältin in Kassel tätig und in politischen Prozessen Kontrahentin von Roland Freisler. Ab 1946 leitete sie die Nachkriegshilfe im Schweizerischen Arbeiterhilfswerk. 1951 wurde sie Landgerichtsdirektorin in Kassel. Von 1954 bis 1966 war sie Mitglied des Hessischen Landtags und ab 1960 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion. Sie ge-

hörte zu den Initiatorinnen und Initiatoren der documenta.

- **Willi Eichler** (1896–1971) wurde 1932 Schriftleiter der ISK-Tageszeitung „Der Funke“. Er floh 1933 nach Frankreich und 1939 nach England. Dort setzte er sich dafür ein, nach dem Krieg in Deutschland an Stelle parteipolitisch orientierter Gewerkschaften Einheitsgewerkschaften zu gründen. 1946 wurde er Mitglied der SPD. Als Vorsitzender der SPD-Programmkommission war Eichler „der“ Vordenker des Godesberger Programms. Die Wandlungsfähigkeit ehemaliger Schüler der Walkemühle zeigt Eichlers Verhältnis zur Kirche. Die Walkemühle war angetreten, „die Kirche zu bekämpfen, weil sie das Recht des Menschen, zu einem selbständigen geistigen Leben zu erwachen, mit Füßen tritt“ (Nelson-Gedenkschrift 1928). Die Kasseler Post vom 1.7.1933 sah den „Geist in dieser kommunistischen Schule“ durch die Aussage eines neunjährigen Schülers belegt, „daß Gottesglaube ein Märchen und Irrwahn der Menschheit sei“. 1958 schrieb Eichler über den Tod von Papst Pius XII, die katholische Kirche verliere „einen ihrer größten Päpste und die Menschheit eine ihrer größten Persönlichkeiten“.

Leonard Nelson starb im Alter von 45 Jahren 1927 in Göttingen, sein Vater *Heinrich* (geb. 1854) 1929 in der Walkemühle. Beide wurden in schlichten Gräbern auf der Mühle bestattet. 1935 beantragte der Leiter der Gauführerschule

beim Landrat von Melsungen die Entfernung der Gräber,

„da für die Gauführerschule und die Lehrgangsteilnehmer der dauernde Anblick dieser Gräber staatsfeindlicher, nichtarischer Toter unerträglich sei“.

Die „Umbettung“ wurde unter dubiosen Umständen vorgenommen. Die Gräber sind seit 1938 auf dem jüdischen Friedhof in Melsungen nachweisbar. Da die Nelsons getauft, aber aus der Evangelischen Kirche ausgetreten waren, gehören ihre Gräber eigentlich nicht auf einen jüdischen Friedhof. Ein Antrag, die Gräber wieder auf das Gelände der Walkemühle zu verlegen, wurde 1948 vom Bürgermeister Melsungens abgelehnt. Die Gräber mit den alten Grabsteinen sind hinter einer hohen Hecke versteckt, werden immer noch gepflegt und mit Blumen geschmückt, was den Gepflogenheiten jüdischer Friedhöfe widerspricht.

Kontinuitäten und Brüche

Das Bild der „kommunistischen Brutstätte“ im Handbuch des Kreises Melsungen von 1934 findet man noch 1978 ungebrochen in der offiziellen Geschichte der Stadt Melsungen. Danach war die Walkemühle die „Schulungsstätte einer sozialistischen Splittergruppe, des ‚Internationalen Sozialistischen Kampfbundes‘“ und eine „Brutstätte für Edelkommunisten“.

Die 1922 gegründete Philosophisch-Politische Akademie (PPA) übernahm 1923 die Trägerschaft der Walkemühle. Nach dem Verbot in der Nazizeit wurde sie 1949 als gemeinnützige Organisation neu gegründet. Sie veranstaltet bis heute regelmäßig politische Tagungen und Seminare zum Sokratischen Gespräch und zur Philosophiedidaktik (www.philosophisch-politische-akademie.de).

Die Aufarbeitung der Geschichte der Walkemühle ist noch nicht zu Ende. Im September 2016 plant ein GEW-Kollege im Rahmen einer Projektwoche zur Einweihung eines Neubaus der Gesamtschule Melsungen, die nur zwei Kilometer von der Mühle entfernt ist, das Thema zu bearbeiten.

Ralf Schaper

Viele zusätzliche Informationen, alle Quellenangaben und weiterführende Literatur findet man auf der Internetseite von Ralf Schaper www.landerziehungsheim-walkemuehle.de oder unter wikipedia.org > *Landerziehungsheim Walkemühle*.

Kultusministerium öffnet Türen

„Fürs Leben lernen: Der gute alte Grundsatz gilt wieder an Schulen. Lehrer holen sich Hilfe bei echten Praktikern. Etwa aus der Wirtschaft. Die sind hoch erfreut, mit ihren Unterrichtsmaterialien einer so attraktiven Zielgruppe ihre Sicht zu vermitteln. (...) Doch der Unterricht wird dann schnell zur Stunde der Lobbyisten.“

So beginnt ein Beitrag des ZDF-Magazins Frontal 21 am 30. April 2013 über Lobbyismus in Schulen im Allgemeinen und den Wettbewerb *SchulBanker* des Bankenverbands im Besonderen. Ein Schüler bekundet, er habe durch die Teilnahme an dem Wettbewerb „ein bisschen mehr Respekt vor Banken, weil man mehr Einsicht bekommen hat, was die überhaupt alles machen müssen“. Und ein anderer erklärt in der Sendung: „Wir wissen jetzt sozusagen, wie das ist. Also, ich würde sagen, zum Positiven hin.“

Die Autoren der Sendung *Werner Doyé* und *Ulrich Stoll* resümieren: Der Wettbewerb solle „offenbar das schlechte Image der Banken aufpolieren“ und „die Lobby hat es bis in ihre Klassenzimmer geschafft“.

Und jetzt hat die Lobby es auch bis ins Hessische Kultusministerium (HKM) geschafft. Eine Mail des HKM an alle Staatlichen Schulämter, die der HLZ vorliegt, bezieht sich ausdrücklich auf ein Schreiben des Bankenverbands an das Ministerium, der um Unterstützung für das Planspiel *SchulBanker* bittet. Das HKM komme diesem Wunsch nach und bitte die Schulämter, alle Schulen „in Ihrem Zuständigkeitsbereich über

das Planspiel zu informieren“. Es folgt der Link zum Bankenverband und im Anhang dessen Werbeflyer. Ein Wort der kritischen Einordnung findet man nicht – und das trotz aller Debatten über den Lobbyismus in hessischen Schulen und die Rückzieher der Ministeriums. Die Werbung für den *SchulBanker* und die Inhalte des Planspiels veranlassten den SPD-Landtagsabgeordneten *Christoph Degen* inzwischen zu einer erneuten Anfrage an das HKM (1).

Wenn die „Bitte“ von ganz oben aus dem Ministerium kommt, wird es der einzelnen, womöglich fachfremden Lehrkraft, die sie wiederum von der Schulleitung weitergeleitet bekommt, nicht unbedingt einfacher gemacht, eine kritische, einordnende Haltung einzunehmen. Und dies wäre dringend notwendig, wenn man es mit dem Beutelsbacher Konsens ernst meint.

Wettbewerbe sind einer der beliebtesten „Türöffner“ für schulische Lobbyarbeit. Klare Zeitvorgaben, eindeutige Aufgabenstellungen und verlockende Gewinne: Was könnte wirkungsvoller sein als ein Wettbewerb, sieht man von der direkten Entsendung eigener „Lehrkräfte“ wie bei den „Geldlehrern“ ab (HLZ 6/2016). Sind es bei Unterrichtsmaterialien vielleicht nur ein paar kopierte Seiten, so funktioniert ein Wettbewerb nur im Ganzen. Nimmt man im Wettbewerbszeitraum ganze Stunden heraus, um auch andere Sichtweisen aufs Finanz- und Bankenwesen zu behandeln, verlieren die Schülerinnen und Schüler Zeit im Rah-

EINLADUNG ZUR TEILNAHME
AM BUNDESWETTBEWERB DES
BANKENVERBANDES 2016/2017



men der Wettbewerbsarbeit. Fällt das Handeln im Planspiel oder das Ergebnis nicht im Sinne des Verbands aus, werden womöglich die Siegchancen geschmälert. Natürlich – das soll hier gar nicht abgestritten werden – lernen die Schülerinnen und Schüler im Zuge der Teilnahme am Wettbewerb etwas. Aber eben weitgehend nur das, was auch gewollt und vorgegeben ist – im Sinne des Bankenverbands.

Wer wie Kultusminister *Lorz* nicht müde wird, die alleinige Verantwortung für die Abwehr von Lobbyisten und einseitiger Einflussnahme auf Schule und Unterricht auf die einzelne Lehrkraft abzuwälzen, muss sich auch nach seiner eigenen Verantwortung für eine kritische Einschätzung fragen lassen.

René Scheppeler

(1) Anfrage 19/3578, www.gew.hessen.de > Aktuell > Themen > Lobbyismus

Besoldung: Entschädigung wegen Altersdiskriminierung

Beamtinnen und Beamte, die bis zum 28. Februar 2014 einen Antrag auf „Grundvergütung nach der höchsten Lebensaltersstufe“ gestellt haben, können nach dem Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH vom 11. Mai 2016, 5 K 3851/14.GI) eine Entschädigung erwarten. Das Gericht hat das Land Hessen verurteilt, eine monatliche Entschädigung in Höhe von 100 Euro an den klagenden Beamten zu zahlen. Der Anspruch besteht rückwirkend ab 1. Januar 2012 und bis zum Inkrafttreten des neuen Besoldungsrechts am 1. März 2014.

Das Gericht folgt damit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, nach der im Ergebnis ein Entschädigungsanspruch aufgrund des unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruchs unter Berücksichtigung des beamtenrechtlichen Grundsatzes der zeitnahen Geltendmachung besteht (Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Oktober 2014, Aktenzeichen 2 C 6.13 und 2 C 3.13).

Diejenigen Beamtinnen und Beamten, die noch 2012 entsprechende Anträge gestellt haben, würden nach der Entscheidung des VGH bis zu 2.600

Euro Entschädigung erhalten, es sei denn, sie hatten vor dem 1. März 2014 bereits die höchste Lebensaltersstufe (12) erreicht.

Nach unserer Kenntnis wurden 22.000 Widersprüche von Beamtinnen und Beamten eingereicht. Allerdings hat das Land Hessen gegen das Urteil Revision eingelegt. Die betroffenen Beamtinnen und Beamten erhalten ihr Geld erst, wenn das Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist. Daher müssen sie auf die nächste Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts warten.

Annette Loycke

Wir gratulieren im September und Oktober ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Jutta Adler-Bauer, Darmstadt
 Claudia Baier, Idstein
 Gisela Becker, Frankfurt
 Rita Beek, Taunusstein
 Ludwig Borowik, Hanau
 Walter Breinl, Oberursel
 Hans Willi Breitgoff, Kassel
 Brunhilde Bücking, Alsfeld
 Elke Dürr, Langen
 Ralf Ebert, Frankfurt
 Karl Erbach, Wiesloch
 Gotthard Esswein, Kassel
 Wolfgang Focke, Kassel
 Elisabeth Gessner, Kassel
 Reinhold Glaser, Darmstadt
 Georg Götter, Frankfurt
 Viola Gramß-Wildanger, Kassel
 Monika Handel, Frankfurt
 Bernd Hartenstein, Lampertheim
 Petra Hartung, Neuhof
 Maria Elisabeth Hellmann, Frankfurt
 Helmut Hermann, Wohratal
 Heila Herz, Offenbach
 Wolfgang Hill, Lahnau
 Hans-Bernd Hoffmann, Höchst
 Heinz Hohmeister, Egelsbach
 Ulrich Hokamp, Kronberg
 Gertraude Horbrügger, Wiesbaden
 Doris Hübel, Riedstadt
 Gisela Jaeschke, Groß-Umstadt
 Wolfgang Kammer, Florstadt
 Irene Kampffmeyer, Frankfurt
 Klaus Kirdorf, Wetzlar
 Jürgen Klebe, Hüttenberg
 Rainer Koch, Frankfurt
 Brigitta Kollbach, Frankfurt
 Karin König, Romrod-Ober-Breidenbach
 Heinrich Köbller, Frankfurt
 Helmut Kraft, Guxhagen
 Gunter Krahe, Haiger
 Ewald Küper, Gießen
 Peter Lange, Frankfurt
 Hans-Otto Lyongrün, Marburg
 Ingrid Mahr-Stanzel, Gründau
 Birgitt Mehlhorn, Schlangenbad
 Artur Mehmet, Kassel
 Wolfgang Metzler, Kelkheim
 Christel Moraw, Frankenberg
 Doris Müller, Zierenberg
 Wilfried Müller, Zierenberg
 Doris Neubert-Brehme, Kassel
 Helga Oberst, Seeheim-Jugenheim
 Regina Ortmeyer, Frankfurt
 Josefa Parrondo, Frankfurt
 Monika Pattberg, Idstein
 Jutta Pittermann, Wiesbaden
 Katja Plazikowsky, Walluf
 Günter Prümm, Darmstadt
 Robert-Erik Richter, Wetzlar
 Rolf Richter, Bad Camberg
 Hans-Peter Riess, Friedrichsdorf
 Hans Ring, Kassel
 Dr. Peter Rosenkranz, Oberursel
 Mechthild Rühl, Bischofsheim

Rainer Schärer, Lohfelden
 Berthold Schichtholz, Sinn
 Rotraud Schiller, Groß-Zimmern
 Agathe Schiwy, Darmstadt
 Doris Schmidt-Hollstein, Kassel
 Roselotte Schneeweis, Darmstadt
 Doris Schönege, Darmstadt
 Christel Luise Schopf, Caldén
 Annemarie Speyer, Lauterbach
 Christine Spies, Höchst
 Dieter Stanzel, Gründau
 Christa Stiebitz-Wilcke, Rothenberg
 Sabine Tewes, Frankfurt
 Kurt Theobald, Kassel
 Enrico Troebst, Fulda
 Gabriele Uhlig, Rödental
 Ulrich Voigt, Gießen
 Doris Weissenberger, Frankfurt
 Rainer Wilhelmi, Bad Emstal
 Gertrud Wings, Bad Vilbel
 Reinhard Winter, Offenbach

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Sigrid Fey, Kassel
 Brigitte Folberth, Eppstein
 Ingrid Fuchs-Klein, Wiesbaden
 Eva Klüter, Fulda
 Wilfried Koch, Bensheim
 Elisabeth Kommallein, Wolfhagen
 Peter Kühn, Reinheim
 Jürgen Reissner, Buseck
 Reinhold Schmidt, Freudenberg
 Gert Stumpf, Mücke
 Ursula Tänzler, Marburg
 Barbara Wagner, Frankfurt
 Gerhard Weber, Oldenburg

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Karl-Ludwig Brand, Bad Wildungen
 Hilde Schäfer, Dresden
 Peter Schermer, Frankfurt
 Anita Thiel, Ruhla
 Reinhold Uibel, Dreieich
 Hedwig Volk-Händler, Gießen

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Prof. Dr. Kurt Kliem, Ebsdorfergrund
 Sigurd Kremser, Weißenborn
 Lothar Laucht, Biebertal
 Wienke Zitzlaff, Hannover

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Bruno Amberg, Alzenau
 Fritz Grimminger, Butzbach
 Hans-Ludwig Groth, Butzbach
 Ilse Rassner, Kassel
 Dieter Schad, Rodenbach

... zum 75. Geburtstag:

Renée Arons, Langen
 Peter Beuthin, Marburg
 Gerd Blankenstein, Rimbach
 Dr. Wolfgang Busch, Kronberg
 Ursula Bussek, Seeheim-Jugenheim
 Maria Danini, Kronberg
 Elmar Diez, Hanau
 Karin Drenvestedt, Braunfels
 Prof. Dr. Dieter Eißel, Giessen

Sigrid Elben, Neu-Isenburg
 Karl Hahn, Gießen
 Wolfgang Hergert, Weitramsdorf
 Günter Hieke, Fernwald
 Inge Holler-Röder, Frankfurt
 Hans-Günter Holzschuh, Heusenstamm
 Wittmar Just, Fulda
 Sigrid Kirdorf, Wetzlar
 Marianne Koester, Frankfurt
 Herbert Loos, Frankfurt
 Christa Löser, Darmstadt
 Renate Möbus, Reiskirchen
 Marlies Möisinger, Schauenburg
 Otfried Niederauer, Worms
 Irmhild Noll, Oberweser
 Norbert Ochs, Sinntal
 Dr. Friedrich Ortmann, Bremen
 Josef Pastor, Bruchköbel
 Klaus-Dieter Philipp, Frankfurt
 Hilde Riehm, Frankfurt
 Gerd Riemer, Kassel
 Helmut Scheurich, Lorsch
 Wilfried Schmidt, Eschwege
 Hildegard Schmieder, Frankenberg
 Ingrid Schneider, Frankfurt
 Renate Schnell, Darmstadt
 Lisel Schorr, Selters
 Dieter Schütz, Lahnau
 Richard Steckelberg, Offenbach
 Gudrun Steinwender, Kassel
 Rainer Trosdorf, Eschborn
 Ortrud Wagner, Steinbach
 Elisabeth Weiser, Heuchelheim
 Barbara Welte, Oberursel
 Christa Ziller, Neu-Isenburg

... zum 80. Geburtstag:

Prof. Wilma Aden-Grossmann, Kronberg
 Eckhard Aplitz, Frankfurt
 Giselheid Aschenbrenner, Wiesbaden
 Wolfgang Brüssel, Selters/Ts.
 Helga Franz, Roßdorf
 Karl-Hartmut Garff, Immenhausen
 Joachim Keysser, Norden
 Jörg Kiefer, Alsfeld
 Gertrud Schulte, Kassel
 Franz Stingl, Trebur
 Ingrid Voebel, Eschborn
 Ingrid Weiß, Baunatal

... zum 85. Geburtstag:

Hanne-Lore Limberg, Kassel
 Horst Lohnes, Reichelsheim

... zum 90. Geburtstag:

Waltraut Kautz-Kircher, Birstein
 Ursula Marquardt, Reinheim

... zum 91. Geburtstag:

Maria Bachmann, Gründau
 Marga Klose, Heppenheim
 Margret Vater, Kassel

... zum 92. Geburtstag:

Hans Schulz, Schwalmstadt

... zum 94. Geburtstag:

Dr. Wendelin Enders, Petersberg

... zum 96. Geburtstag:

Heinrich Schwamb, Erbach

Trude Simonsohn: Erste Ehrenbürgerin Frankfurts

Die Holocaust-Überlebende *Trude Simonsohn* erhält für ihren unermüdlchen Einsatz für Aufklärung und Demokratie auf Beschluss des Magistrats der Stadt Frankfurt die Ehrenbürgerschaft der Mainmetropole. Sie ist damit die erste Frau, der diese seit 1795 erst neunundzwanzig mal verliehene Auszeichnung zuteil wird. Seit 2011 steht die inzwischen 95-jährige Trude Simonsohn lea, dem Bildungswerk der GEW, als Zeitzeugin für Gespräche mit Schulklassen zur Verfügung. Sie versteht es immer wieder, mit Erzählungen aus ihrer Biographie Jugendlichen die vermeintlich so ferne Zeit des Nationalsozialismus vor Augen zu führen und sie in Bann zu ziehen. Das nächste Gespräch ist für den 22. November 2016 vorgesehen.

• *Kontakt: lea bildungsgesellschaft, Tel. 069-971293-27*

Familienfreundliche Seminare

Ende April erneuerte das hessische Innenministerium das Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber“, mit dem das Engagement der drei Darmstädter Studienseminare für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf anerkannt wird. Seit 2015 engagieren sich bereits 42 hessische Dienststellen in diesem Projekt.

Bei einem „Rezertifizierungworkshop“ waren sich die anwesenden Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) einig, dass diese Bemühungen auch die Arbeitsatmosphäre vor Ort insgesamt positiv beeinflussen. *Kim Hock*, die ihren Vorbereitungsdienst am Studienseminar für berufliche Schulen absolviert, hob hervor, dass ihr der Wiedereinstieg nach eineinhalb Jahren Elternzeit durch die gute Unterstützung der Ausbilderinnen und Ausbilder leicht gefallen sei. Flexiblere Arbeitszeiten, frühzeitige Information über die Seminartage, die Anschaffung eines Spiele-Containers sowie die Einrichtung von Betreuungsmöglichkeiten im Bedarfsfall sind nur einige Beispiele für die mit dem Ministerium vereinbarten Maßnahmen.

Als zukünftigen Schwerpunkt wollen die Leiterinnen *Inge Heckwolf* (Studienseminar für die Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen), *Martina Holl* (Berufliche Schulen) und *Franziska Conrad* (Gymnasien) das Thema „Pflegerbedürftige Angehörige“ aufgreifen.

Edith Knecht: 70 Jahre in der GEW

Der GEW-Kreisverband Offenbach-Land ehrte *Edith Knecht* für 70 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft. Edith ist inzwischen 88 Jahre alt, munter und frisch und immer noch beteiligt an den gewerkschaftlichen Kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen. 1946 trat Edith in Gera in die Gewerkschaft Unterricht und Erziehung ein. Nach ihrer Ausbildung arbeitete sie als Lehrerin. 1953 zog sie aus persönlichen Gründen – der Liebe wegen – in den Kreis Offenbach. Hier konnte sie zunächst nicht als Lehrerin arbeiten und wurde Mitglied der HBV, später der ÖTV. 1970 wurde sie Förderschullehrerin und ist seitdem GEW-Mitglied. Ab 1980 war Edith Mitglied im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer für den Kreis Offenbach. Wegen ihrer Bekanntheit in den Schulen des Kreises sicherte sie der GEW für mehrere Wahlperioden den Angestelltensitz – jedes Mal mit großer Stimmenmehrheit als Anerkennung ihrer konsequenten Vertretung der Beschäftigteninteressen.



Auch als Rentnerin fehlte sie bei keiner Aktion der GEW in Wiesbaden, Frankfurt oder Offenbach. Als Vertreterin der Senioren war Edith auf Landes- und Bundesebene aktiv. *Ruth Storn*, langjährige Geschäftsführerin im Kreisvorstand der GEW Offenbach-Land, würdigte Ediths Lebens- und Gewerkschaftsarbeit unter dem Beifall der Anwesenden und überreichte ihr im Auftrag des Kreisvorstands die Ehrenurkunde für 70 Jahre Gewerkschaftsmitgliedschaft und ein Geschenk.

Ludwig Mück 65 Jahre in der GEW

Im Rahmen einer Studienfahrt zur Gedenkstätte Point Alpha und einem Besuch in Geisa ehrte der GEW-Kreisverband Frankenberg *Ludwig Mück* für insgesamt 65 Jahre Mitgliedschaft in der GEW. Ludwig Mück, der inzwischen 94 Jahre alt ist, war fast drei Jahrzehnte lang GEW-Kreisvorsitzender. Als Ehrenvorsitzender nimmt er immer noch regen Anteil an der Arbeit der GEW. Die Ehrung von Ludwig Mück nahmen (auf dem Foto von links) *Heinfred Knobel*, *Uta Opper-Fiedler* und *Elke Mütze* vor. (Foto: Völker)



Junges Literaturhaus

Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren haben die Möglichkeit, sich an drei Wochenenden im Herbst im Literaturhaus Frankfurt in Prosa oder Lyrik literarisch auszuprobieren. Die Schreibräume sind dieses Jahr erneut *Tamara Bach* (Prosa) und *Björn Kuhligk* (Lyrik). Bewerbungen sind bis zum 18.9.2016 möglich.

• *Infos: www.literaturhaus-frankfurt.de*

7. Mai 2017: „Tag für die Literatur“

Bewerbungen für den nächsten hessischen „Tag für die Literatur“ am 7. Mai 2017 sind bis zum 31.12.2016 möglich. Veranstaltungen an Schulen können auch am 5. oder 6. Mai stattfinden. Veranstalter sind hr2-kultur, das Ministerium für Wissenschaft und Kunst und der Hessische Literaturrat.

• *Infos und Anmeldeformulare: www.hr-online.de/website/specials/literaturland/*



„Auch ich war ein Hitler-Mädchen“

Erinnerungen an eine Kindheit in der NS-Zeit

Ursula Vaupel ist seit fast 40 Jahren Mitglied der GEW Hessen. Jetzt im Alter von 88 Jahren veröffentlichte sie ihre Erinnerungen an die Kindheit und Jugend in Darmstadt, Wiesbaden und Litzmannstadt (Lodz) zwischen 1928 und 1950. Das Buch „Auch ich war ein Hitler-Mädchen“ wurde von der Geschichtswerkstatt Büdingen verlegt. Erste Lesungen in Büdingen, Eschwege und Witzenhausen stießen auf große Resonanz. Ihr Hauptanliegen, so schreibt Ursula Vaupel, ist es, „Jugendliche vor Ideologien und intellektueller Blindheit zu warnen“. Das Schreiben war für sie ein Akt der Befreiung, der „richtig weh“ tat, denn sie geht mit den Eltern und sich selbst „hart ins Gericht“. Schonungslos zitiert sie aus dem Tagebuch, das sie von 1944 bis 1950 führte.

Auslöser, das Buch zu schreiben, war ein Besuch in Wiesbaden im September 2014. Vor dem Mietshaus, in dem sie mit ihren Eltern und ihrem Bruder von 1935 bis 1943 wohnte, entdeckte sie vier Stolpersteine, die an die Deportation und Ermordung von *Emili Baum, Mathilde Neu* und *Albert und Johanna Kleinstraß* erinnern. Sie nahm Kontakt zu *Paul Kester*, dem überlebenden Sohn von Albert und Johanna Kleinstraß, auf und kontrastiert die Kindheitserinnerung des jüdischen Nachbarn mit ihrem Leben als Tochter einer glühenden Verehrerin Hitlers und eines Führers im Reichsarbeitsdienst. Noch Monate nach Kriegsende weigerte sich die Mutter, das Hitler-Bild abzuhängen.

Ursula Vaupel geht auch der Frage nach, warum sie die Unmenschlichkeit

des Nationalsozialismus nicht wahrnahm, obwohl sie als Körperbehinderte in der Hitlerjugend selbst Opfer von Diskriminierungen war.

Die detaillierte Beschreibung des Alltagslebens und der Erinnerungen an die Hitler-Jugend, an den Tod des Bruders in Russland, an eine Fahrt durch das Ghetto von Litzmannstadt oder an die Diskriminierungen als Flüchtling in Thüringen bis zur Rückkehr nach Wiesbaden 1946 machen das Buch zu einer spannenden Lektüre und zum lebendigen Unterrichtsmaterial.

• *Anfragen für Lesungen: u.g.vaupel@t-online.de (Foto: Hegeler CC BY-SA.3.0)*

Ursula Vaupel: Auch ich war ein Hitler-Mädchen. Geschichtswerkstatt Büdingen 2016. 25 Euro

<p>Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €</p> <ul style="list-style-type: none"> Vorteilszins für den öffent. Dienst Umschuldung: Raten bis 50% senken Baufinanzierungen echt günstig <p>0800 - 1000 500 Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 35 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p>2,77% effektiver Jahreszins</p> <p>5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PangV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p>www.Autokredit.center</p>	<p>AK FINANZ</p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH</p> <p>E3, 11 Planken 68159 Mannheim Tel: 106211 178180-0 Info@AK-Finanz.de</p> <p>www.AK-Finanz.de</p>	<p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte o.D. / Berufssoldaten / Akademiker</p> <p>Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate</p> <p>Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.</p>
--	---	---	---

	<p>Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!</p> <p>www.1a-Beamtendarlehen.de</p> <p>Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD</p>		<p>0800-040 40 41</p> <p>Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren</p> <p>NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung Andreas Wendholt · Prall-Höing-Str. 19 · 46325 Borken</p>
--	---	--	--

<p>Evangelische Jugendburg Hohensolms</p>	
	<ul style="list-style-type: none"> Klassenfahrten Erlebnisprogramme und -bausteine Musikfreizeiten Gruppenaufenthalte u.v.m. <p>Unser Angebot speziell für Schulen:</p> <p>3-tägiger Aufenthalt mit Vollverpflegung und Erlebnisprogramm „Bewegung, Action und Natur“ ab 83,- €/pro Person.</p> <p>Evangelische Jugendburg Hohensolms Burgstraße 12, 35644 Hohenahr Tel.: 06446 9231-0 E-Mail: info@jugendburg.de www.jugendburg.de</p>
<p>Nennen Sie den Buchungscode „hoso“ und Sie erhalten einen Freiplatz.</p>	

<p>Ihre Anzeige in der</p> <p>Die nächste Hessische Lehrerzeitung erscheint am 8. November 2016.</p> <p>Bitte beachten Sie den Anzeigenschluss am 14. Oktober 2016.</p>
--